

Niederschrift

der 49. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 19.12.2018

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,

Marktplatz 2,

06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 20:07 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Hendrik Lange

Dr. Bernd Wiegand

Harald Bartl

Dr. Annegret Bergner

Christoph Bernstiel Bernhard Bönisch Eberhard Doege Andreas Hajek

Ulrich Peinhardt

Frank Sänger

Andreas Schachtschneider

Andreas Scholtyssek

Michael Sprung Gernot Töpper

Dr. Hans-Dieter Wöllenweber

Dr. Ulrike Wünscher Dr. Erwin Bartsch Dirk Gernhardt

Ute Haupt

Manuela Hinniger

Josephine Jahn

Renate Krimmling

Anja Krimmling-Schoeffler

Marion Krischok Dr. Bodo Meerheim Sten Meerheim Katja Müller

Elisabeth Nagel Thomas Schied Rudenz Schramm

Fabian Borggrefe

Eric Eigendorf

Dr. Rüdiger Fikentscher

Klaus Hopfgarten Gottfried Koehn Johannes Krause Torsten Schiedung Vorsitzender des Stadtrates,

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Oberbürgermeister

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),

Teilnahme ab 14:19 Uhr

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),

Teilnahme bis 19:23 Uhr

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),

Teilnahme ab 14:53 Uhr

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),

Teilnahme bis 20:00 Uhr

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),

Teilnahme ab 14:05 Uhr

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),

Teilnahme ab 14:05 Uhr

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),

Teilnahme bis 19:22 Uhr

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),

Teilnahme ab 14:11 Uhr

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),

Teilnahme ab 14:11 Uhr

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle

(Saale)Teilnahme ab 18:16 Uhr SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Teilnahme bis 17:15 Uhr

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Dr. med. Detlef Wend SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),

Teilnahme ab 14:04 Uhr

Marko Rupsch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dr. Inés Brock Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Christian Feigl Dennis Helmich Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Teilnahme ab 14:05 Uhr

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Melanie Ranft Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM.

> Teilnahme bis 18:54 Uhr AfD Stadtratsfraktion Halle AfD Stadtratsfraktion Halle AfD Stadtratsfraktion Halle

Stadtrat

Dr. Regina Schöps Yvonne Winkler Tom Wolter

David Hügel Gernot Nette Alexander Raue Gerhard Pitsch

Entschuldigt fehlten:

André Cierpinski CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Dr. Michael Lämmerhirt CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Katharina Hintz SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Annika Seidel-Jähnig SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) **Kav Senius** Wolfgang Aldag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Prof. Dorothea Vent Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

zu Einwohnerfragestunde

Herr Bartl eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Niclas Gerlach zu Soziokultur

Herr Gerlach fragte, was die Stadt unternehmen möchte, um Jugendliche in der Stadt zu halten und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu verwirklichen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass Freiräume für junge Menschen benötigt werden. Bereits seit mehreren Monaten erarbeitet die Verwaltung ein Freiraumkonzept. Statistisch ist ein Zuwachs junger Menschen zu verzeichnen und dies gerade, weil die Stadt Halle (Saale) vielfältige kulturelle Angebote vorzuweisen hat.

Auf legalen Wegen ist die Schaffung soziokultureller Räume möglich, wie nun im Objekt am Galgenberg erfolgt.

zu Valentin Hacken zum HaSi

Herr Hacken, Sprecher "Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage", sprach zur Hafenstraße 7 und zum Antrag der Fraktion DIE LINKE unter dem Tagesordnungspunkt 9.3 und bat den Rat um Zustimmung zu diesem Antrag. Er fragte, welche Entwicklungsmöglichkeiten die Verwaltung für ein soziokulturelles Zentrum in der Hafenstraße 7 sieht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die HWG Eigentümer der Hafenstraße 7 ist und dort sozialen Wohnraum schaffen möchte. Der Antrag wird in seiner Form nachher im Rat diskutiert.

zu Lukas Wanke zum HaSi

Herr Wanke fragte nach den Entwicklungsmöglichkeiten der Hafenstraße 7 und die Bedeutung des Freiraumkonzeptes für die anderen soziokulturellen Zentren, wie das La Bim oder den Postkult e.V..

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass alle soziokulturellen Zentren begleitet werden.

Frau Ernst sagte, dass es bereits einen Runden Tisch zur Freiraum-Konzeption gibt. Dort sind Interessierte herzlich eingeladen, sich zu beteiligen. Es ist gelungen, dass der Plan 3 e.V. mit dem Postkult e.V. kooperiert. Der Stadtgarten soll im benachbarten Künstlerhaus 188 einen Partner finden. Dazu sei die Stadt in Gesprächen. Die Stadt unterstützt bei der Suche nach geeigneten Flächen.

Henning Wagner zu Garagen

Herr Wagner stellte im Namen der Mitglieder der Garagenbauinteressengemeinschaft Buna/Halle-Neustadt GIG II (GIG II) folgende Fragen:

- Warum habe die GIG II noch keinen neuen Mitvertrag erhalten?
- Wann erhält die GIG II einen neuen Nutzungsvertrag auf der Grundlage des BGB?
- Was ist unter "langfristig" zu verstehen?
- Was sind "günstige Bedingungen"?
- Welche Kriterien führen zu einer Kündigung des Mietvertrages mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist durch die Stadt?
- Welche Kündigungsgründe sind ausgeschlossen?
- Wie verhält sich die Stadt bei eventuellen Beräumungskosten (es war von 529 T Euro die Rede)?
- Gibt es ein Vorkaufsrecht?

zu

Frau Dr. Marquardt sagte, dass bereits zu dieser Thematik ausführlich mit Herrn Wagner gesprochen wurde. Sollten weitere Wünsche bestehen, müssen diese an die Verwaltung herangetragen werden. Der Prozess läuft wie zugesichert weiter.

Herr Wagner fragte, wann man den Mietvertrag erhalten werde und welchen Inhalt er haben wird.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass zugesichert wurde, dass die Mietverträge auf Grundlage der bestehenden Verträge fortgeführt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass in den letzten Wochen mehrfach mitgeteilt wurde, dass alle Verträge und alle Vereinbarungen nach BGB weiter laufen, die Stadt Halle (Saale) wird keine Änderungen vornehmen. Wie die Garagengemeinschaft mit den Mietern/Pächtern umgeht, liegt in deren Verantwortung.

zu Dennis Hörold zu Garagen

Herr Hörold sagte, er hätte gerne eine Planungssicherheit, wie es nach dem 31.12.2019 weiter geht. Eine Prämisse mit einer dreimonatigen Kündigungsfrist ist für ihn keine Planungssicherheit.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagt, den Anführungen nichts hinzufügen zu können.

Rüdiger Breiting zur Firma Papenburg

zu

Herr Breiting fragte, welche Bautätigkeiten der Firma Papenburg hinter der sogenannten Halde in Halle-Ammendorf genehmigt wurden und, ob die Firma dort Boden ausheben darf, um Bauschutt einzubringen. Des Weiteren fragte er, ob der Firma Papenburg eine Genehmigung erteilt wurde, die ehemalige Bauschuttdeponie wieder zu eröffnen und zu erweitern. Ebenso fragte er, ob die Genehmigung erteilt wurde, Bäume zu fällen. Weiter fragte er, ob die Stadt an den Einnahmen und dem Gewinn an der Bauschuttentsorgung beteiligt ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass sich beide Angelegenheiten im Genehmigungsverfahren befinden und bot ein Gespräch an.

zu Torsten Fritz zur Gebührensatzung der Stadtbibliothek

Herr Fritz bezog sich auf den Tagesordnungspunkt 7.25 und fragte, ob Hinweise des Landesrechnungshofes geprüft und umgesetzt wurden. Er fragte, ob diese dann in die Vorlage eingearbeitet werden.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Gebührensatzung aus Sicht der Verwaltung rechtskonform ist. Man sehe auch keine Benachteiligung für die Gebührenzahler durch diese Satzung.

Herr Schreyer sagte abschließend, dass es ein Verbot der Belastung der übrigen Gebührenzahler mit Mindereinnahmen gibt.

zu Ingo Hoffmann zu Rundfunkgebühren

Herr Hoffmann sagte, dass er vor acht Wochen bereits Fragen zu Rundfunkgebühren gestellt hat und bislang eine Antwort ausblieb.

Herr Geier sagte, dass die Antwort noch vor Weihnachten zugestellt wird. Der Fragenkatalog war umfangreich.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 49. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde vom 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, **Herrn Harald Bartl**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 45 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (78,95 %) fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartel schlug vor, folgende Punkt von der Tagesordnung zu nehmen:

Änderungsanträge und Anträge zum Haushalt

TOP 7.5.1 bis 7.5.26

TOP 7.5.28

TOP 7.5.29

TOP 7.5.31

TOP 7.5.33

- → Vorschlag: absetzen
- → im Finanzausschuss zurückgezogen

TOP 7.8 + ÄA 7.8.1

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren

Vorlage: VI/2018/04618

- → Vorschlag: vertagen
- → im Fachausschuss vertagt

TOP 7.24 + ÄA

Umbenennung der Trainingsschwimmhalle in der Robert-Koch-Straße in Paul-Biedermann-Schwimmhalle

Vorlage: VI/2018/04390

- → Vorschlag: vertagen
- → im Hauptausschuss vertagt

TOP 8.3

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der

Sondernutzungssatzung Vorlage: VI/2018/04360

→ Vorschlag: absetzen

→ im Hauptausschuss zurückgezogen

TOP 8.4

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife Vorlage: VI/2018/03885

- → Vorschlag: vertagen
- → in den Fachausschüssen vertagt

TOP 8.5

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Teilnahme an der Präventionskampagne "Luisa ist hier!"

Vorlage: VI/2018/04474

→ Vorschlag: vertagen

→ in den Fachausschüssen vertagt

Herr Bartl machte auf drei Dringlichkeiten aufmerksam und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Zuwendungsvertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH für die Jahre 2019 bis 2023

Vorlage: VI/2018/04703

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

2/3 Mehrheit

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Vorlage: VI/2018/04707

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

2/3 Mehrheit

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Erhalt der "Schorre" Vorlage: VI/2018/04729

Herr Dr. Fikentscher brachte die Dringlichkeit ein. Aufgrund der Nichtbehandlung der Thematik im Rat fühlen sich Großteile der Bevölkerung allein gelassen und rufen Petitionen gegen den Abriss der Schorre ins Leben. Der Rat sollte es sich nicht nehmen lassen auch zur Problematik Stellung zu nehmen.

Herr Wolter sagte, dass der Rat dazu Stellung nehmen kann, aber in Gänze dies diskussions- und beratungswürdig in den Ausschüssen ist. Eine daher begründete Verweisung ist nicht die gängige Praxis. Er bat die Verwaltung um rechtliche Stellungnahme.

Herr Schreyer sagte, dass eine automatische Verweisung in die Ausschüsse gemäß § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Stadtrat und Ausschüsse nicht möglich ist, allerdings eine Verweisung mit Mehrheitsbeschluss dahingehend schon.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bartl** bat um Abstimmung der Dringlichkeit zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Erhalt der "Schorre" Vorlage: VI/2018/04729

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich abgelehnt 2/3 Mehrheit

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, da die Abrissgenehmigung nicht zeitnah erfolge, da die Unterlagen noch unvollständig sind, bestehe die nötige Zeit, um darüber in den Ausschüssen zu beraten.

Herr Bartl informierte im Weiteren über folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 7.5.30

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Umgestaltung des Bürgerhaushaltes

Vorlage: VI/2018/04298

→ Änderung des Beschlussvorschlages

TOP 7.5.32

Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN, DIE LINKE und SPD, MitBÜRGER für Halle / NEUES FORUM und CDU/FDP zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385)

Vorlage: VI/2018/04692

→ Beschlussvorschlag geändert

TOP 7.7

Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2017 Vorlage: VI/2018/04382

→ Behandlung vor dem Haushalt 2019, TOP 7.5 + Änderungsanträge

TOP 7.14

vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174.1 Riebeckplatz Ost - Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04538

- → hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor
- → Behandlung unter TOP 7.14.1

TOP 7.16

Bebauungsplan Nr. 195 Neustadt, Wohnbebauung Muldestraße - Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04258

- → hierzu liegt ein Änderungsantrag von Herrn Feigl vor
- → Behandlung unter TOP 7.16.1

TOP 7 19 1

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring" (VI/2018/03972) Vorlage: VI/2018/04535

→ Änderung im Beschlussvorschlag und in der Begründung

TOP 7.20

Bebauungsplan Nr. 144 Wohngebiet an der Bugenhagenstraße - Abwägungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04310

- → hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor
- → Behandlung unter TOP 7.20.1

TOP 7.21

Bebauungsplan Nr. 144 Wohngebiet an der Bugenhagenstraße - Satzungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04311

- → hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor
- → Behandlung unter TOP 7.21.1

TOP 8.2

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM für eine Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden

Vorlage: VI/2018/04465

→ hierzu liegt ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor

→ Behandlung unter TOP 8.2.1

TOP 9.1

Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE, **der CDU/FDP** und des Oberbürgermeisters zur Einführung eines kostenlosen ÖPNV Schülertickets

Vorlage: VI/2018/04662

→ Antragsteller ergänzt

TOP 9.3

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Kulturelle Freiräume entwickeln" Vorlage: VI/2018/04664

→ Beschlussvorschlag geändert

TOP 9.4

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04656

→ Beschlussvorschlag geändert

TOP 9.9

Antrag der AfD Stadtratsfraktion zum Beschluss einer Resolution zum UN-Migrationspakt Vorlage: VI/2018/04673

→ Änderung im Beschlussvorschlag

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die Fraktion DIE LINKE die Änderungsanträge unter TOP

- 7.20.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 144 "Wohngebiet an der Bugenhagenstraße" Abwägungsbeschluss (VI/2018/ 04310) Vorlage: VI/2018/04727
- 7.21.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 144 "Wohngebiet an der Bugenhagenstraße"-Satzungsbeschluss (VI/2018/04311) Vorlage: VI/2018/04725

zurückzieht.

Herr Wolter sagte, dass die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM den TOP

7.5.30. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Umgestaltung des Bürgerhaushaltes Vorlage: VI/2018/04298

vertagen möchte und im Zuge der vorliegenden Richtlinie erst wieder behandeln möchte.

Frau Dr. Wünscher bat darum, die auf die Tagesordnung genommene Dringlichkeitsvorlage

7.28. Zuwendungsvertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH für die Jahre 2019 bis 2023 Vorlage: VI/2018/04703

aus zeitlichen Gründen vor dem TOP 7.5 zu behandeln.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. Herr Bartl bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 24.10.2018
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.11.2018
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.11.2018 Vorlage: VI/2018/04723
- 5. Bericht des Oberbürgermeisters
- 6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04429
- 7.2. Wirtschaftsplan 2019 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04178
- 7.3. Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) Vorlage: VI/2018/04349
- 7.4. Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) Vorlage: VI/2018/04335

Behandlung TOP 7.7

Behandlung TOP 7.28

Haushalt 2019

 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 Vorlage: VI/2018/04385

Änderungsanträge zum Haushalt 2019

- 7.5.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 -VI/2018/04385, Produkt 1.55101 – Grünflächen und Parkanlagen Vorlage: VI/2018/04624 abgesetzt
- 7.5.2. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019, BV VI/2018/04385 Geschäftsbereich III Vorlage: VI/2018/04584 abgesetzt
- 7.5.3. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 -VI/2018/04385, hier Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen Vorlage: VI/2018/04625 abgesetzt
- 7.5.4. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 -VI/2018/04385, hier Produkt 1.54101 Gemeindestraßen Vorlage: VI/2018/04623 abgesetzt
- 7.5.5. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019, Vorlage VI/2019/04385 Geschäftsbereich III Vorlage: VI/2018/04561 abgesetzt
- 7.5.6. Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE.im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer VI/2018/04385)
 Vorlage: VI/2018/04581 abgesetzt
- 7.5.7. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 VI/ 2018/04385 Vorlage: VI/2018/04552 abgesetzt
- 7.5.8. Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushalsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer VI/ 2018/ 04385)
 Vorlage: VI/2018/04579 abgesetzt
- 7.5.9. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer VI/2018/04385)
 Vorlage: VI/2018/04569 abgesetzt

- 7.5.10. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer: VI/2018/04385) hier: Sprachförderung Kastanienallee Vorlage: VI/2018/04627 abgesetzt
- 7.5.11. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer: VI/2018/04385) hier: Investive Sportförderung Vorlage: VI/2018/04628 abgesetzt
- 7.5.12. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer: VI/2018/04385) hier: Sportförderung Vorlage: VI/2018/04629 abgesetzt
- 7.5.13. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017 (Vorlagen-Nummer: VI/2018/04385) hier: Stadtbibliothek Vorlage: VI/2018/04563 abgesetzt
- 7.5.14. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017"; (VI/2018/04385); hier: Hebammen Wochenbettbetreuung Vorlage: VI/2018/04635
- 7.5.15. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
 "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den
 Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385); hier: Budget Förderrichtlinie Umwelt- und
 Naturschutzprojekte
 Vorlage: VI/2018/04638 abgesetzt
- 7.5.16. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385); hier: Toilettenanlage Würfelwiese Vorlage: VI/2018/04639
- 7.5.17. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385); hier: Budget Bildung für nachhaltige Entwicklung Vorlage: VI/2018/04640 abgesetzt
- 7.5.18. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385); hier: Baumpflanzungen Vorlage: VI/2018/04641 abgesetzt
- 7.5.19. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385); hier: Städtisches Tierheim Vorlage: VI/2018/04645 abgesetzt
- 7.5.20. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385); hier: Präventionsrat Sachkostenbudget

Vorlage: VI/2018/04646 abgesetzt

7.5.21. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385); hier: Schulsozialarbeit Schulen Kastanienallee

Vorlage: VI/2018/04634 abgesetzt

- 7.5.22. Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM und CDU/FDP zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017, hier: Ortsfeuerwehr Halle-Lettin
 Vorlage: VI/2018/04508 abgesetzt
- 7.5.23. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017, hier: Gleichstellungsprojekte Vorlage: VI/2018/04543 abgesetzt
- 7.5.24. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017, hier: Bürgerprojekte (Stellenplan) Vorlage: VI/2018/04577 abgesetzt

Anträge zum Haushalt 2019

- 7.5.25. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Ziegelwiese Vorlage: VI/2018/04280 abgesetzt
- 7.5.26. Antrag der SPD-Fraktion zum Einsatz einer BibliothekspädagogIn
 Vorlage: VI/2018/04147 abgesetzt
- 7.5.27. Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von Personalkosten für den Stadtseniorenvertretung Stadt Halle e.V. Vorlage: VI/2018/04148
- 7.5.28. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Hebammenversorgung im Wochenbett Vorlage: VI/2018/04163 abgesetzt
- 7.5.29. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung einer Toilettenanlage auf der Würfelwiese
 Vorlage: VI/2018/04165 abgesetzt
- 7.5.30. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM zur Umgestaltung des Bürgerhaushaltes Vorlage: VI/2018/04298 vertagt
- 7.5.31. Antrag des Kulturausschusses zur Umsetzung des Konzeptes für eine Dekade kultureller Themenjahre in Halle (Saale) 2020-2030 Vorlage: VI/2018/04365 abgesetzt

neue Änderungsanträge und Anträge

7.5.32. Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN, DIE LINKE und SPD, MitBÜRGER für Halle / NEUES FORUM und CDU/FDP zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385) Vorlage: VI/2018/04692

7.5.33. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017, hier: Spielplatz Seeben (investiv) Vorlage: VI/2018/04701 abgesetzt

weitere Beschlussvorlagen

- 7.6. Vertrag über die Durchführung des Winterdienstes auf Radwegen zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH Vorlage: VI/2018/04619
- 7.7. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2017 Vorlage: VI/2018/04382
- 7.8. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren Vorlage: VI/2018/04618 vertagt
- 7.8.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) zur Stärkung der Demokratie in den Quartieren (VI/2018/04618)

 Vorlage: VI/2018/04704 vertagt
- 7.9. Besetzung des Engagement-Beirates Vorlage: VI/2018/04602
- 7.10. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 in den sonstigen Finanzvorgängen Vorlage: VI/2018/04558
- 7.11. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 im Fachbereich Planen Vorlage: VI/2018/04600
- 7.12. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 im Fachbereich Bauen Vorlage: VI/2018/04605
- 7.13. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen Vorlage: VI/2018/04680
- 7.14. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174.1 Riebeckplatz Ost Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04538

- 7.14.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174.1 Riebeckplatz Ost Aufstellungsbeschluss (VI/2018/04538) Vorlage: VI/2018/04694
- 7.15. Beschluss zur Berücksichtigung des Standortes Dieselstraße für ein SB-Warenhaus in der Fortschreibung des neuen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04678

- 7.16. Bebauungsplan Nr. 195 Neustadt, Wohnbebauung Muldestraße Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04258
- 7.16.1. Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 195 Neustadt, Wohnbebauung Muldestraße Aufstellungsbeschluss" (Vorlagen-Nummer: VI/2018/04258) Vorlage: VI/2018/04712
- 7.17. Änderung des Baubeschlusses Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße vom 28.09.2016, Vorlagen-Nr. VI/2016/02107 in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Vorlagen-Nr. VI/2016/02379 zum Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße, geändert durch den Beschluss VI/2018/03876 zur Änderung der Verkehrsführung des Rad- Fußgängerverkehrs Vorlage: VI/2018/04420
- 7.18. Änderung des Baubeschlusses VI/2016/02047 Ruderhaus am Ruderkanal Hochwasserfolgemaßnahme Nr. 286 Vorlage: VI/2018/04439
- 7.19. Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring Vorlage: VI/2018/03972
- 7.19.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring" (VI/2018/03972) Vorlage: VI/2018/04535
- 7.20. Bebauungsplan Nr. 144 Wohngebiet an der Bugenhagenstraße Abwägungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04310
- 7.20.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 144 "Wohngebiet an der Bugenhagenstraße" Abwägungsbeschluss (VI/2018/ 04310) Vorlage: VI/2018/04727 zurückgezogen
- 7.21. Bebauungsplan Nr. 144 Wohngebiet an der Bugenhagenstraße Satzungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04311
- 7.21.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Bebauungsplan Nr. 144 "Wohngebiet an der Bugenhagenstraße"-Satzungsbeschluss (VI/2018/04311)
 Vorlage: VI/2018/04725 zurückgezogen

7.22. Bebauungsplan Nr. 88.3 Urbanes Gebiet am Thüringer Bahnhof -Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04402

7.23. Verwendung der Mittel gemäß § 8 und §9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPVNG LSA) für das Jahr 2019 und die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen

Vorlage: VI/2018/04527

7.24. Umbenennung der Trainingsschwimmhalle in der Robert-Koch-Straße in Paul-Biedermann-Schwimmhalle Vorlage: VI/2018/04390

vertagt

7.24.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Umbenennung der Trainingsschwimmhalle in der Robert-Koch-Straße in "Paul-Biedermann-Schwimmhalle" Vorlage: VI/2018/04560 vertagt

7.25. Änderung der Gebührensatzung der Stadtbibliothek der Stadt Halle (Saale) vom 27.09.2017 und Änderung der Gebührensatzung des Stadtmuseums Halle (Saale) mit den Standorten Oberburg Giebichenstein, Hausmannstürme und Roter Turm vom 26.02.2014 in Bezug auf die kostenfreie Nutzung der Einrichtungen von Inhaberinnen/Inhabern des Halle-Passes A Vorlage: VI/2018/04427

7.26. Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 Vorlage: VI/2018/03930

7.26.1. Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zur Beschlussvorlage - Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 - Vorlagen-Nr.: VI/2018/03930 Vorlage: VI/2018/04657

7.27. Schülerbeförderungsvertrag Vorlage: VI/2018/04416

Zuwendungsvertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH für 7.28. die Jahre 2019 bis 2023 Vorlage: VI/2018/04703

- 8. Wiedervorlage
- Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur 8.1. Überdachung am Hauptbahnhof Vorlage: VI/2018/04551
- 8.2. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM für eine Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden Vorlage: VI/2018/04465

8.2.1. Änderungsantrag der AfD Stadtratsfraktion Halle zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM für eine Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden

Vorlage: VI/2018/04726

8.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Sondernutzungssatzung Vorlage: VI/2018/04360 abgesetzt

8.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife Vorlage: VI/2018/03885 vertagt

8.5. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Teilnahme an der Präventionskampagne "Luisa ist hier!"

Vorlage: VI/2018/04474 vertagt

8.6. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einrichtung von Reisebusparkplätzen am Salzgrafenplatz Vorlage: VI/2018/04473

- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE, der CDU/FDP und des Oberbürgermeisters zur Einführung eines kostenlosen ÖPNV Schülertickets Vorlage: VI/2018/04662
- 9.2. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Resolution gegen den Verkauf der Neuen Residenz durch das Land Sachsen-Anhalt Vorlage: VI/2018/04661
- 9.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Kulturelle Freiräume entwickeln"
 Vorlage: VI/2018/04664
- 9.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04656
- Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Sportplatzes in der Silberhöhe Vorlage: VI/2018/04659
- 9.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung einer Zweigbibliothek im halleschen Osten Vorlage: VI/2018/04671
- 9.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ausweitung des Quartiersmanagements Vorlage: VI/2018/04672

9.8. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Sportstättenkapazitäten in Halle-Neustadt

Vorlage: VI/2018/04658

9.9. Antrag der AfD Stadtratsfraktion zum Beschluss einer Resolution zum UN-Migrationspakt

Vorlage: VI/2018/04673

- 9.10. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten Vorlage: VI/2018/04707
- 10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Gewerbeflächen in Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04650
- 10.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Freiflächen Künstlerhaus 188 Vorlage: VI/2018/04670
- 10.3. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Star Park Vorlage: VI/2018/04666
- 10.4. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen Fassadenbegrünungsprojekten Vorlage: VI/2018/04667
- 10.5. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Anlegen von Blühstreifen bzw. flächen Vorlage: VI/2018/04668
- 10.6. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Schulanfangszeiten an Grundschulen Vorlage: VI/2018/04669
- 10.7. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu sozialen, umweltbezogenen und innovativen Kriterien in den Vergabeverfahren 2017 und 2018 Vorlage: VI/2018/04556
- 10.8. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM zum Rondell am Riebeckplatz Vorlage: VI/2018/04663
- 10.9. Anfrage des Hr. Alexander Raue (Afd Stadtratsfraktion Halle) zum Pflegezustand der Denk- und Ehrenmale auf dem Gertraudenfriedhof Vorlage: VI/2018/04665
- 10.10. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zum Ausländeranteil in den Stadtvierteln und Kosten der Versorgung Vorlage: VI/2018/04479

- Anfrage des Hr. Alexander Raue (AfD Stadtratsfraktion Halle) zur Vertitelung von Aufwendungen für Leistungen der freiwilligen Selbstverwaltung im Haushalt 2018 Vorlage: VI/2018/04675
- 10.12. Anfrage des Hr. Alexander Raue (AfD Stadtratsfraktion Halle) zur Vertitelung von Aufwendungen für Leistungen der freiwilligen Selbstverwaltung im Haushaltsplanentwurf 2019 Vorlage: VI/2018/04674
- Anfrage des Hr. Gernot Nette (AfD Stadtratsfraktion Halle) zum Sicherheitskonzept der Stadt Halle auf dem halleschen Weihnachtsmarkt Vorlage: VI/2018/04676
- 11. Mitteilungen
- 11.1. Information zu den Projektanträgen intelligente Verkehrssysteme der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04386

- 11.2. Information zum Masterplan Luftreinhaltung Green City Plan der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04384
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
- 13. Anregungen
- 14. Anträge auf Akteneinsicht
- zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 24.10.2018

Herr Bartl sagte, dass Herr Scholtyssek im letzten Stadtrat einen Einwand gegen die Niederschrift vom 24.10.2018 zum TOP 12.13 geäußert hat. Mit der nun vorliegenden Fassung erklärt er sich einverstanden.

Der neue Passus lautet:

Herr Scholtyssek fragte, aus welchen Gründen die Stadt Halle den damaligen Vertrag nicht gekündigt hat, sondern ein Vergleich zustande gekommen ist.

Frau Ernst sagte, dass die Verwaltung eine Antwort vorbereitet, in der alle Fragen aus den vergangenen Monaten zusammengefasst werden. Diese steht voraussichtlich in der kommenden Woche zur Verfügung.

Herr Bartl sagte weiter, dass auch Herr Nette im letzten Stadtrat einen Einwand gegen die Niederschrift vom 24.10.2018 zum TOP 9.2 geäußert hat. Mit der nun vorliegenden Fassung erklärt dieser sich nicht einverstanden. Es ist ihm nicht mehr wichtig und er belässt es bei der alten Fassung. Er wird der Niederschrift nicht zustimmen.

Dennoch ließ Herr Bartl den Einwand abstimmen, dieser wurde mehrheitlich abgelehnt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Bartl** bat um Bestätigung der Niederschrift vom 24.10.2018.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.11.2018

Herr Bartl sagte, dass die Niederschrift vom 21.11.2018 in der nächsten Sitzung bestätigt wird.

Abstimmungsergebnis: vertagt

- zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.11.2018 Vorlage: VI/2018/04723

Herr Bartl sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 21.11.2018 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und damit öffentlich bekannt gegeben sind. Anschließend werden diese im Amtsblatt veröffentlicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte zur ICE-Schnellverbindung über Halle. Auf der Neubaustrecke Berlin-München fahren nun fünf statt drei ICE-Sprinterzüge. Die Sprinter halten in Halle, Erfurt und Nürnberg.

Zur Hafenstraße 7 teilte er mit, dass der Capuze e.V. am 14.12.2018 das Grundstück Hafenstraße 7 dem Eigentümer HWG übergeben hat. Der Verein ist in die alte Gärtnerei am Galgenberg gezogen. Die Stadt hat einen Pachtvertrag mit dem Verein "Haushalten e.V." geschlossen.

Zudem informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Stadt Halle (Saale) am 07.12.2018 9,8 Millionen Euro Fördermittel aus verschiedenen Förderprogrammen erhalten hat. Zusammen mit dem Eigenanteil können in den nächsten fünf Jahren 20 Projekte in Höhe von insgesamt 13 Millionen Euro realisiert werden. Der EFRE-Förderbescheid in Höhe von rund 12 Millionen Euro für die Sanierung und den Innenausbau des Salinemuseums ist heute eingetroffen.

Zur Ansiedlung im Star Park informierte er, dass der Online-Versandhändler Zalando ein Logistikzentrum mit im Endausbau 350 Arbeitsplätzen errichten wird. Die Inbetriebnahme ist für Herbst 2019 geplant. Mit dieser Investition sind im Star Park seit dem Jahr 2014 rund 2700 Arbeitsplätze entstanden. Auf der verkauften Fläche von 126 Hektar wurden Investitionen von rund 400 Mio. Euro ausgelöst. Der Star Park wird voraussichtlich im kommenden Jahr vollständig belegt sein.

Weiterhin informierte er zum Wissenschaftskubus Halle. Am 18.12.2018 fand eine Konzeptwerkstatt statt. Es handelt sich um eine Wissens-, Bildungs- und Bewegungsplattform mit verschiedenen Veranstaltungs- und Beteiligungsformaten für alle Zielgruppen der Bevölkerung. Science2public wird dabei als Trägerverein für die Konzeption, Organisation und Umsetzung dienen. Das Team besteht aus Ilka Bickmann, Prof. Dr. Wehspohn, Prof. apl. Dr. Susanne Vollberg und Uta Kolano.

Zum Einlagerungsstopp in der Grube Teutschenthal fand am 13.12.2018 ein Ortstermin beim Unternehmen GTS statt. Die Geruchsbelästigung ist für die Anwohner unzumutbar. GTS selbst sieht dagegen keine Geruchsbelästigung gegeben. Die Stadt hat hier mit der Prüfung begonnen. Es geht um die Einlagerung von diversen Abfallarten: Schlacken, Aschen, Bauabfälle und Schlämme aus der Reinigung von Industrieabfällen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass die neue, attraktive Zoogaststätte auf dem Reilsberg "Bergterrassen" am 20.11.2018 eröffnet wurde. Der Gastraum im Obergeschoss bietet Platz für 100 Personen. Ein barrierefreier Zugang ist gegeben. Die Kosten beliefen sich auf 2,15 Mio. Euro aus Eigenmitteln des Bergzoos. Das Projekt ist Teil des Zukunftskonzeptes "Bergzoo 2031".

Weiterhin informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zum Kunstpreis der Stadt Halle (Saale). Am 22.11.2018 wurde die Glasgestalterin Christina Budig Kunstpreisträgerin der Stadt Halle (Saale) 2018. Die Preisverleihung und Vernissage fand im Literaturhaus Halle statt. Die Ausstellung ist noch bis 13.01.2019 geöffnet. Die Stiftung der Saalesparkasse unterstützt seit 2016 den Kunstpreis mit einem Preisgeld in Höhe von 5.000 Euro.

Die denkmalgerecht sanierte Aula des Neuen Städtischen Gymnasiums wurde am 23.11.2018 feierlich eröffnet und eingeweiht. Der erste Bauabschnitt (Aula, Umbau Mensa) für 1,6 Mio. Euro ist somit abgeschlossen. Bis zum Frühjahr 2020 folgen der zweite und dritte

Bauabschnitt für 9,6 Mio. Euro. Unter anderem wird das Gebäude der Dreyhauptschule komplett entkernt und saniert.

Am 28.11.2018 hat die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland eine Potential- und Machbarkeitsstudie zum Radschnellweg Halle-Leipzig in Auftrag gegeben. Die Studie soll bis Mai 2019 vorliegen. Ein Radschnellweg könnte die Wirtschaftsregion Mitteldeutschland weiter stärken.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter zur Jahresausstellung im Stadtmuseum. Am 29.11.2018 wurde im Stadtmuseum die Sonderausstellung "Kleinwohnung, Modehaus, Kraftzentrale – Neues Bauen und neues Leben im Halle der 20er Jahre" eröffnet. Anlass hierfür ist das Jubiläum "100 Jahre Bauhaus" im kommenden Jahr. Die Ausstellung ist bis zum 16.06.2019 zu besichtigen. Es wird ein umfangreiches Begleitprogramm geboten.

Darüber hinaus informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Stadt Halle (Saale) die Projekte von "Halle.Neu.Stadt.2050" im Bundeswettbewerb "Zukunftsstadt" fortsetzt, auch wenn die finale Wettbewerbsphase nicht erreicht wurde. Ein großer Dank geht an alle Partner für die engagierte, zielstrebige Zusammenarbeit. Es soll unter anderem der "Campus Kastanienallee" weiter entwickelt werden.

Am 03.12.2018 wurde die Plastik von Michael Krenz "Der kleine Schauer" auf einer zentralen Sitzfläche am Steintor eingeweiht. Michael Krenz ist als Sieger im Wettbewerb von zehn Entwürfen hallescher Künstlerinnen und Künstler hervorgegangen. Es ist das erste Kunstwerk, welches aus dem Kunst-am-Bau-Etat der Stadt finanziert wurde. Die Kosten beliefen sich auf 40.000 Euro.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte weiter, dass die Stadt Halle (Saale) weitere Großprojekte im Investitionsprogramm "Bildung 2022" realisieren kann. Es stehen 6,6 Millionen Euro Fördermittel aus dem STARK-III-Programm für weitere Sanierungsprojekte mit einem Volumen von insgesamt 14,43 Millionen Euro zur Verfügung. Im Rahmen von "Bildung 2022" fließen die Fördermittel in das "Lernzentrum Halle-Neustadt" mit Turnhalle, die Grundschule "Hans Christian Andersen", das Gebäude und die Turnhalle Südstadt-Gymnasium sowie die Kitas "Kinderinsel" und "Stadtzwerge".

Am 04.12.2018 wurde die Eisenbahnunterführung Birkhahnweg für Fußgänger und Radfahrer freigegeben. Somit ist die Neuerschließung des nördlichen Birkhahnwegs umgesetzt. Die Zufahrt erfolgt über die neue Brücke an der B 100. Es ist ein Teilprojekt des Umbaus des Bahnknotens Halle und die Einbindung der ICE-Neubaustrecke Nürnberg – Halle – Berlin für 750 Millionen Euro.

Am 05.12.2018 wurden zum dritten Mal die Ehrenamtskarten an ehrenamtlich engagierte Hallenserinnen und Hallenser verliehen. 475 Ehrenamtliche waren für die Ehrenamtskarte nominiert. Die stimmungsvolle Feierstunde fand in der Konzerthalle Ulrichskirche statt.

Der Spielpatz "Am Hohen Ufer" wurde am 10.12.2018 mit neuen Spielgeräten für knapp 30.000 Euro ausgestattet. Die Übernahme der gesamten Kosten erfolgte durch die Saalesparkasse. Die Stadt Halle (Saale) wertet auch damit den Stadtteil Silberhöhe weiter auf.

Am 14.12.2018 fand im Stadtteil Silberhöhe ein Mitmachkonzert unter dem Motto "Halle singt" statt. Mit dabei waren unter anderem Zoodirektor Dr. Dennis Müller, Oper-Intendant Florian Lutz, nt-Intendant Matthias Brenner und Eishockey-Spieler Kai Schmitz. Die Stadt hat erstmals einen Weihnachtsbaum am Gesundheitszentrum Silberhöhe aufgestellt. Herum wurden 14 Bäume am Platz und in der Wittenberger Straße beleuchtet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte abschließend zur Freigabe der Haupterschließungsstraße (HES) in Halles Osten am heutigen Tag. Um 16 Uhr wird die HES komplett für den Verkehr freigegeben. Mit diesem vierten Abschnitt zwischen der Delitzscher Straße und der B100 ist eine bessere Erschließung des östlichen Gewebegebietes und Büschdorf gelungen sowie der Anschluss an das Fernstraßennetz. Die Innenstadt soll so vom Verkehr entlastet werden. Die Bauarbeiten begannen 1998. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 105,6 Mio. Euro, davon 32 Mio. Euro Eigenmittel.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Frau Dr. Brock sagte, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüße, dass zur HaSi eine Lösung gefunden wurde. Leider ist die Kommunikation mit den Anwohnern am Galgenberg vorab nicht als positiv zu bewerten. In einer Art "Nacht- und Nebelaktion" ist der Umzug in das Gebäude am Galgenberg erfolgt.

Auf die Nachfrage von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand, woher sie ihre Informationen bezieht, entgegnete Frau Dr. Brock, keine Rechenschaft darüber ablegen zu müssen.

Frau Ernst sagte, dass die Information von Frau Dr. Brock falsch ist. Im Vorfeld haben Gespräche mit dem Mieter im Haus sowie mit der Reha-Gruppe vor Ort stattgefunden.

Frau Dr. Brock bezog sich auf den Star Park und merkte an, dass es nicht als Erfolg zu sehen ist, wenn es erneut eine Ansiedlung eines Logistikzentrums gibt. Eine Wirtschaftsansiedlung wäre wünschenswerter.

Frau Ernst sagte, dass sich die Ansiedlungen in dem vom Rat beschlossenen Wirtschaftsförderungskonzept bewegen. Im Wirtschaftsausschuss wurde explizit dargestellt, wie sich bestimmte Lohngefüge im Star Park auch entwickeln. Die Protokolle bieten einen sehr guten Gesamtüberblick.

-Auf Antrag der Fraktion die LINKE erfolgt zur Wortmeldung von Frau Müller zur Thematik HFC ein Wortprotokoll.-

Frau Müller

Ja, Herr Oberbürgermeister, ich habe jetzt auch fast Tränen in den Augen bei ihrer weihnachtlichen Erfolgsmeldung, das ist alles gut und schön. Ich weiß auch, dass ich zum Bericht des Oberbürgermeisters nur fragen darf zu Sachen, die Sie selber auch berichtet haben. Ich tue jetzt mal was ganz Verrücktes und frage trotzdem: Warum haben Sie die ganze Causa HFC und Michael Schädlich in Ihrem Bericht jetzt hier ausgespart? Danke.

Herr Bartl

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Weil das nicht öffentlich ist.

- Ende Wortprotokoll.-

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt

Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04429

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Bartl bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- I. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft versehene Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2017 wird wie folgt festgestellt:
 - 1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1.	Bilanzsumme	40.451.583,00 EUR	
1.1.1.	davon entfallen auf der Aktivseite aufdas Anlagevermögendas Umlaufvermögen	36.992.496,89 EUR 3.415.315,02 EUR	
1.1.2.	 davon entfallen auf der Passivseite auf das Eigenkapital den Sonderposten die Rückstellungen die Verbindlichkeiten 	20.290.179,74 EUR 12.948.725,78 EUR 2.671.040,94 EUR 4.461.294,74 EUR	
1.1.3.	Jahresfehlbetrag	119.815,28 EUR	
1.1.4.	Summe der Erträge	45.663.340,40 EUR	
1.1.5.	Summe der Aufwendungen	45.783.155,68 EUR	

- 2. Behandlung des Jahresüberschusses
- 2.1. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 119.815,28 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
- II. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2017 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG Land Sachsen-Anhalt Entlastung erteilt.

zu 7.2 Wirtschaftsplan 2019 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04178

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Bartl bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

zu 7.3 Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) Vorlage: VI/2018/04349

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Bartl bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Henschke und Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft versehene Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2017 wird wie folgt festgestellt:

Feststellung des Jahresabschlusses

3. Summe der Erträge

1.	Bilanzsumme	10.633.540,42 EUR
	1.1. davon entfallen auf der Aktivseite aufdas Anlagevermögendas Umlaufvermögen	37.209,27 EUR 10.594.133,09 EUR
	 1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf das Eigenkapital den Sonderposten die Rückstellungen die Verbindlichkeiten 	37.046,30 EUR 587.951,37 EUR 95.220,42 EUR 9.913.322,33 EUR
2.	Jahresüberschuss	0,00 EUR

4. Summe der Aufwendungen 6.189.837,85 EUR

6.189.837,85 EUR

II. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wird für das Wirtschaftsjahr 2017 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG LSA Entlastung erteilt.

zu 7.4 Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) Vorlage: VI/2018/04335

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Bartl bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

zu 7.7 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Halle (Saale) zum 31.12.2017 Vorlage: VI/2018/04382

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Bartl bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Einzelpunktabstimmung

Pkt. 1 einstimmig zugestimmt Pkt. 2 einstimmig zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA für den Pkt. 2: Herr Dr. Bernd Wiegand

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA den geprüften Jahresabschluss 2017 mit einer Bilanzsumme von 1.851.162.135,23 EUR. Der Jahresüberschuss in Höhe von 280.516,14 EUR wird gemäß § 23 KomHVO auf neue Rechnung vorgetragen und in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.
- 2. Der Stadtrat erteilt dem Oberbürgermeister gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2017 die Entlastung.

zu 7.28 Zuwendungsvertrag über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH für die Jahre 2019 bis 2023 Vorlage: VI/2018/04703

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Bartl bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des Zuwendungsvertrages über die Förderung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für die Jahre 2019 bis 2023 zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) in der aus der Anlage 1 ersichtlichen Fassung zu.

zu 7.5 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den

Beteiligungsbericht 2017 Vorlage: VI/2018/04385

zu 7.5.27 Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von

Personalkosten für den Stadtseniorenvertretung Stadt Halle e.V.

Vorlage: VI/2018/04148

zu 7.5.32 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN, DIE LINKE und SPD, MitBÜRGER für Halle / NEUES FORUM und CDU/FDP zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385)

Vorlage: VI/2018/04692

- Auf Antrag des Oberbürgermeisters und der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Bartl

So, meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 5, Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019. Ich habe Ihnen schon die Streichungen aller Änderungsanträge mitgeteilt. Vertagt ist auch noch der der MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, sodass wir jetzt eigentlich nur noch 2 Änderungsanträge mit auf der Tagesordnung haben und zwar 7.5.27 und den gemeinsamen aller Fraktionen unter 7.5.32.

Wir kommen jetzt in die Haushaltsreden und ich habe schon eingangs gesagt, wir haben eine ambitionierte Tagesordnung. Ich bitte die Haushaltsredner eine Begrenzung von 15 Minuten einzuhalten. Sind Sie damit einverstanden? Wenn ich keine Gegenstimmen sehe, gilt das für mich als Beschluss. Wir fahren danach in der Haushaltsdiskussion in der üblichen Geschäftsordnung fort. Okay?

Dann bitte ich jetzt um die einzelnen Haushaltsreden. Ich habe schon die Meldung von Herrn Lange, von Herrn Krause, dann von Frau Dr. Brock, Herr Scholtyssek und dann Herr Raue und dann kommt der Herr Wolter.

Dann hat jetzt der Herr Lange das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

Herr Lange

Vielen Dank Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Haushaltsverabschiedung in der letzten Sitzung des Jahres ist ein guter Anlass darüber zu reden, wie wir die Stadt entwickeln wollen, denn der Haushalt, das ist in Zahlen gegossene Politik. Für mich ist klar, dass wir auf der kommunalen Ebene natürlich nicht alles heilen können, was im Bund und Land falsch entschieden wird. Gleichwohl ist es unsere Aufgabe, das gesellschaftliche Zusammenleben aller Einwohnerinnen und Einwohner

unserer Stadt positiv zu gestalten, einen sozialen Ausgleich so gut wie möglich herbeizuführen, die Gemeinschaft zu fördern statt auszugrenzen.

Dazu gehört eine Stadtentwicklung, die ökologisch ist, genauso wie die Förderung von Kunst und Kultur, der Bildung und des Sports. Natürlich haben wir mit unserem gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen außer der AfD, das möchte ich nochmal betonen, auch entsprechend die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt in den Blick genommen und dass Halle Aufgaben als Oberzentrum für die Region erfüllt.

Herr Bartl

Bitte, es wird nicht aus dem Raum fotografiert.

Herr Lange

Darf ich weiter machen, Herr Vorsitzender?

Herr Bartl

Selbstverständlich

Herr Lange

Meine Damen und Herren, ich möchte daher auf die Themen eingehen, die uns als Linksfraktion besonders am Herzen liegen und streife dabei natürlich auch Anträge, die von anderen Fraktion eingebracht wurden und es wäre ja auch komisch, wenn wir keine großen Schnittmengen mit den Grünen und der SPD hätten.

Einen Schwerpunkt sehen wir, also meine Fraktion, im urbanen Zusammenleben, denn eine lebendige Stadt heißt Austausch und Städtebegegnung. Dies ermöglichen insbesondere unsere Vereine, Verbände und Initiativen, die wir in der Stadt haben. Sie machen unter anderem eine Stadt lebenswert, individuell und machen unsere Stadt einfach lebendig. Oft mit viel ehrenamtlichem Engagement, andererseits gibt es Beschäftigte in den Vereinen und Verbänden, die Aufgaben für die Stadt erledigen. Und hier tragen wir als Stadt auch die Verantwortung, dass diese nicht von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden. Deswegen, möchten wir für gute Arbeit auch gutes Geld zur Verfügung stellen, denn, wer gute Arbeit leistet, hat dieses Geld auch verdient. Und dafür legen wir als Fraktion die Grundlagen.

Meine Damen und Herren, sozialen Ausgleich zu schaffen und Menschen, die wenig haben die Teilhabe zu ermöglichen ist ein wichtiger Schwerpunkt für meine Fraktion. Deswegen sind wir froh, dass der Einstieg in eine Mobilitätspauschale für Halle-Pass-Nutzer gelingt. Zukünftig sollten wir jedoch am Sozialticket festhalten. Und ich gebe die Vision eines ticketfreien Nahverkehrs nicht auf. Und da, wo vermehrt Menschen leben, die nicht vom Aufschwung profitieren, da wo erhöhte Integrationsleistungen erbracht werden, da müssen wir unsere Kraft konzentrieren, um gute, soziale Leistungen anzubieten, um Ausgleich zu schaffen und um das Zusammenleben zu fördern.

Wir geben mit unserem Antrag Schulen mit einem Migrantenanteil von 25% und mehr zusätzliche Schulsozialarbeiterstellen. Das kommt allen Schülerinnen und Schülern zu Gute und fördert das Zusammenleben. Zudem springen wir erneut für das Land in die Bresche und ermöglichen den Schulen in der Kastanienallee zusätzlichen Sprachunterricht.

Eigentlich müsste das dem Land peinlich sein, dass wir das als Kommune machen, da wir seine Pflichtaufgabe freiwillig übernehmen, weil sonst nichts passiert. Das Land ist daher dringend aufgefordert, hier Abhilfe zu schaffen und besonders das Schulsozialarbeiterprogramm zu verstetigen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf eine Initiative eingehen, die neu im Haushalt auftaucht – Beratung, Bildung und Kostenübernahme von Verhütungsmitteln – kurz

BIKO, heißt das Pilotprojekt, dass vom Bund finanziert wird und äußerst erfolgreich Frauen in unserer Stadt unterstützt. Da hier die Anschlussfinanzierung des Bundes ab Juni in Frage steht, möchten wir den Weiterbestand des Projektes finanzieren. Es wäre unverständlich, wenn dieses Projekt einfach beendet wird, gleichwohl ist das ein Beispiel, wie der Bund es war, etwas Positives initiiert, aber am Ende die Kommunen alleine lässt.

Meine Damen und Herren, Schulsozialarbeit und Sprachlehrer habe ich schon benannt, zudem stellen wir den Schulen 150.000 Euro mehr für Sachaufwendungen zur Verfügung, aber auch außerschulische Lernorte, wie das Salinetechnikum, das Schülerlabor im Hohen Weg oder das Schulumweltzentrum Franzigmark werden erstmals beziehungsweise besser gefördert.

Zudem unterstützen wir die Idee eines Schülerratspreises, der Ausdruck des Engagements unserer Schülerschaft ist. Aber auch die von der SPD initiierte Stelle für Bibliothekspädagogik möchte ich nennen. Bildung als Schwerpunkt für eine gute Zukunftsentwicklung ist für uns genauso selbstverständlich, wie die Förderung von Kunst und Kultur. Dazu gehört die Unterstützung der kulturellen Themenjahre genauso, wie die Galerie Talstraße und der freien Szene stellen wir erneut eine große Summe zusätzlich zur Verfügung. Hier sollten wir zukünftig auch eine überjährige Förderung ermöglichen, damit Projekte Planungssicherheit haben. Das gleiche gilt für den Sport, der durch unseren Antrag 300.000 € zusätzlich erhält.

Meine Damen und Herren, für die Reparatur von Gemeindestraßen stellen wir mit unserem Antrag mehr Geld zur Verfügung. So beinhaltet dieser Posten 1,5 Millionen Euro mehr und damit werden nicht nur die Straßen saniert, sondern ebenso die Rad- und Fußwege. Was wichtig ist, denn dieses Geld soll besonders auch Radfahrerinnen und Radfahrern, Fußgängerinnen und Fußgängern zur Verfügung gestellt werden, die sich angstfrei und bequem in unserer Stadt bewegen können sollen.

Hinzu kommt oder kommen, dass von den GRÜNEN initiierte Baumpflanzprogramm, wohlfühlen und Begegnung auf neuen Bolzplätzen oder einem Wasserspielplatz, Stichwort "Freiflächengestaltung". Und manchmal sind es auch die kleinen Dinge, wie zusätzliche Mülleimer und eine Toilette auf der Ziegelwiese, die merkbar positiv sind.

Meine Damen und Herren, wie eingangs erwähnt ist eine lebendige Stadt eine Stadt für Austausch und Begegnungen. Hierfür stellen wir eine zusätzliche Stelle im Dienstleistungszentrum bürgerliches Engagement zur Verfügung, zudem 50.000 Euro als Sachbudget. Außerdem werden es zukünftig 50 ct. je Einwohner sein, die für Bürgerprojekte zur Verfügung stehen. Und nicht zuletzt möchte ich erwähnen, dass wir die Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig in unserer Stadt unterstützen. So haben wir Geld für die Vernetzung, die auf dem Kreativsalon stattfindet, eingestellt, denn diese Vernetzung schafft einen direkten Mehrwert für die Kreativwirtschaft.

Meine Damen und Herren, ja, wir geben mehr Geld aus, aber wir können mit unserem Vorschlag den Haushalt ein Stück weit auch konsolidieren. Und wenn wir als Stadt mit Mehreinnahmen rechnen können, sind Land und Bund aufgefordert, die Kommunen aufgabengerecht zu finanzieren. Wer bestellt bezahlt, ist das Motto. Und bitte nicht immer nur Projekte initiieren mit viel bürokratischem Aufwand, sondern eine grundhaft bessere Finanzierung für die Kommunen. Das ist wichtig.

Zum Abschluss möchte ich noch ein paar Worte zum Thema Wertschätzung sagen. Das ehrenamtliche Stadträte einen Haushaltsentwurf in letzter Minute zur Verfügung gestellt bekommen und unter enormen Zeitdruck eine gerechte, sowie verantwortungsvolle Bearbeitung durchführen sollen, hat nichts mit besagter Wertschätzung, der hier engagierten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt zu tun.

Zu diesem Umgang gehört auch, dass Projekte, wie die Aula der II. IGS erneut verschoben wurden, obwohl der Stadtrat mit der Verwaltung die unverzügliche Bauplanung vereinbart hat. Diesen Umgang mit demokratischen Beschlüssen nehmen die Menschen deutlich wahr. Zudem wäre die Verwaltungsspitze gut beraten gewesen, den Vorschlag meiner Fraktion frühzeitig umzusetzen und Investitionskredite in Höhe der Schuldentilgung aufzunehmen. Der so entstandene Investitionsstau wird nun mit einer Rekordverschuldung bearbeitet. Damit ist dieser Haushalt alles andere, aber bei weitem nicht ausgeglichen. Ob uns das genehmigt wird, das bleibt abzuwarten, ist auch zu hoffen. Was aber nicht, und das ist aber dann auch nicht Arbeit der Stadträte anzurechnen, wenn es nicht genehmigt wird, sondern der Arbeit der Stadtverwaltung. Gleichwohl stehen wir dazu, dass das Kita- und Schulsanierungsprogramm absolute Priorität hat. Hier ist der Investitionsstau spürbar und man muss sagen, dass an der Stelle schon viel eher hätte gehandelt werden müssen, gehandelt werden können.

Ich danke der Stadtverwaltung für die solide Zuarbeit, das ist auch für die Stadtverwaltung, insbesondere für das Team Ratsangelegenheiten, aber auch für den ganzen Finanzbereich immer auch eine ganz schwere Aufgabe, diese Zuarbeiten zu leisten. Mit unserem gemeinsamen Antrag stecken viel Herzblut der ehrenamtlichen Stadträtinnen und Stadträte im Haushalt, es stecken ebenso gute Ideen im Haushalt. Die Verwaltungsspitze tut gut daran, das umzusetzen. Es kommt Halle und seinen Einwohnerinnen und Einwohnern zu Gute.

Vielen Dank.

Herr Bartl

Als nächster Redner bitte, Herr Krause.

Herr Krause

Liebe Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Oberbürgermeister. Vorweihnachtszeit bedeutet für Stadtrat und Verwaltung auch immer die alljährigen Haushaltsberatungen stehen an. Seit September haben wir uns in das Zahlenwerk vertieft. Heute, 5 Tage vor Heiligabend steht nun die Entscheidung an. Der Haushalt ist mehr als ein bloßes Zahlenwerk. Er ist die in Zahlen gegossene Idee von der Zukunft unserer Stadt. Bevor ich einsteige, danke ich herzlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Arbeit. Sie haben uns in den Sitzungen nach bestem Wissen und Gewissen und im Rahmen der Vorgaben durch die oberste Verwaltungsspitze Rede und Antwort gestanden. Stellvertretend für viele in der Verwaltung gilt an dieser Stelle unser Dank Egbert Geier in seiner Funktion als Beigeordneter für Finanzen. Ich nehme es vorweg, die SPD-Fraktion wird dem Haushalt der Stadt Halle für das Jahr 2019 zustimmen, allerdings nur, wenn der vorliegende Änderungsantrag angenommen wird. Der Antrag ist das Ergebnis der Beratungen aller demokratischen Fraktionen im Stadtrat. Erst durch diese Änderung wird der Haushalt dem gerecht, was uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die Zukunft unserer Stadt wichtig ist.

Erstens: Die nachhaltige Sanierung der Kitas, Horte und Schulen bleibt ein klarer Schwerpunkt bei den Investitionen aber wir sanieren nicht nur, wir bauen auch neu. Der Neubau der Schule am Holzplatz war hier in den letzten Monaten häufig Thema und in den nächsten Jahren stehen sehr wahrscheinlich weitere Neubauten von Schulen auf der Agenda. Meiner Fraktion ist besonders wichtig, dass wir nicht nur von Sanierungen in bestimmten Stadtteilen reden, Nein, wir packen in allen Stadtteilen gleichermaßen an.

Zweitens: Der SPD-Fraktion ist es wichtig, dass gerade für Schulen mit einer hohen Dichte an sozialen Problemen Geld in die Hand genommen wird. Deshalb ist es richtig, dass wir mit unserem Antrag für Sprachlehrer an der Grund- und Gemeinschaftsschule Kastanienallee mehr als 100.000 Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Wir werden hier aktiv, weil der

Bildungsminister in unserem Land seine Aufgabe nicht ausreichend macht. Darüber hinaus stärken wir die Schulsozialarbeit an bis zu 15 Schulen in Halle. Wir stellen im kommenden Jahr dafür 675.000 Euro in den Haushalt ein. Ab 2020 werden die Mittel weiter gesteigert und sollen ab 2022 circa 1 Million Euro betragen. Damit sichern wir die Schulsozialarbeit über die nächsten Jahre in Halle unabhängig von den Zuweisungen des Landes.

Drittens: Es ist an der Zeit, den Halle-Pass wieder attraktiver zu gestalten. Die Nutzerzahlen der letzten Jahre zeigen eindeutig, der Halle-Pass ist de facto ein zahnloser Tiger geworden. Gerade die Instrumente der kommunalen Sozialpolitik müssen aber präzise funktionieren, um die soziale Teilhabe möglichst vieler Menschen zu ermöglichen. Das ist aktuell nicht der Fall. Deshalb haben wir uns in diesem Jahr dafür eingesetzt, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert wird, wir wollen, dass auch diejenigen den Halle-Pass beziehen können, die nur ein geringes Einkommen haben. Das sind oftmals junge Familien. Diese verdienen selten zu viel, um Transferleistungen zu erhalten. Das ist aber genau der Personenkreis, der bereits jetzt die volle Abgabenlast zu tragen hat.

Diese Menschen müssen wir in besonderer Weise unterstützen. Mit dem heute hier vorliegenden Änderungsantrag eröffnen wir außerdem die Möglichkeit, dass die Anspruchsberechtigten zunächst eine monatliche Mobilitätspauschale von 5 Euro erhalten. Damit die HAVAG, die hier zuerst gefragt ist, aktiv werden kann, sind zunächst 350.000 Euro im nächsten Jahr notwendig. Da die Stadtverwaltung sich bislang in ihrer Verantwortung für eine Aufwertung des Halle-Passes entzieht und den beschlossenen Antrag nicht umzusetzen gewillt ist, sehen wir es als unsere Aufgabe an, hier einen neuen Weg einzuschlagen und die finanziellen Mittel bereit zu stellen.

Der Halle-Pass ist wichtig, aber er ist nur ein Baustein. Die kommunale Sozialpolitik muss insgesamt besser vernetzt werden. Wir halten es deshalb für angebracht, dass die Verwaltung in der nahen Zukunft ein integriertes Sozialkonzept vorlegt. Die Verwaltungsspitze proklamiert immer wieder den Dreiklang aus Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft. Uns aber fehlt in dieser Aneinanderreihung das Verbindende und das kann nur eine ausgewogene und präventive Sozialpolitik sein.

Viertens: Die Förderung des Sports ist uns eine Herzensangelegenheit, wie auch in den vergangenen Jahren. So steigern wir auch im kommenden Jahr in diesem Bereich die Mittel um 300.000 Euro. Sport fördert Miteinander, Offenheit und Toleranz. In den Vereinen treffen sich alle, unabhängig von Alter, Herkunft und sozialem Status. Sport spielt eine große Rolle in unserer Gesellschaft. Es braucht aber auch die entsprechende Infrastruktur. Es ist erwiesen, dass die Attraktivität und die Anzahl der Sportstätten wichtig sind, damit Vereine weiter Zuwachs erhalten. Wenn wir also wollen, dass sich die Menschen noch stärker in den Sportvereinen engagieren, müssen die Sportstätten attraktiver gestaltet sein und in ausreichender Anzahl über das Stadtgebiet verteilt werden. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass meine Fraktion heute auch den Antrag stellt, einen Sportplatz auf der Silberhöhe zu errichten, der für alle zugänglich ist. Das ist ein wichtiger Schritt für die 13.000 Einwohnerinnen und Einwohner auf der Silberhöhe.

Fünftens: Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder die finanzielle Unterstützung für die Stadtbibliothek und ihrer Zweigstellen in den Stadtteilen in den Blick genommen und so werden wir auch hierfür auch in diesem Jahr 15.000 Euro mehr bereitstellen. Wir ermöglichen damit, dass die Stadtbibliothek als Leuchtturm der kulturellen Bildungsarbeit weiterhin modernen Standards genügen kann. Und außerdem schaffen wir es mit dem Änderungsantrag endlich, die pädagogische Arbeit der Einrichtungen zu stärken. Unser Engagement ist nur folgerichtig, weil das bestehende Bibliothekskonzept der Stadt längst eine weitere Pädagogin vorsieht. Nur ist die Stadtverwaltung hinter ihren eigenen Aussagen bislang zurückgeblieben. Eine neue Bibliothekspädagogin kann direkt in die Schulen gehen, die Kinder für das Lesen begeistern und die Eltern motivieren , mit ihren Kindern regelmäßig

die nächste Zweigbibliothek aufzusuchen. Apropos Zweigbibliothek: Meine Fraktion bringt heute im späteren Verlauf der Tagesordnung einen Antrag ein, eine weitere Stadtteilbibliothek im halleschen Osten zu errichten.

Wir finden, es ist an der Zeit, das Netz der Bibliotheken in den Stadtteilen wieder auszuweiten. Wurden in dem letzten Jahrzehnt Bibliotheken in Halle geschlossen, sollten wir jetzt mit steigenden Einwohnerzahlen wieder den umgekehrten Weg einschlagen. Es ist nun an uns, über die nächsten Monate nachzuverfolgen, wie die Verwaltung den heutigen Haushaltsbeschluss des Stadtrates umsetzt, denn ich verrate ja kein Geheimnis wenn ich sage, dass die oberste Verwaltungsebene nicht jeden Stadtratsbeschluss umsetzt. Ich erinnere nur an den Bau der Aula für die II. IGS oder die Neuausrichtung des Präventionsrates als beratendes Gremium des Stadtrates. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Oberbürgermeister kann, wie in einem der letzten MZ-Interviews noch so sehr schön Wetter machen, wenn dort behauptet wird, er habe gemeinsam mit dem Stadtrat den kostenfreien Schülerverkehr auf den Weg gebracht, ist das nicht richtig. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Die Fraktionen haben mit ihrem heute hier in der Sitzung vorliegenden Antrag eine nachhaltige Variante für die kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Schülerinnen und Schüler ins Spiel gebracht. Der OB hat mit seinem Versprechen hingegen keine finanzielle Perspektive eröffnet. Und wenn ich einmal dabei bin, im selben Interview stand zu lesen, dass die Stadtverwaltung ein Dienstleistungszentrum Arbeitsmarkt eröffnen wird. Wir begrüßen das ausdrücklich und sind auf die konkreten Ausführungen der Verwaltungsspitze gespannt. Immerhin hat die SPD-Fraktion bereits im Jahr 2015 den Antrag gestellt, dass eine langfristige Strategie für den kommenden Arbeitsmarkt erarbeitet werden soll. Damals hieß es von der Verwaltung, der Antrag sei als erledigt zu betrachten, da man bereits auf dem Weg sei. Eine Strategie ist aber bis heute nicht erkennbar, aber jetzt, ein dreiviertel Jahr vor der OB-Wahl kommt diese Ankündigung. Da wir den Grundgedanken nach wie vor für richtig halten freuen wir uns, dass die Verwaltungsspitze hier nun endlich unsere Initiative aufgreift. Das ist längst überfällig. Außerdem wird dadurch endlich die sinnvolle Unterstützung einer strategischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in Halle ergänzt.

Die SPD-Fraktion hat auch hier gemeinsam mit weiteren Fraktionen vor 3 Jahren die Initiative übernommen. Meine Damen und Herren, auch wenn wir als Stadträte im Gegensatz zu den Mitgliedern von Land und Bundestag ehrenamtlich arbeiten, sind die Diskussionen um den Haushalt hier wie dort immer von grundsätzlicher Natur. Seit Jahren wird in der Öffentlichkeit suggeriert, unser städtischer Haushalt sei auf dem Fundament einer schwarzen Null gebaut. Dabei soll der Eindruck vermittelt werden, dass von einem Tag auf den anderen nach der Amtsübernahme durch den amtierenden OB die Schulden der Stadt verschwunden wären.

Richtig aber ist, vor einigen Jahren wurde die Buchhaltung vom kommunalen System auf die Doppik umgestellt und von da an war es möglich, das Defizit der Stadt, salopp gesagt, im Haushalt zu verstecken. Aber versteckt heißt eben nicht, das Defizit ist weg. Im Jahr 2013, also einen Monat nach der Amtsübernahme des amtierenden OB, hatte die Stadt circa 278 Millionen Euro Schulden. Dieser Stand wurde mittlerweile überschritten, um nicht weniger als 50 Millionen Euro. Es lässt sich also ein eindeutiger Trend ablesen, der eingeschlagene Weg wird an seine Grenzen kommen. Dafür braucht man kein Prophet zu sein. Es ist wie bei einem ganz normalen Girokonto. Wir stehen tiefrot im Dispo. Der Haushalt ist also mit Nichten ausgeglichen. Die schwarze Null ist nichts weiter als ein Etikett, das sich bei einer genauen Betrachtung als ein Damoklesschwert entpuppt, das über das Wohl und Wehe unserer Stadt in den kommenden Jahren entscheidet.

Hinzu kommt, das Land hat mit dem neuen Kommunalverfassungsgesetz eine Obergrenze für die Liquiditätskredite festgelegt. Diese dürften eigentlich schon jetzt mit nicht mehr als 145 Millionen Euro betragen. Der höchste Stand unserer Liquiditätskredite betrug in den vergangenen Monaten aber bereits mehr als 350 Millionen Euro. Im Raume steht also die ganz akute Frage an den Oberbürgermeister, wie wollen Sie in den folgenden Jahren den Schuldenstand um circa 200 Millionen Euro zurückführen und welche Strategie verfolgen Sie hierfür langfristig?

Die Gegenwart finanzieren Sie, salopp gesagt, auf Pump. Und eines sollte nicht unerwähnt bleiben. Die Stadt hat in den letzten Jahren Grundstücke und Flächen für den Ausgleich des Haushaltes im großen Maß veräußert. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob noch genug Tafelsilber übrig ist, um nachhaltig die Stadtentwicklung an den noralgischen Punkten unserer Stadt zu betreiben. Die SPD-Fraktion hat jeden Grundstücks- und Flächenverkauf einzeln geprüft. Wir haben nur den wenigsten zugestimmt, weil ein Ausverkauf nicht im Interesse unserer Stadt sein kann.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einen Blick auf das vergangene Jahr. Wir haben im Juni-Stadtrat eine sehr wichtige Entscheidung getroffen. Das wohnungspolitische Konzept wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Die Initiative für die Erarbeitung hat die SPD-Fraktion bereits im Jahre 2015 ergriffen. Damit haben wir das Thema Wohnen in Halle auf die Agenda gesetzt. Gerade mit Blick auf den erfreulichen Einwohnerzuwachs ist das Thema Wohnen eines der Zukunftsthemen in Halle. Andere Städte erleben die Verdrängung ganzer Bevölkerungsgruppen aus bestimmten Stadtteilen schon jetzt. Und in anderen Städten braucht es, anders als bei uns in Halle sogar den massiven Neubau von Sozialwohnungen. Unserer Initiative ist es also zu verdanken, dass im Sommer das wohnungspolitische Konzept verabschiedet werden konnte. Gemeinsam mit Stadtverwaltung und Fraktionen hat die Wohnungswirtschaft Handlungsansätze erarbeitet. Das ist der richtige Weg, aber das ist der richtige Weg, auch wenn diese Konzeption gegen anfänglich große Wiederstände auf den Weg gebracht werden konnte.

Aber am Ende der Diskussion hat kein Beteiligter mehr am Sinn der Initiative gezweifelt. Die beiden kommunalen Gesellschaften haben inzwischen sogar freiwillige Selbstverpflichtungen mit der Stadt abgeschlossen. Deren Ziel ist es, durch flexiblen Mietpreis und Belegungsbindung Wohnungen für Hallenserinnen und Hallenser mit kleinem Geldbeutel in den Innenstadtbereichen bereitzustellen.

Herr Bartl

Herr Krause, Sie müssen zum Ende kommen.

Herr Krause

Bin gleich soweit.

Es wäre wünschenswert für die Genossenschaften und private Wohnungsunternehmen, würden diesem Beispiel folgen. Es braucht also eine starke sozialdemokratische Kraft in unserem Stadtrat. Was das Beispiel zeigt ist, dass der Segregation der Stadtviertel und eine starke Antwort entgegen gesetzt wird.

Meine Damen und Herren, am Ende meiner Ausführungen möchte ich noch einen Sachverhalt ansprechen, der zwar nicht wirklich neu ist, dafür aber immer wieder Anlass zur Kritik gibt. Im nächsten Jahr stehen 2 wichtige Wahlen für unsere Stadt an, Die Kommunalwahl und die Oberbürgermeisterwahl. Für uns ist klar, dass es nach den 7 Jahren im Herbst nächsten Jahres an der Spitze der Verwaltung einen Neuanfang braucht, eine Verwaltungsspitz die eint und nicht spaltet. In den letzten Jahren wurde das kommunalpolitische Prinzip des gemeinsamen Rings von Verwaltungsspitze und Rat um die besten Lösungen unserer Stadt einseitig aufgekündigt.

Herr Bartl

Herr Krause ich werde jetzt einschreiten.

Herr Krause

Der einseitige Alleinvertretungsanspruch und das ewige juristische Tauziehen um Kompetenzen, um Zuständigkeit ist ein deutlicher Ausdruck eines falschen Demokratieverständnisses unseres Hauptverwaltungsbeamten.

Herr Bartl

Kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Krause

Jüngstes Beispiel, Herr Oberbürgermeister, ist Ihr Agieren um die Vorstandswahl beim HFC. Sie, Herr Dr. Wiegand hätten in den letzten Jahren die Möglichkeit gehabt, dort Wege aus der Krise zu ebnen. Sie aber haben neue Gräben geöffnet. Dieses haben Sie öffentlich getan und bedienen sich auch einer moralisch-ethischen Argumentation. Ich sage Ihnen hier ganz klar, Sie müssen sich nun fragen lassen, mit welcher Motivation Sie selbst angetreten sind.

Herr Bartl

Herr Krause, wir können das nachher auch noch behandeln. Sie sind bereits 3 Minuten drüber.

Herr Krause

Ich bin gleich fertig. Wer in einer solchen Art und Weise öffentlich argumentiert und handelt, muss bereit sein, sich selbst an den eigenen Maßstäben messen zu lassen. Den Frieden in der Stadtgesellschaft erreicht man nur mit Verständigung und wohl möglich mit Versöhnung.

Herr Bartl

Herr Krause, jetzt bitte hören Sie auf zu sprechen.

Herr Krause

Ich bin sofort fertig.

Herr Bartl

Nein, jetzt ist gut. Es sind jetzt 4 Minuten drüber. Wir haben auch Beschlüsse, die wir achten müssen.

Herr Krause

Wir alle brauchen ein Stadtoberhaupt, dass das demokratische Miteinander fördert, das die Stadtgesellschaft auf friedliche Art und Weise zusammenhält und verbindet und nicht spaltet. Ein Zahlenwerk wie der städtische Haushalt kann nur ausgeglichen sein, wenn dieser Ausgleich auch im politischen Raum stattfindet.

Herr Bartl

Ich danke jetzt Ihnen.

Herr Krause

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Bartl

Bitte, Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Ja, in bewährter Tradition werde ich meine Rede mit einer Powerpoint unterstützen. Sehr geehrte Damen und Herren, das ist meine 5. Haushaltsrede in diesem Stadthaus und am Anfang war ich noch sehr begeisterungsfähig und leidenschaftlich, wenn ich gemerkt habe, dass es Mehrheiten im Stadtrat gibt, die in unserem Sinne sind.

Diese Begeisterung ist leider in den letzten 4 Jahren gesunken und deshalb möchte ich meine Haushaltsrede auch mit eher einer Frustration beginnen. Das heißt, unser Hauptstrategieinstrument im Stadtrat, nämlich die Gestaltung des Haushaltes wird eben, wie einige meiner Vorredner auch schon erwähnt haben, nicht in dem Maße umgesetzt, wie wir das letzten Endes erwarten, wünschen und hoffen. Das heißt, meine, unsere Erfahrungen, einige von den anderen Fraktionen teilen diese Erfahrungen, sind Intransparenz, Machtspiele, Vereinnahmung Mitteln für eigene Prestigeprojekte. von Verweigerungshaltung im Sinne von Umsetzung von Beschlüssen, denn das, was nicht passt, wird einfach nicht umgesetzt. Das heißt, für mich ist an vieler Stelle auch das Vertrauen in die Wirksamkeit von Kommunalpolitik verloren gegangen. Und wie soll das dann erst für den einen oder anderen Bürger sein, wenn wir eigentlich Vertrauen schaffen wollen?

Oft ist das Ergebnis ein Ergebnis von Ohnmacht und Fassungslosigkeit und auf der anderen Seite sind über das Jahr hinweg immer wieder noch überplanmäßige Ausgaben da und da wird das Geld dann irgendwo gefunden. Das heißt, wie ist es mit der Umsetzung von Beschlüssen? Das ist der Hauptpunkt, der für unsere Fraktion hier heute im Raum steht. Wird es etwas geben, was den Respekt vor demokratischen Mehrheiten wieder instand setzt, was den Leuten wieder zeigt, hier gibt es eine Gestaltungsmehrheit im Stadtrat. Und das, was hier entschieden wird, wird im Endeffekt dann auch umgesetzt.

Ich möchte aber nicht in dieser Haltung verbleiben, sondern ich möchte gerne auch einige positive Einschätzungen zum Haushaltsprozess loswerden. Das heißt, wir haben in der Entwicklung in Deutschland, in Sachsen-Anhalt und auch in Halle eine Möglichkeit, umfassende Investitionen und Förderungen zu tätigen. Das hat einerseits mit der Politik der Landesregierung zutun, mit der finanziell besseren Ausstattung der Kommunen, mit der Entlastung bei den Kosten für Kindertagesbetreuung, aber auch Finanzmittel des Bundes kommen über bestimmte Konstruktionen, die wir ja auch als Deckungsvorschlag für unseren Änderungsantrag mit hineingenommen haben in unsere Gesamtrechnung. Das ermöglicht uns letzten Endes auch eine Gestaltung. Und der Prozess ist eben der, dass es einen Verwaltungsvorschlag gibt, es gab den Änderungsantrag von den LINKEN, der SPD, den GRÜNEN, es gab die Einigung aller Fraktionen außer der AfD dazu, dass wir gemeinsam da etwas in Gang bringen. Jetzt gibt es den Stadtratsbeschluss und man müsste den Pfeil eigentlich weitergeben. Dann gibt es die Umsetzung 2019 von der Stadtverwaltung.

Und für uns hat es eben in diesem Änderungsantrag und das wäre eigentlich ein Grund für Optimismus, wenn nicht der Pessimismus da wieder dagegen stünde. Der Optimismus erwächst daraus, dass wir für uns feststellen können, dass grün wirkt. Wir haben 100 zusätzliche Bäume, das heißt inklusive Pflege, die wir eben in der Stadt überall pflanzen lassen wollen. Wir haben die Schulsozialarbeit insbesondere in der Schule Kastanienallee eingefordert, was jetzt im gesamten Änderungsantrag in den anderen Stellen aufgegangen ist. Wir haben ein Bonussystem für Hebammenbetreuung, was Müttern und Vätern am Anfang ihres Familienlebens Unterstützung geben soll. Wir wollen die Toilette auf der Würfelwiese, wir haben sie mit in den Änderungsantrag hinein bekommen, eine Personalstelle für das Tierheim und Budgets für nachhaltige Projekte, unter anderem Naturund Umweltschutz.

Das ließe sich noch verlängern, das sind oft vielleicht auch eher kleine Bausteine, die uns wichtig sind, aber auch diese kleinen Bausteine haben Wirkung vor Ort und sind eben für die

Lebensqualität der Menschen vor Ort, dass sie die verbessern, deshalb habe ich auch hier nochmal diese Bäume in den Vordergrund geholt. Wir wissen alle, wie der letzte Sommer war und wir brauchen zur Klimafolgenbeseitigung oder Dämpfung brauchen wir eben gerade grün in der Stadt.

Vielleicht noch 2, 3 Sätze zu gemeinsamen Änderungsanträgen. Es gab Mitantragstellungen über die Sportförderung, über Investitionen, über Instanthaltungen von Rad- und Fußwegen, eine deutliche Erhöhung von Fördermitteln in unterschiedlichen Bereichen. Es gab unsere Unterstützung für Beschlüsse in den Ausschüssen, zum Beispiel zur Dekade für kulturelle Themenjahre, auf die ich mich sehr freue, für Beratungsstellen, für Beratungsstellen und Unterstützung der Menschen in schwierigen Lebenslagen. Und das hat durchaus auch eine Bündnis90/Grüne Handschrift und gelingt eben, weil wir alle miteinander, wir 5 Fraktionen kompromissfähig sind.

Vielleicht noch diese 4 Schwerpunkte an der Stelle für 2019. Die Förderung von Familien steht für uns an erster Stelle, für die Stadtpolitik, für die kommunale Stadtpolitik, auch wenn wir nicht so viele Gestaltungsräume da haben. Aber insbesondere eben an diesem Punkt haben wir eben gesagt, die Wochenbettbetreuung ist etwas, wo wir da rein wollen. Da komm ich gleich wieder zu einem Frustpunkt vom letzten Haushalt. Wir haben im letzten Haushalt 3 Stellen für die Beseitigung der Folgen von Kinderarmut umgesetzt. Die sind bis heute noch nicht besetzt. Und das sind die Punkte, die mich immer wieder bitter machen an dieser Stelle.

Der zweite Schwerpunkt ist "grüne Stadt". Radverkehr und Fußwege wollen wir fördern, eben wie gesagt, durch Stadtgrün und Bäume auch die Klimawandelfolgen denen begegnen. Aber auch natürlich die Bildungsorte und die Bildungsqualität verbessern. Das heißt, die Qualität an Schulen durch Schulsozialarbeit, eben das, was wir kommunal können und durch Investitionen zu verbessern. Und auch Kunst und Kultur gehört zu einer lebendigen Stadtgesellschaft. Dort sehen wir eben die Schwerpunkte in der Förderung der freien Szene, in der Förderung auch von bildender Kunst. Kunst am Bau haben wir vorhin im Bericht des Oberbürgermeisters gesehen, war ein Mehrheitsbeschluss des Stadtrates und keine Idee der Rathausspitze. Und wir sichern natürlich auch die Theater, Oper und Orchester GmbH.

Das heißt, ich komme zum Fazit. Kann jemand was mit dem Mond da anfangen? Das muss ich vielleicht einigen erklären. Im Finanzausschuss hat der Oberbürgermeister gesagt, unser Änderungsantrag würde aus "Mondzahlen" bestehen. Aber Zahlen, die wir gesetzt haben, kommen eben gerade nicht vom Mond. Vielleicht ist ja das Gedicht vom Mann im Mond etwas, was dem OB auf diesem Weg ein wenig ermutigen könnte. Da heißt es:

Zitat:

"Der Mann im Mond, der hat es schwer, denn man verschont ihn heut' nicht mehr."

Insofern hat er es schwer, aber er kann es umsetzen und ich hoffe einfach, die Größe des Oberbürgermeisters eben im Umsetzen dieses Willens des Stadtrates zu sehen. Das heißt, wir fordern und wir werden weiterhin beobachten und kontrollieren, den Einsatz der beschlossenen zusätzlichen Mittel und in diesem Sinne stimmen wir dem verbesserten Haushalt unserer Änderungsantragsfraktionen zu.

Schönen Dank.

Herr Bartl

Herr Scholtyssek, Bitte.

Herr Scholtyssek

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, traditionell beraten wir hier im Dezember den Haushalt für das kommende Jahr. Das ist gut und richtig so! Denn, nur mit Planungssicherheit kommen wir gut durch die nächsten Jahre. Traditionell ist aber leider auch, dass wir von Ihnen, Herr Dr. Wiegand, keine Haushaltsrede hören. Das ist schade, weil es Ihnen die Gelegenheit bieten würde, uns dem Stadtrat, Ihre Agenda näherzubringen und Ihre Politik zu erklären. Das täte an der einen oder anderen Stelle schon dringend Not, meinen wir.

Anscheinend haben Sie aber gar kein Interesse mit uns in den fachlichen Dialog einzusteigen. Das wird bereits zur Einbringung des Haushalts in den Stadtrat deutlich. Anstatt einer üblichen und angemessenen regulären Vorlage auf der Tagesordnung platzieren Sie den Haushalt unter Mitteilungen. Diese wird natürlich erst zur Sitzung freigeschalten, damit vor Sitzungsbeginn niemand einen Blick darauf werfen kann. Da das jedes Jahr so ist, kann es sich auch nicht um ein Versehen handeln. Man muss vermuten: Sie haben schlicht Angst vor kritischen Nachfragen.

Auch in der abschließenden Haushaltsberatung im Finanzausschuss war von einem Interesse am Dialog wenig zu spüren. Die Beratungen in den Fachausschüssen möchte ich von dieser Kritik ausdrücklich ausnehmen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung beantworteten die vielen Fragen der Stadträte nach bestem Wissen und Gewissen. Sofern keine sofortige Antwort möglich war, wurde schriftlich geantwortet. Herzlichen Dank an die breite Masse der Verwaltung dafür.

Wo Licht, da auch Schatten heißt es. Die Abschlussberatung im Finanzausschuss war dermaßen destruktiv, dass wir die Debatte abbrechen mussten. Die Büroleiterin des Oberbürgermeisters Frau Ernst nahm für die Verwaltung das Zepter des Handelns in die Hand. An der Stelle muss einmal die Frage aufgeworfen werden, wer in der Verwaltung eigentlich das Sagen hat? Der Vertreter des Oberbürgermeisters ist der vom Stadtrat Bürgermeister und Finanzbeigeordnete. Nicht die Büroleiterin Oberbürgermeisters, deren Bestätigung durch den Hauptausschuss im Übrigen bis heute aussteht. Antworten oder Stellungnahmen der Verwaltung zu gestellten Änderungsanträgen aus den Fraktionen gab es in der Sitzung jedenfalls nicht. Auch nicht zu den bereits seit Wochen vorliegenden Anträgen. Ohne fachliche Aussagen der Verwaltung fällt es uns ehrenamtlichen Stadträten schwer, sich klar zu positionieren. Verständnis haben wir allerdings für die damals fehlende Einschätzung zum Änderungsantrag von Linken, SPD und Grünen. Wer Montagnachmittag mit großem Tamtam eine Pressekonferenz zum Haushalt abhält und diesen Änderungsantrag dann erst Dienstagmittag der Verwaltung zustellt, der muss sich nicht wundern, wenn bis 16:30 Uhr keine Stellungnahme dazu vorliegt und andere Ausschussmitglieder Fragen dazu haben.

Die Entstehung des Änderungsantrages in diesem Jahr ist ohnehin bemerkenswert. Das Rot-Rot-Grüne Bündnis hat die geübte Praxis fraktionsübergreifender Haushaltsanträge der letzten Jahre zugunsten der eigenen Profilierung verlassen. Wir haben ja durchaus Verständnis dafür, dass Sie Ihren bislang recht blassen OB-Kandidaten pushen möchten. Aber unsere Haushaltanträge einfach ohne zu fragen zu übernehmen, ist schon ziemlich unverfroren, um nicht zu sagen, hochgradig dreist. Ideen anderer zur eigenen Profilierung zu nutzen, kannten wir bislang nur vom amtierenden Hauptverwaltungsbeamten. Zum Glück haben wir einen eigenen OB-Kandidaten für das bürgerliche Lager, der solche Spielchen nicht nötig hat.

Nachdem Rot-Rot-Grün merkte, dass es mit dem Haushalt so nichts wird, besann man sich dann wieder der Solidarität der letzten Jahre und bot den anderen Fraktionen an, mit ins Boot zu kommen. Wir hoffen, dass dieser Vorgang der politischen Unkultur ein Einzelfall bleibt. Wir sind trotzt aufkommenden Wahlkampfes – einige Kollegen sind ja bereits seit

längerem schon mittendrin – an einer sachlich-konstruktiven Zusammenarbeit im Stadtrat interessiert. Nur in einer positiven Arbeitsatmosphäre lassen sich die vor uns liegenden Aufgaben optimal bewältigen.

Das unkooperative Verhalten der Stadtspitze ist vor dem Hintergrund der aktuellen finanzpolitischen Rahmendaten nicht nachvollziehbar. Die Stadt weist einen Rekordhaushalt in Höhe von 717 Millionen Euro auf. In der Finanzrechnung, also dem Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit wies die Stadt laut Jahresabschluss 2017 11,2 Millionen Euro Überschuss auf. Für 2019 sind 12 Millionen Euro geplant. Die zur Verfügung gestellte Finanzausgleichmasse des Landes bleibt mit reichlich 1,6 Milliarden Euro konstant. Auf Halle entfallen hiervon knapp 200 Millionen Euro. Die Stadt Halle wird im nächsten Jahr knapp 128 Millionen Euro investieren. Hiervon erhält die Stadt rund 85 Millionen Euro als Fördermittel von Dritten. Den größten Anteil machen mit 28 Millionen Euro die Fluthilfemittel aus. Wer sich die Präsentation der Verwaltung zur Einbringung des Haushalts genauer ansieht, stellt auf Folie 6 fest, dass im kommenden Jahr die Summe der Investitionen am größten ist. Ein Schelm, wer da an die vielen Spatenstiche und zu durchschneidenden roten Bänder im OBWahlkampf denkt. In den nächsten 4 Jahren, also bis 2022 sind 436 Millionen Euro an Investitionen geplant.

Positiv auch, die Stadt Halle konnte sogar den Schuldenstand weiter verringern. Die Schulden aus Investitionskrediten wurden laut Jahresabschluss 2017 auf 112 Millionen Euro reduziert. Der aktuelle Schuldenbericht mit detaillierteren Angaben steht leider noch aus.

Finanzpolitisch ist also alles bestens - könnte man sagen - und so wird es vom Herrn Oberbürgermeister ja auch bei jeder passenden oder auch unpassenden Gelegenheit kommuniziert. Da werden Wohltaten am Fließband vorgeschlagen:

Kostenloser Schülernahverkehr, wenn möglich gar als Einstieg in den kostenlosen ÖPNV für alle. Kostenpunkt allein für die Schüler mindestens 7 Millionen Euro, also rund 5 Millionen Euro mehr als jetzt. Natürlich ist davon nicht ein einziger Cent im Haushalt hinterlegt. Herr Dr. Wiegand möchte nach dem Sanierungsprogramm für Schulen und Kitas gleich mit den Turnhallen weitermachen. Durchaus wünschenswert, aber das kostet bis 2026 mindestens 27 Millionen Euro.

Herr Dr. Wiegand denkt über kostenfreie Kitas und kostenfreies Mittagessen nach. Beides dürfte jeweils um die 10 Millionen Euro kosten. Seriöse Aussagen zur Finanzierung; auch hier Fehlanzeige. Wir sind gespannt, welch innovative Blüten dieses "Wünsch dir was Spiel" im Wahlkampf nächstes Jahr noch treiben wird.

Unter Betrachtung der realen finanziellen Gesamtumstände, zu denen ich gleich noch etwas sagen werde, können solche Vorschläge nur als Populismus angesehen werden. Herr Dr. Wiegand, Sie haben den Fraktionen im Kontext der Haushaltsanträge vorgeworfen, mit Mondzahlen zu operieren. Der Abstand zwischen Ihren Wünschen und der finanzpolitischen Realität dieser Stadt ist deutlich größer als nur bis zum Mond.

Die Mär von der schwarzen Null ist leider nur Fassade. Die Stadt zahlt zwar Investitionskredite ab, steht aber vor der Herausforderung, dass zur Finanzierung der geplanten hohen Investitionen im nächsten Jahr weit über 40 Millionen Euro neue Kredite aufgenommen werden müssen. Beim Zustand vieler Schulen und Kitas in der Stadt ist das zweifellos notwendig. Als positive Begleitmusik haben wir die historisch günstige Niedrigzinsphase. Wann wenn nicht jetzt soll die öffentliche Hand investieren? Aber, es kann auch keine Dauerlösung sein, die Verschuldung so deutlich zu erhöhen. Wenn das Zinsniveau wieder ansteigt, belastet das den städtischen Haushalt umso mehr. Ganz deutlich muss an dieser Stelle auch auf geänderte Rahmenbedingungen seitens des Landes hingewiesen werden. Paragraf 98 Abs. 2 KVG verlangt, dass ab 2023 die Tilgung für bestehende Kredite aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zu erwirtschaften ist. Die Stadt

Halle erreicht derzeit gerade 60 Prozent und das bei einer konjunkturell sehr guten Einnahmesituation. Ein Konzept, wie die Stadt diese Vorgabe erreichen möchte, ist bislang nicht erkennbar.

Neben den Investitionskrediten belasten die Stadt auch die seit Jahren exorbitant hohen Liquiditätskredite. Der Kassenkreditrahmen, also der Dispo für die Stadt Halle ist mehr als zweieinhalb Mal so hoch wie der für Magdeburg oder irgendeine andere Gemeinde in Sachsen-Anhalt. Die Bertelsmann-Stiftung hatte im letzten Jahr einen kommunalen Finanzreport vorgelegt. Die Stadt Halle sticht darin durch ihr rasantes Wachstum der Kassenkredite in den letzten Jahren hervor. Im Jahr 2013 waren es noch 270 Millionen Euro, derzeit dürften wir uns bei knapp 330 Millionen Euro bewegen. Dieser Anstieg ist gewissermaßen der Preis für die schwarze Null. Das ist kein finanzpolitischer Erfolg, sondern Augenwischerei.

Auch hier droht Ungemach durch das Land. Der neue § 110 KVG gestattet Liquiditätskredite nur noch bis zu 20 Prozent der Einnahmen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit. Das wären für Halle ungefähr 140 Millionen Euro. Unser Kassenkreditrahmen liegt aber noch immer bei 350 Millionen Euro, also bei 50 Prozent anstatt der geforderten 20 Prozent. Auch hier liegt uns seitens der Verwaltung kein Konzept vor. Diese Entwicklung kann auch in der Anordnung eines neuen Haushaltskonsolidierungskonzeptes münden. Sicher nicht sofort, aber absehbar. Angesichts dieser Herausforderungen erwartet die CDU/FDP-Fraktion ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen zwischen Rat und Verwaltung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir noch ein paar Worte zum Thema Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. An dieser Stelle gibt es im Haushalt wohl noch einiges nachzubessern. Seit Jahren muss der Finanzausschuss zum Ende des Jahres weitere Gelder für den Sozialbereich freigeben. Das liegt zum einen an steigenden Fallzahlen, zum anderen aber auch an unrealistischen Planansätzen. Allein bei den Hilfen zur Erziehung mussten 13.999.144 Euro nachträglich bewilligt werden. Dass damit knapp die 2 Prozentgrenze des Etats zur verpflichtenden Aufstellung eines Nachtragshaushaltes nicht erreicht wurde, war sicher reiner Zufall.

Sorgen machen sollte uns aber auch die geringe Steuereinnahmekraft der Stadt Halle. Von 790 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen vor Abzug der Gewerbesteuerumlage in Sachsen-Anhalt entfielen auf die Stadt Halle lediglich knapp 58 Millionen Euro. Das sind reichlich 7 Prozent bei fast 11 Prozent Bevölkerungsanteil. Das ergibt gerade einmal rund 240 Euro pro Kopf. Im Landesdurchschnitt sind es 320 Euro je Einwohner. Der direkte Vergleich mit der Landeshauptstadt offenbart den Handlungsbedarf. Magdeburg erzielt mit 108 Millionen Euro fast 14 Prozent der landesweiten Gewerbesteuereinnahmen. Bei der Aufgabe, diese Lücke zu verringern, darf man wohl gewiss von einer Herausforderung sprechen.

Im Übrigen sind die Gewerbesteuereinnahmen seit 2013 kaum gestiegen. 56 Millionen Euro in 2013 gegenüber 57,6 Millionen in 2017. Das ist nun wahrlich kein durchschlagender Erfolg. Da das Thema Wirtschaft vor einigen Jahren zur Chefsache erklärt wurde, ist die Verantwortung somit klar zugeordnet. Anstatt einzig Ansiedlungen im Star Park mit Logistikern als Erfolge zu feiern, wäre eine breitere Ausrichtung angezeigt. Da der Star Park zudem bald gefüllt sein wird, stellt sich die Frage nach weiteren Flächen zur Ansiedlung von Unternehmen. Nachdem die Anwohner in Tornau lautstark Protest gegen ein neues Gewerbegebiet angemeldet haben, haben Sie das Thema zunächst auf Eis gelegt. Womöglich könnten derlei Konflikte vermieden werden, wenn Sie einmal das Gespräch mit den Umlandgemeinden suchen würden. Eine gemeinsame Entwicklung mit dem Saalekreis wäre allemal besser als Ihre "Wir können das alles allein"-Attitüde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz ein paar Worte zu unserem Umgang mit dem Haushalt sagen. Im Gegensatz zu einigen anderen Fraktionen waren wir mit Änderungsanträgen zurückhaltend. Der größte Brocken entfällt auf die Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen. Bei der Fahrt durch Halle ist es unübersehbar: Straßen, Radwege und Fußwege sind in einem schlechten Zustand. Nach Auskunft der Stadtverwaltung sind zwei Drittel des Straßennetzes von insgesamt 646 km in einem schlechten Zustand, der akuten Handlungsbedarf erfordert. Die jahrzehntelange Vernachlässigung wird auch im Jahresabschluss 2017 der Stadt deutlich. Der Wert der städtischen Straßen, Wege und Plätze sank von 236,8 Millionen Euro in 2016 auf 222,7 Millionen Euro in 2017. Das ist ein Wertverzehr von 14 Millionen Euro in nur einem Jahr. Wir erwarten hier endlich ernsthafte Anstrengungen diese Situation zu verbessern. Zusammen mit den MitBÜRGERN setzen wir uns für einen möglichst zeitnahen Neubau bzw. Anbau der Freiwilligen Feuerwehr Lettin ein. Die Bedingungen für die ehrenamtlichen Feuerwehrleute entsprechen hier – wie in einigen anderen Gerätehäusern auch – leider nicht den aktuellen Vorschriften.

Wichtig ist uns auch mehr Geld für die Baumschau. Hier geht es um Gefahrenabwehr vor umstürzenden Bäumen oder dem Herabfallen von Ästen. Der niedrige Ansatz im Haushalt ist für uns nicht nachvollziehbar. Wichtig ist uns auch die Verbesserung der Finanzausstattung des privaten Kunstvereins Talstraße sowie des in Halle ansässigen Berufsverbandes der Bildenden Künste Sachsen-Anhalt. Auch der Stadtsingechor liegt uns am Herzen. Weiter haben wir den Etat für die Wasserspiele erhöht, denn die erwarteten Spendengelder zum Betrieb der Springbrunnen flossen bereits in diesem Jahr nicht so wie gewünscht. Zu guter Letzt wollen wir die Attraktivität der Ziegelwiese durch die Aufstellung zusätzlicher Parkbänke erhöhen. Manchmal sind es eben auch die Kleinigkeiten, die eine lebenswerte Stadt ausmachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden dem Haushalt zustimmen. Sehen aber aufgrund der geschilderten Rahmenbedingungen die dringende Notwendigkeit sich in den kommenden Jahren auch wieder mit den Konsolidierungsbemühungen zu befassen. Die derzeitige, gefühlte gute Situation wird wohl nicht mehr lange anhalten. Erste Eintrübungen der konjunkturellen Lage sind bereits sichtbar.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Bartl

Danke. Als nächster Redner Herr Raue, Bitte.

Herr Raue

Meine Damen und Herren, wir verhandeln natürlich heute den Haushalt oder wir wollen den Haushalt gern durch das städtische Parlament bringen aber was ich natürlich bisher vor allen Dingen gehört habe, das sind Anti-OB-Wiegand-Reden. Natürlich nehmen Sie den Wahlkampf hier heute vorweg. Nichts desto trotz bleibt aber festzuhalten und das sage selbst ich als AfD-Mitglied, unter dem OB Wiegand sind die Investitionen in der Stadt und auch die zukünftigen Perspektiven deutlich angestiegen. Also, an dieser Stelle gehört auch zur Ehrlichkeit dazu, dass diese Investitionen, die wir jetzt sehen und die jetzt in die Stadt fließen, vorher so nicht dagewesen sind und das zeigt auch ein Blick auf die Erläuterung im Haushaltsplan, der uns freundlicherweise von der Stadtverwaltung allen zur Verfügung gestellt wurde.

Trotzdem ist der Haushalt 2019 der Stadt Halle ein Haushalt der Unterfinanzierung. Das zeigt natürlich ein Blick auf die Kassenkredite, 350 Millionen Euro. Das sind Summen, die die Stadt Halle quasi vorfinanzieren muss, um bestehende Verpflichtungen zeitgemäß zu finanzieren, aber das Geld im Haushalt noch nicht vereinnahmt hat. Aus diesem Grund muss natürlich dann die Sparkasse einspringen oder ein Kreditinstitut einspringen, um dies

vorzufinanzieren, das ist natürlich auch seitens einer Stadt eine so große Kassenkreditsumme, die im Endeffekt dazu führt, dass wir dort zur Zeit zwar noch relativ geringe Zinsen zahlen, weil das Zinsniveau niedrig ist, aber der Herr Scholtyssek sprach es schon an, die Zinsen werden steigen, die Wirtschaft trübt sich langsam ein.

Vor diesem Hintergrund sind solche Berge an Kassenkrediten natürlich abzulehnen, das tun wir auch. Und das zeigt eben für uns insgesamt, dass der Haushalt trotzdem nicht auf soliden Füßen steht. Ein Schuldenstand von 104 Millionen Euro zeigt natürlich nichts anderes. Für Flüchtlingspolitik und für Maßnahmen der Integration gibt die Stadt insgesamt zu viel Geld aus. Ich habe Anfragen gestellt, die sind mit in der Stadt natürlich nur zu Teilen beantwortet worden. Entscheidende Zahlen hat man weg gelassen. Das ist natürlich ein bisschen intransparent. Das kritisiere ich auch. Entscheidend ist trotzdem, das Land Sachsen-Anhalt zahlt eine Pauschale, eine Kopfpauschale, eine Pauschale pro Geflüchteten von 11.000 Euro in die Stadt ein. Die reicht aber nicht, Ziel meiner Anfrage war eigentlich von der Stadt die Antwort zu bekommen, welche Summe für die Aufwendungen aus Fluchtund Asyl tatsächlich pro Kopf und insgesamt ausgegeben werden. Nichts desto trotz, die Summe, die die Stadt ausgibt, wird diese 11.000,00 Euro bei weitem überschreiten und auch daraus ist abzuleiten, dass wir für diese Art des Politikvollzuges einfach schlicht weg kein Geld haben. Desolate Zustände an Kitas und vor allem an unseren Schulen sind natürlich nicht nur die Folge der jüngsten Zuwanderungen, sondern natürlich auch mangelnde Investitionen in der zurückliegenden Zeit. Das ändert sich jetzt. Aber schade ist natürlich, dass sich das auch erst jetzt in den letzten Jahren ändert und auch erst in den nächsten Jahren der näheren Zukunft sich auf die Qualität der Schulen und den Spaß in den Schulen auch auswirken wird.

Lehrer sind Landessache, deswegen will ich dazu jetzt nichts weiter sagen. Entscheidend ist aber für mich auch ein zweiter wichtiger Punkt und da will ich einfach nur symbolisch mal ein Beispiel noch bringen, wir haben quasi als Stadt selbst zu wenig Geld, um in den Kitas die Heizanlagen zu finanzieren. Also, wie müssen wir tricksen. Die Heizanlagen in Kitas werden dann verkauft, die werden privatisiert, dann natürlich zurückgemietet, das ist ja ganz klar und müssen ja laufen und der Erwerber muss natürlich diese Investitionen stemmen. Deswegen müssen wir diese Investitionen nicht im Stadthaushalt direkt vornehmen und auch nicht direkt selbst finanzieren, sondern es machen Dritte für uns. Aber die Instand haltung und die Stellung von Schulgebäuden, von Kitagebäuden, von der gesamten Infrastruktur, das ist einfach mal nur eine Pflichtaufgabe der Stadt und die kann sie nicht mehr leisten. Das ist damit quasi dokumentiert. Und das zeigt eben, dass wir für viele Aufgaben, die wir uns aufladen, eigentlich gar kein Geld haben und dass diese Geschichte von den reichen deutschen Bürgern, dass es eben einfach nur eine schöne Geschichte geworden ist, mag sein, dass die mal Realität gewesen ist, aber ein Blick in die Verschuldung von Stadt, Land und auch pro Kopf machen ziemlich schnell deutlich, dass hier eine Situation dargestellt wird, die so schon lange nicht mehr existent ist.

In die einzelnen Haushaltstitel möchte ich gar nicht weiter einsteigen. Ich möchte meine Zeit eigentlich viel mehr nutzen, um einfach auch den Leuten Dank zu sagen, die das hier tatsächlich alles finanzieren. Zu danken ist tatsächlich bei den ganzen fleißigen Steuerzahlern, die jeden Morgen aufstehen, das Haus verlassen und hart arbeiten. Meinen herzlichen Dank dafür, liebe Hallenser und auch liebe Deutsche, liebe Steuerzahler.

Ein Bedürfnis ist es mir, Sie daran zu erinnern, dass es in diesem Land, in unserem Land circa 27 Millionen Nettosteuerzahler gibt, die wertschöpfend tätig sind und die dafür sorgen, dass die Verwaltung und wir hier, die Politik, überhaupt die Mittel dafür zur Verfügung stehen, um das Gemeinwesen, ein vernünftiges Gemeinwesen zu finanzieren. Diese 27 Millionen Beschäftigten halten das große Rad am Laufen. Sie schaffen Werte, die dazu führen, dass unser Land blühen und gedeihen kann. Dieser schaffende wertschöpfende Prozess ist ein schöpferischer Akt, bei dem die Vermögenswerte entstehen oder an Wert

gewinnen. Ich sage es deshalb, weil wenn man Politikern bei ihrem Treiben so zuschaut, oft den Eindruck gewinnen kann, dass diese den Begriff des schöpferischen Prozesses missverstanden haben, scheinen sie doch tatsächlich zu meinen, das Abschöpfen und Verteilen von Vermögen, das andere hart erarbeitet haben, ein Wert an sich ist.

Dies ist ein tragischer Irrtum. Wir Politiker und da nehme ich mich gar nicht aus, sind nur die Verwaltung, dieses durch die Steuerzahler geschaffenen Vermögens. Wir haben es in seinem Sinne einzusetzen. Hier ist die Gruppe der Steuerzahler dieses Landes, die erwarten kann, dass wir aus ihren hart erarbeiteten Geldern ein funktionierendes Gemeinwesen, eine funktionierende Infrastruktur organisieren. Und bei der Höhe der Steuern und Abgaben in diesem Land haben die Bürger einen Anspruch auf ein exzellentes Gemeinwesen. Erst, wenn wir ein gutes Gemeinwesen oder erst wenn wir guten Gewissens behaupten können, wir haben exzellente Strukturen geschaffen in Bildung, Sicherheit, Nahverkehr, Verwaltung, haben wir unsere Pflicht gegenüber dem Bürger erfüllt. Diese Verwendung oder die Verwendung dieser uns anvertrauten Mittel für fragwürdige politische Experimente, die einseitige Bevorzugung bestimmter Absichten und Weltbilder verbietet sich daher.

Wir sind nicht die Gutsherren sondern die Gutsverwalter, Volksvertreter im Sinne unserer Wähler. Als Volksvertreter müssen wir im Sinne unserer Wähler tätig sein. Der Einsatz, der von der homogenen Gruppe geschaffenen Werte zur Befriedigung von Bedürfnissen einer heterogenen Masse ist in Anbetracht der Dimension schlicht aussichtslos. Es gibt insgesamt viel zu viel Anspruchssteller und auch Personen, die quasi Ansprüche anmelden und sich als anspruchsberechtigt zu erkennen geben, als Mittel zur Verfügung stehen, um allen Ansprüchen gerecht zu werden. Aus dem Grund müssen wir sinnvoll Maßnahmen bündeln und zielgerichtet agieren. Wichtig ist mir an dieser Stelle einfach nochmal zu wiederholen, dass bestimmte Projekte, wie zum Beispiel für das HaSi, wie zum Beispiel für andere Vereine, die quasi nur im Sinne einer ideologisch ausgerichteten Politik agieren und tätig sind, sich auch regelmäßig instrumentalisieren und ein Meinungsbild öffentlich lautstark zur Schau treten, was so in der Öffentlichkeit und von der Mehrheit der Bürger eigentlich gar nicht verlautbart wird und auch vertreten wird.

Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir auch als Stadt Halle überlegen, wo wollen wir Gelder, zum Beispiel in soziokulturelle Projekte investieren, die nicht grundsätzlich falsch sind aber wir haben schon zahlreiche Projekte. Und selbst wenn wir neue Mittel zur Verfügung stellen, gibt es natürlich grundsätzlich auch immer wieder neue Begehrlichkeiten, die dadurch erweckt werden. Entscheidend ist leider, aus diesen Projekten entsteht eben kein Euro, kein Wert an sich und deshalb meine Damen und Herren, appelliere ich auch an das Haus hier, in Zukunft die Unterstützung in dieser Form doppelt zu hinterfragen.

Okay, damit komme ich eigentlich zum Ende meiner Interpretation jetzt hier und meines Vortrages. Wir werden dem Haushalt heute hier nicht zustimmen. Das wird Sie nicht verwundern. Insgesamt sind uns die Aufwendungen, die die Stadt Halle quasi freiwillig und auch pflichtig für die Umsetzung dieser neuen Integrations- und Einwanderungspolitik ausgibt, die sind uns in Summe zu viel. Wir sehen darin auch grundsätzlich eine falsche Politik und wir wollen gerne als AfD auch den Anstoß liefern, hier umzusteuern und aus diesem Grund werden wir heute diesem Haushalt auch nicht zustimmen. Maßgeblich bleibt mir vielleicht noch eins mittzuteilen. Wenn wir also jetzt im Fachbereich und das wirklich als Letztes, im Fachbereich Ordnung und Sicherheit quasi die Anteile von 4 auf 55 Millionen Euro um 10 Prozent heraufsetzen, die Ausgaben um 10 Prozent heraufsetzen, dann ist das einfach ein Verhältnis, was eben im Gesamtverhältnis zum Anstieg des Haushaltes also völlig überdurchschnittlich ist und diese zusätzlichen Ausgaben, die sind sicherlich notwendig, ich will die auch gar nicht im Einzelnen bestreiten, aber sie sind eben die Folge davon, von politischen Fehleinschätzungen in den zurückliegenden Jahren und die sind natürlich bundespolitisch vorgegeben, aber ich sehe hier eben auch weder aus dem Landtag noch aus der Stadt Halle und aus dem Stadtrat hier ein Aufbegehren dagegen und auch

keine Aufforderung Richtung der Politik mäßigend aufzutreten. Und die Maßnahmen, die man damals, möglicherweise auch vielleicht jetzt erkennt, dass die falsch gewesen sind, die zurückzuführen, also der Stadtrat hier bekennt sich tatsächlich bislang regelmäßig dazu, das alles so in der pflichtigen Verwaltung durchzuführen, ohne ein Wort der Kritik, Richtung Bundesregierung, Richtung Landesregierung. Und aus diesem Grund ist mir das heute einfach auch wichtig, dass wir uns als AfD Halle gegen diesen Haushalt positionieren und das sei hiermit auch getan, meine Damen und Herren. Trotzdem vielen Dank für Ihr Zuhören und ja, dann viel Glück.

Herr Bartl

Als letzter Grundsatzredner, Herr Wolter, bitte.

Herr Wolter

Das erinnert etwas, ein bisschen, wurde glaube ich schon erwähnt, gibt so verschiedene Sprüche. Was mir einfällt ist: "täglich grüßt das Murmeltier", in bestimmten Zusammenhängungen, Herr Oberbürgermeister, mein sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, der Haushalt 2019 ist begleitet von dem sogenannten Vorwahlszenario, einerseits durch die OB-Wahl, die im nächsten Jahr auf uns zu kommt und natürlich die Europawahl und die Kommunalwahl, die uns beschäftigt, auch als Fraktion MitBÜRGER natürlich uns beschäftigt und wo wir erstaunlicherweise auch eine mediale Berichterstattung hat, die sehr weit entfernt ist von einer sachlichen Beurteilung dessen, was wir eigentlich gerade diskutieren.

Die Verwaltung hat hier einen Vorschlag gemacht, es wurde angemerkt, dass es dort nicht unbedingt eine detaillierte Einbringung gab, die uns an die Hand genommen hat und bestimmte Veränderungen aufgezeigt hat, aber ich muss auch sagen, dass ich die auch gar nicht sehe, sondern es ist eine gewisse Art von Fortschreibung, die wir hier vorliegen haben, von Seiten der Verwaltung und eine gewisse Fokussierung auf das, was wir gemeinsam hier glaube ich auch als mehrheitsfähig sofort definiert haben, nämlich die Verstärkung des Investitionsbereiches.

Trotzdem muss man sagen, dass die Wichtigkeit der Debatte, die ja immer wieder betont wird, die Wichtigkeit über den Haushalt detailliert hier zu sprechen und bestimmte Konzepte gegeneinander abzuwägen, das habe ich nur in Ansätzen erlebt. Wir haben hier gemeinsam mit allen Fraktionen sehr sachlich, ich glaube auch auf einer sehr guten Arbeitsebene in den Fachausschüssen letztendlich überprüft, so muss man es vielleicht am besten definieren, auch nach draußen in unsere Stadtgesellschaft hinein. Wir haben gemeinsam überprüft, ob das, was die Stadtverwaltung uns hier vorlegt nachvollziehbar, bewertbar und zu bestätigen ist. Und dann muss man erstmal sagen, hochverehrte Verwaltung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen, die dazu beigetragen haben, das hat eine große und fast umfassende Bestätigung erhalten. Das, was aber jetzt begleitet wurde in den letzten Wochen war eben ein Spektakel OB gegen den Stadtrat, was weiß ich, was da immer für eine Begründung herhalten muss. Interessanterweise hätte man berichten können über das, was die einzelnen Fraktionen an Verbesserungen, Vorschlägen, Ideen eingebracht haben.

Und da ist erstaunlicherweise, das wurde auch schon beschrieben, das ist auch schon wahrgenommen, am Ende herausgekommen, dass hier 5 Fraktionen gemeinsam stehen und sagen "wir haben einen gemeinsamen Änderungsantrag, der aktualisierte gesetzmäßige Verbesserungen definiert im Bereich der Finanzierung, im Bereich der Minderausgaben und der insgesamt glaube 52 Punkte enthält, wo wir gemeinsam 5 Fraktionen hier sagen, das finden wir inhaltlich gegenüber der Verwaltung als eine Anpassung von den Bedürfnissen, den Bedarfen in ganz vielen Bereichen. Da kann man sich jetzt jeder auf die Fahne schreiben, das haben wir jetzt unterschiedlich schon gemacht, das ist jetzt eher hm, das ist jetzt eher hot. Aber man muss ganz klar sagen, das ist gemeinsam hier vorgeschlagen, was wiederum für die Öffentlichkeit interessant ist, dass es dazu nicht wirklich eine seriöse,

wertschätzende Rückmeldung gab. Das muss man ganz klar sagen, sondern es wurde ein Szenario aufgemacht, das sind nicht nachvollziehbare Zahlen, das kann sein, dass es hier Fachleute gibt, die im Bereich der Kommunikation mit dem Landtag vielleicht auf aktuellere Zahlen dann, die gesetzmäßig schon vorliegen Bezug nehmen. Aber man muss ganz klar sagen, dass wir gemeinsam, seriös eine Verbesserung vorgenommen haben bis zum heutigen Tag, das haben Sie ja mitbekommen. Und wir freuen uns als Fraktion MitBÜRGER, dass wir ganz klar auch unseren Teil damit beigetragen haben.

Erstaunlicherweise nach der Debatte, ich würde gerne auf die Punkte noch eingehen, aber nach der Debatte jetzt ist es für mich so, dass schon Bezug darauf genommen werden muss, was ist Bedarf heute, damit man wieder in einem Dialog landet, der, wie kann man das sagen, wie ein Training bedarf. Wir sind ja manchmal jetzt so erinnert langsam an 89, man hat irgendwie auf einmal das Jahr 2019 vor der Tür, das sind 30 Jahre her. Man beschäftigt sich, man kriegt Bilder, Prager Botschaft ist auf einmal wieder Thema gewesen in irgendeinem Bericht, wo man dann irgendwie aufzuckt und sagt, okay, man ist ja doch, mit 49 kann man sich schon erinnern 30 Jahre zurück. Und dann denkt man, es gibt so einen Begriff von Training des aufrechten Ganges, wenn Sie sich daran erinnern. Die so alt sind wie ich können sich vielleicht daran erinnern, oder älter.

Das ist, so wie als ob es heute wiederum einer Art Training bedarf und in der Debatte jetzt um so eine Haushaltssetzung eigentlich, was ist Diskussion. Und ich habe jetzt hier gesessen und war ein bisschen erschöpft, wie bei einem Sport. Es gibt beim Sport ja immer diesen negativen Punkt der Erschöpfung und den positiven Punkt. Positiv ist meistens damit, wenn man erfolgreich war oder wenn es ein cooles Spiel war und ich habe das Gefühl, dass wir in vielen Bereichen verwechseln Sport und Politik, weil da gibt es eigentlich nicht den Gewinner, auch wenn es da einen Wahl-Gewinner gibt, weil man eben sozusagen wie immer ein Team gemeinsam abbildet. Wir bilden hier gemeinsam die Stadtgesellschaft, gemeinsam mit dem Oberbürgermeister, der versucht, einer bestimmten Position Vorschläge zu machen und teilweise die, das ist auch schon diskutiert worden, mit uns nicht diskutiert, uns vor vollendeten initiativmäßigen Tatsachen stellt, wo wir gemeinsam dann in der Pflicht sind, darauf zu reagieren, die zu bewerten und auf der anderen Seite, dass wir natürlich hier initiativ da sind, wo der Oberbürgermeister seine rechtlichen Mittel nutzt, um Dinge nicht umzusetzen oder die in seiner Hoheit sind nochmal anders zu gestalten.

Der Haushaltsplan für uns ist Anlass, einen Auftrag zu erteilen an die Verwaltung und dort bestimmte Fokussierungen vorzunehmen und bildet für mich eigentlich auch so einen Punkt, dass man, das meine ich so mit aufrechtem Gang, dass man hofft, das ist ja auch die letzte Debatte der aktuellen Wahlperiode, dass man hofft, dass so eine nächste Wahlperiode beginnt, wo man wirklich konzeptionell auch über den Haushalt nochmal eine andere Qualität der Debatte entfachen kann. Weil diese Möglichkeiten sind nicht genutzt worden. Da hatten Sie, Herr Oberbürgermeister auch einige Ankündigungen gemacht, es gibt sozusagen auch Zitate von Ihnen in der Welt, die darauf Bezug nehmen, aber die will ich jetzt gar nicht aneinanderreihen, sondern darauf hinweisen, dass eine moderne Stadt eine bestimmte kontinuierliche Veränderung und Anpassung erfährt und nicht nur eine Fortschreibung, ist glaube ich, notwendig und da haben wir bestimmte Baustellen, die wir jetzt, sage ich mal mit Planzahlen überdecken, wo man dann im Detail diskutieren kann auch gegenüber der Stadtgesellschaft, das ist jetzt zu viel, das ist jetzt zu wenig.

Wir reagieren im Moment hier auf Bedarfe, die konkret sind, die im Normalfall nicht, ob Ideologie oder sage ich mal farbenbetont, sondern die eben sachbezogen gemeinsam hier eine Mehrheit gefunden haben in der Abstimmung und wo wir glauben, dass wir mit unseren kleinen Impulsen, die wir mit reingegeben haben dort auch gestaltend, wertschätzend in die Stadt hinein agieren.

Das finde ich in der aktuellen Situation besonders wichtig, dass die Initiativen unterwegs sind, die nicht nur an sich unterwegs sind, sondern die mit beitragen wollen, die Lebensqualität hier zu verstätigen oder zu verbessern. Und da konkrete Angebote zu machen ist total notwendig, dazu zählt auch unser Antrag, den wir heute nochmal vertagt haben zur weiteren Untersetzung mit der Richtlinie, die Bürgerprojekte im Quartier. Dafür haben wir jetzt Vorsorge getragen, was uns sehr freut, im Personalbereich genauso, wie im Etatbereich, weil wir glauben, dass die Komplexität von bestimmten Themen überfordernd ist, aber wir brauchen eine Mitnahme und eine Aktivierung der Bürgerschaft und können das vielleicht verbessern über die konkreten Bürgerprojekte.

Ein weiterer Punkt ist schon erwähnt worden. Gemeinsam mit der CDU haben wir die Situation aufgenommen zur Ortsfeuerwehr Halle-Lettin und freuen uns sehr, dass die anderen Fraktionen das mit uns gemeinsam jetzt in den Haushalt als Verbesserung in die Planung 2019 und die Umsetzung ab 2020 nehmen.

Der Dritte Punkt, das haben Sie vielleicht mitbekommen, die Digitalisierung beschäftigt uns. Da gibt es ein gewisses Missverständnis, Herr Oberbürgermeister, das ist, glaube ich, gestern sehr ausführlich diskutiert worden. Wir werden dazu nochmal zu dem Ausschussantrag, glaube ich, im Januar dann diskutieren, wo wir einen Antrag zur Neuausrichtung eines Ausschusses für Digitalisierung. Digitalisierung heißt nicht digitale Übertragung von irgendetwas und Digitalisierung setzt nicht voraus, dass irgendwie ein Unternehmen anrufen kann hier in der Verwaltung und irgendwelcher Wunsch erfüllt wird, sondern es geht eben ganz konkret um das weite Feld der verschiedenen Bereiche, die man wirklich sachbezogen in einem Ausschuss besprechen muss.

Aber dafür haben wir auch Vorsorge getragen im Haushalt, freut mich sehr. Konkret noch 2 Dinge, das sind meistens die kleinen Dinge, die uns verbessern. Das ist einerseits der Spielplatz in Seeben, da freuen wir uns sehr, dass die anderen Fraktionen das mittragen, das es so eine kleine Konkretisierung gibt, weil da eine Zusage von uns als Rat schon erfolgt ist. Die Verwaltung hatte das jetzt nicht mit vorgeschlagen als Priorität. Wir haben gesagt, wir machen eine Umwidmung von dem Friedhof, jetzt können wir das in die Planung mit rein nehmen. Und was mich besonders freut, weil das besonders zeigt, dass wir abwägen müssen heute zwischen bestehenden Initiativen und neuen Initiativen, wo natürlich immer wieder etwas Neues entsteht. Wir haben im Wasserturm Nord mit dem Würfelpech e.V. einen sehr engagierten Verein, wo wir auch als Fraktion sozusagen im ständigen Dialog waren, die Verwaltung auch der Fachbereich 24, Frau Dr. Judith Marquardt hat das auch mit begleitet, immer wieder in Abstimmung war wie geht es da weiter. Und jetzt haben wir sozusagen hier die Möglichkeit, dort wirklich eine Perspektive aufzuzeigen.

Das ist konkretes Ernstnehmen und Wertschätzen für diejenigen, die auch, sage ich mal, teilweise in miserablen Verhältnissen arbeiten. Insofern werden wir zustimmen dem Haushaltsänderungsantrag der gemeinsamen Fraktionen und damit dann dem geänderten Haushalt und wir hoffen, dass der Oberbürgermeister unserem Änderungsvorschlag folgt und wir dann sozusagen hier mit einer klaren Positionierung gegenüber dem Land und unserer Aufsichtsbehörde signalisieren, hier, das sehen wir als seriös an, das sehen wir als umsetzbar an, damit ab Januar beziehungsweise spätestens ab Februar wir die Mittel auch für die Initiativen und Vereine zur Verfügung haben und natürlich, Herr Oberbürgermeister, das, was uns gemeinsam da wichtig ist die Investitionen realisieren.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Bartl

Meine Damen und Herren wir kommen zur Aussprache zur Haushaltssatzung und wenn ich richtig verstanden habe, wird Herr Geier unsere Aussprache eröffnen.

Herr Geier

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben in Ihren Haushaltsreden sehr viele Aspekte gebracht, die Zeit ist begrenzt und ich würde auf 3 – 4 Punkte eingehen wollen.

Ein Punkt war die Frage Transparenz des Haushaltes und Haushaltsplanverfahren. Dazu folgende Bemerkung: Die Verwaltung bringt den Haushalt so ein, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. Und ich bin schon auch der Auffassung und das wissen Sie auch durch die Ausschussberatungen, dass die Verwaltung da innerhalb und während der Ausschussberatungen umfangreiches Zahlenmaterial, umfangreiche Auskünfte und Informationen nachliefert. Und ich hatte neulich ein Gespräch mit Kämmererkollegen aus Nordrhein-Westfalen und da haben wir uns über dieses Haushaltsprozedere unterhalten und die waren sehr überrascht, was da die Verwaltung nach Einbringung des Haushaltes noch alles nachliefert.

Zweites Thema war die Frage einer schwarzen Null, Verschuldung, Schuldenstand und so weiter und sofort. Das ist ein sehr umfangreiches Paket. Da verweise ich auf die Einführung der Doppik und das, was im Zuge der Doppik Einführung vorgelegt wurde, auch die Eröffnungsbilanz und dann die jeweiligen Haushalte mit dem ausgeglichenen Ergebnishaushalt entspricht der Rechtslage in Sachsen-Anhalt. Das Land Sachsen-Anhalt hat jetzt, wie Sie wissen und wie es auch teilweise anklang, reagiert und verschärft ab 2023 diverse Regelungen. Und deshalb kann ich nur sagen, man kann sich nur sehr freuen und man sollte diese Zeit bis 2023 genießen, was Haushalt angeht, weil da geht es dann Größenordnungen dann in das Kontor.

Zu der Frage der Schulden und da bitte ich Sie einfach, dass man die Stadt Halle nicht schlechtredet. Bei der Frage der Verschuldung ist natürlich immer optimal, wenn man Null Verschuldung hat, aber da muss man einfach festhalten, dass die Gesamtverschuldung von 2012 rund 190 Millionen auf jetzt 2018 113 Millionen zurückging, also Investitionskredite. Ja, also ich komme noch zu den Liquiditätskrediten. Und, dass ich natürlich auf Grund der Situationen, die sich uns insbesondere im Bereich der Schulen und Kitas stellt, dass man da reagieren muss. Und ich bitte, das Augenmerk auf andere Städte zu richten, die haben bei diesem Bedarf im Schul- und Kitabereich auch nicht die Möglichkeit, aus irgendwelchen Überschüssen zu schöpfen, sondern sie versuchen auch in einer Mischung von Fördermittel und Kreditaufnahme diese Aufgabenstellungen zu stemmen.

Es geht dabei nicht nur im Bereich Schulen und Kitas um den Investitionsstau, sondern ein wesentlicher Aspekt ist einfach die Entwicklung der Kinder- und Schülerzahlen, die auch uns im Prinzip dazu zwingt, diese Projekte so durchzuführen. Und bei der Frage, ob man die Verschuldung so vertreten kann möchte ich einfach verweisen auf das Genehmigungsverfahren des Haushaltes 2018. Da hat uns das Landesverwaltungsamt diesen Weg im Rahmen der Haushaltsgenehmigung bestätigt. Also das heißt, diese Argumentation unter den jetzt sicherlich noch günstigen Rahmenbedingungen für Kredite, für Pflichtaufgaben Kredite aufzunehmen, ist aus Sicht des Landesverwaltungsamt durch diese Genehmigung in Ordnung.

Außerdem bitte ich darum, wenn man von Schulden spricht, dass man immer in der Korrespondenz auch immer den entsprechenden Gegenwert im Auge hat. Also, es ist ja nicht nur so, dass hier 113 Millionen Schulden da stehen und nichts dagegen steht, sondern für diese 113 Millionen Verschuldung oder für die Verschuldung der letzten 20 Jahre sind ja auch bestimmte Vermögenswerte geschaffen worden. Das habe ich jetzt im Einzelnen nicht vor Augen, aber ich denke mal, da reden wir bestimmt über 1 Milliarde. Und das muss ich einfach ins Verhältnis zueinander setzen.

Dann der zweite Teil mit dem Kassenkredit und das ist natürliche eine Fragestellung, die kommt auf uns alle zu, das ist ein viel wichtigeres Thema als die investive Verschuldung. Da

haben wir bei der Einbringung in den Haushaltsberatungen mitgeteilt, dass wir Ihnen einen Konsolidierungspfad vorschlagen, der zunächst so aussieht, dass wir in dem Kassenkreditvolumen um 5 Millionen reduzieren von 355 auf 350. Das ist natürlich nicht ausreichend, das ist auch klar, aber es hängt entscheidend davon ab, wie das Land diese neuen gesetzlichen Regelungen umsetzt und da herrscht momentan innerhalb des Landes und auch bei der Aufsichtsbehörde Unklarheit.

Deshalb war quasi in vorauseilendem Gehorsam unser Vorschlag, so mit diesem Konsolidierungspfand anzufangen. Man muss natürlich dann darauf achten, wie dann die entsprechenden Ausführungen des Landes sind, aber dass das aus Sicht der Verwaltung nicht im Blick ist, das kann man so nicht stehen lassen. Und bei der Frage, wie man dann diese rund 300 Millionen abbaut, da gibt es 2 Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, dass man auf zusätzliche Einnahmen hofft, die andere Möglichkeit ist, dass man Aufwendungen reduziert und das sind ganz, ganz schwierige Diskussionen, das wissen Sie, die auch Zeit beanspruchen. Und der dritte Weg ist, dass man schaut, was man für Vermögenspositionen in der Bilanz hat. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass es irgendwo einen Marktwert für bestimmte Straßen gibt. Vielleicht ist es bei der Hochstraße so, also wo ich dann am Rennbahnkreuz und hier am Waisenhaus eine Mautstation hin mache. Aber da haben wir vielleicht das Problem, weil es eine Bundesstraße ist, dass dann der Bund wieder schreit, hier, ich möchte Geld haben.

Also, das heißt, das sind auch auf Grund der Vermögensstruktur, wie sie aus der Bilanz erkenntlich ist sichtbar, dass es gar nicht so einfach ist, hier verschiedene Vermögenswerte zu veräußern, um damit diese Liquidität zu verbessern und hier spürbar runter zu kommen.

Letzter Punkt zu dem Thema Schulden, Vermögensveräußerung. Es ist seit 2012 kein Vermögen veräußert worden, um entsprechende Schulden damit gegen zu finanzieren sondern es ist veräußert worden, um dies als Eigenmittel für den investiven Bereich zu verwenden. Das war vor 2012, hat man das im Rahmen des Konsolidierungskonzeptes von damals so tun müssen. Jetzt komm ich noch auf diesen dritten Änderungsantrag und der dritte Änderungsantrag, der finanziert sich letztendlich so, dass wir beim Aufwand 4,3 Millionen drauflegen oder die Fraktionen, die einbringenden, dass 7 Millionen mehr an Erträgen kommen sollen und dass 1,7 Millionen im Aufwand reduziert werden. Das zeigt eigentlich schon, wie schwierig es ist, hier quasi Festlegungen zu treffen, wie man was konsolidieren kann, weil natürlich könnte ich auch hingehen und könnte sagen, die 7 Millionen, die ich mir durch zusätzliche Erträge hole, die mache ich indem ich Entscheidungen treffe, wo ich weniger an Aufwand verbrauchen will.

Für uns aus Sicht der Verwaltung ist positiv, dass da an verschiedenen Stellen dann der Argumentation der Verwaltung gefolgt wurde. Also das heißt, wo man dann entsprechende Positionen korrigiert hat, das war zum Beispiel jetzt hier bei der globalen Minderung so, das war bei der Frage der Geschwisterermäßigung so, aber da gibt es natürlich jetzt eine neue Position. sind zusätzliche Erträge Höhe das in von 2 Millionen Unterhaltsvorschussleistungen. Das kam jetzt kurzfristig rein. Ich habe mit meinen Leuten versucht, da noch nähere Informationen aus der Landesverwaltung zu bekommen. Das war uns nicht möglich. Deshalb kann ich da auch an der Stelle nicht einschätzen, wie diese 2 Millionen zu bewerten sind. Die anderen Einschätzungen, da verweise ich einfach auf die Ausführungen in den Ausschusssitzungen und damit wäre ich mit meinen Bemerkungen soweit durch. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Bartl

Dankeschön. Gibt es Ihrerseits weitere Wortmeldungen. Herr Dr. Meerheim bitte.

Herr Dr. Meerheim

Nur kurz. Manchmal, ich liebe dieses Medium nicht aber manchmal heißt - MZ gelesen, dabei gewesen - und heute haben die auf der zweiten Seite dazu etwas veröffentlicht. Wir wussten es schon etwas eher als die MZ, sie haben es nur heute oder gestern erst zugeleitet bekommen, weil wir uns natürlich unter den antragstellenden Fraktionen nochmal verständigen mussten, das ist dann natürlich auch nicht so einfach, sofort das alles hinzuzaubern. Gestern ist der Haushalt des Landes Sachsen-Anhalt beschlossen worden mit einer Rekordsumme an Aufwand und Erträgen, wie Sie wissen und eine Position darunter sind circa 20 Millionen Euro, die für die Kommunen zur Entlastung des zusätzlichen Personalaufwands durch das neue Gesetz, was ja seit letztem Jahr schon wirkt, in Kraft getreten ist, diesen zusätzlichen Aufwand zu kompensieren. Und da wir wahrscheinlich als große Stadt viele Menschen haben, die dort bedarfsgerecht betreut werden durch unsere Stadtverwaltung, mit entsprechendem Personal, gehen wir davon aus, feinfühlig wie wir sind, nur mit 10 Prozent dieser Summe bedacht zu werden und die haben wir hier eingestellt, weil bei sonst üblichen Dingen sind es sogar noch mehr. Und hier hängt es ja tatsächlich auch von der Zahl ab, der zu Betreuenden, des damit einhergehenden zusätzlichen Aufwandes. Der muss nachgewiesen werden, das ist klar, aber das ist auch die Ansage von den Haushältern, der Koalitionsfraktionen und auch der Oppositionen, Fraktionen, unserer, dass die Stadt Halle etwa in dieser Größenordnung aus diesem Topf bedacht wird. Und dies haben wir jetzt hiermit berücksichtigt.

Herr Bartl

Weitere Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. So denke ich, dass wir in die Abstimmung eintreten können und zwar folgende Richtung. Wir werden erst den gemeinsamen Änderungsantrag 5.32 abstimmen, dann über den SP-Änderungsantrag 5.27 und dann über die geänderte Beschlussvorlage.

Soweit. Also, wer 7.5.32, dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen außer der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Die Gegenstimmen? Die Enthaltungen? Bei 4 Gegenstimmen, einer Enthaltung ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Ich komme jetzt zu dem Änderungsantrag der SPD-Faktion 7.5.27, wer diesem zustimmt, bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Die Gegenstimmen? Die Enthaltungen? Bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen ist auch dieser Änderungsantrag angenommen und wir kommen zur Abstimmung über die Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 in geänderter Form unter 7.5. Wer der zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke. Die Gegenstimmen? Und die Enthaltungen? Bei 4 Gegenstimmen und einer Enthaltung ist dem Haushalt so zugestimmt.

- Ende Wortprotokoll -

zu 7.5.27 Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von

Personalkosten für den Stadtseniorenvertretung Stadt Halle e.V.

Vorlage: VI/2018/04148

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Kostenübernahme für die Finanzierung der Geschäftsstelle des Stadtseniorenvertretung e.V. dahingehend anzupassen, dass die Beschäftigung einer Vollzeitstelle (40 h/Woche) mindestens zu Konditionen des Mindestlohns erfolgen kann. Die Finanzierung bei Erhöhungen des Mindestlohnniveaus ist entsprechend anzupassen.

zu 7.5.32 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN, DIE LINKE und SPD, MitBÜRGER für Halle / NEUES FORUM und CDU/FDP zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385) Vorlage: VI/2018/04692

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

- 1. Das Budget für Transferaufwendungen im Produkt 1.33101. Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege wird um 50.000 Euro erhöht.
- 2. Im Produkt 1.31220 Eingliederungsleistungen §16a sind 899.700 Euro für "Ordentliche Aufwendungen" eingestellt. Davon sind 558.000 Euro für Beratungsstellen vorgesehen. Diese Summe wird um 33.100 Euro erhöht.
- 3. Im Produkt 1.311151 Hilfen in besonderen sozialen Schwierigkeiten stehen 514.000 Euro zur Verfügung (siehe Transferleistungen und Einnahmen unter Pflichtleistungen freier Träger). Dieses Budget wird um 36.500 Euro erhöht.
- 4. Das Budget der Leistung Halle-Pass 1.35108.01 Halle –Pass im Produkt 1.35108 "Sonstige soziale Angelegenheiten" wird um 350.000 Euro erhöht.
- 5. Die Aufwendungen im Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen werden um 35.900 Euro erhöht.
- 6. Der Ansatz für die Leistung 1.24301.01 Schulumweltzentrum Franzigmark im Produkt 1.24301 Sonstige schulische Aufgaben wird um 9.606 Euro auf 50. 000 Euro erhöht.
- 7. Es wird eine neue Leistung "Salinetechnikum und Schülerforschungszentrum Halle" 1.24301.09 unter dem Produkt 1.24301 sonstige schulische Aufgaben aufgenommen. Insgesamt werden dafür 50 .000 Euro eingestellt.

- 8. Im Produkt 1.11103 Gleichstellung von Frau und Mann, werden die Transferaufwendungen um 5.000 EUR auf insgesamt 72.700 Euro erhöht.
- 9. Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen des Produktes 1.27201 Stadtbibliothek werden um 15.000 Euro erhöht.
- 10. Im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur wird unter Transferaufwendungen der Ansatz für die Galerie Talstraße von 25.000 Euro auf 83.000 Euro erhöht. Dieser Betrag wird in die Mittelfristplanung aufgenommen. Der BBK Sachsen-Anhalt e. V. erhält 5.000Euro aus dem Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur. Dieser Betrag wird in die Mittelfristplanung aufgenommen. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.26202 –Stadtsingechor-, Zeile 12 werden um 40.000 Euro erhöht. Die Deckung erfolgt aus demselben Produkt, Zeile 10 Personalaufwendungen.
- 11. Im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur wird der Ansatz für Transferaufwendungen um 73.500 Euro erhöht.
- 12. Es wird neu 1,0 VZS "SB Bürgerprojekte" in der Entgeltgruppe E10 in den Stellenplan eingestellt. Dafür werden im Produkt 1.11115 "DLZ Bürgerengagement" die Personalaufwendungen 2019 um 48.750 Euro, 2020 um 66.300 Euro, 2021 um 67.630 Euro und 2022 um 68.990 Euro erhöht.
- 13. Für die Schaffung einer zweiten Stelle Fachkraft Suchtprävention in Vollzeit werden die Transferaufwendungen im Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen um 37.100 Euro erhöht. Die Ausreichung der Mittel erfolgt nur, wenn die beantragte Landeszuweisung in voller Höhe (25.000 Euro) bewilligt wird.
- 14. Im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen wird unter Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Haushaltsansatz um 1.500.000 Euro in 2019, um 848.000 Euro in 2020, um 1.500.000 Euro in 2021 und 2022 erhöht. Dieser erhöhte Mittelansatz soll je zur Hälfte für Instandsetzungs- bzw. Instandhaltungsarbeiten von Straßen einerseits sowie Fuß- und Radwege andererseits genutzt werden.
- 15. Im Produkt 1.55105 Wasserspielanlagen wird der Haushaltsansatz unter Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für das Jahr 2019 um 47.436 Euro erhöht.
- 16. Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkanlagen wird der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen für das Jahr 2019 um 50.000 Euro erhöht. Die Mittel sollen für die Vergabe von Leistungen der regelmäßigen Baumschau verwendet werden.
- 17. Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkanlagen wird der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 30.000 Euro erhöht. Die Mittel werden für die Aufstellung und Bewirtschaftung einer öffentlichen Toilette auf der Würfelwiese bereitgestellt.
- 18. Der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkanlagen wird um 130.000 Euro erhöht. Diese Mittel werden für Neupflanzungen von 100 Bäumen im Stadtgebiet im Jahr 2019 bereitgestellt.
- 19. Die Aufwendungen im Produkt 1.12213 Tierheim (Transferleistung) werden für die Schaffung einer zusätzlichen Stelle Tierpfleger*in um 40.000 Euro erhöht.
- 20. Im Fachbereich "Büro des Oberbürgermeisters" wird ein neues Produkt "Präventionsrat" aufgenommen. Darin werden Aufwendungen in Höhe von 5.000 Euro für Sachkosten eingestellt.

- 21. lm Produkt 1.11117 "DLZ Migration und Integration" wird der Ansatz Transferaufwendungen um 100.000 Euro erhöht. Aus dem Produkt werden der Gemeinschaftsschule Kastanienallee 33.000 Euro sowie der Grundschule Kastanienallee 130.000 Euro zur Verfügung gestellt, sodass für die Grundschule ein Kontingent von 90 SprachlehrerInnenstunden auf Honorarbasis pro Woche sowie Gemeinschaftsschule 23 SprachlehrerInnenstunden pro Woche im Jahr 2019 bereitgestellt werden kann.
- 22. Als Budget für die Unterstützung von entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit in Halle im Jahr 2019 wird der Ansatz für Transferaufwendungen im Produkt 1.11117 Bereich Migration und Integration um 5.000 Euro erhöht.
- 23. Der Ansatz der Sportförderung im Produkt 1.42101 unter Transferaufwendungen wird um 300.000 Euro erhöht.
- 24. Als Budget für die geplante Förderung von Umwelt- und Naturschutzprojekten im Jahr 2019 wird der Ansatz für Transferaufwendungen im Produkt 1.56101 Umweltschutz um 15.000 Euro erhöht.
- 25. Im GB IV werden zusätzliche Mittel für ein neues Produkt Zuschuss Wochenbettbetreuung im FB Gesundheit in Höhe von 50.000 Euro eingestellt. Aus diesen Mitteln erhält jede außerklinisch tätige Hebamme pro abgeschlossene Wochenbettbetreuung in Halle (Saale) einen Zuschuss in Höhe von 40 Euro.
- 26. Im Produkt 1.11115 "DLZ Bürgerengagement" werden unter sonstige ordentliche Aufwendungen 50.000 Euro zusätzlich für Bürgerprojekte zur Verfügung gestellt, um die Bürgerschaft bei der Verwirklichung von Projektideen zu unterstützen. Ab 2020 werden jährlich 0,50 Euro pro Einwohner/in (Stichtag 01.01.) für Bürgerprojekte zur Verfügung gestellt.
- 27. Es wird neu 1 VZS Bibliothekpädagoge/in in der Entgeltgruppe 9 b im Stellenplan ab 2019 eingerichtet. Dafür werden im Produkt 1.27201 Stadtbibliothek zusätzliche Mittel unter Personalaufwendungen in Höhe von 43.500 Euro für 2019, 59.160 Euro für 2020, 60.350 Euro für 2021 und 61.560 Euro für 2022 eingestellt.
- 28. Im GB III wird eine neue Haushaltsstelle mit dem Produkt "Dekade kultureller Themenjahre" eingerichtet. Dem Museumsnetzwerk als Träger der Dekade werden dafür in 2019 35.000 Euro, in 2020 70.000 Euro und ab 2021 140.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das Projekt wird jährlich evaluiert und dem Kulturausschuss Bericht erstattet.
- 29. Für 15 VZS Schulsozialarbeiter*innen von freien Trägern der Jugendhilfe werden im Produkt 1.36301 "Jugendarbeit, erzieh. Kinderund Jugendschutz" Personalaufwendungen zusätzliche Mittel in 2019 in Höhe von 675.000 Euro, 2020 in Höhe von 918.000 Euro, 2021 in Höhe von 936.360 Euro und in 2022 in Höhe von 955.087 Euro eingestellt. Die Mittel für 15 Stellen werden dem jeweiligen freien Träger der Schulsozialarbeit an folgenden Schulen mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt, die jeweiligen Stellen in der Entgeltgruppe 10 (TVL) für Schulsozialarbeit zu schaffen: jeweils 1 VZS an GS Am Heiderand, GS Am Kirchteich, GS Am Zollrain, GS A.H.Francke, GS Glaucha, GS Friesen, GS Lilienschule, GS R. Luxemburg, GS Südstadt , GS W. Borchert, Sekundarschule Am Fliederweg, Sek./Gemeinschaftsschule, H. Heine; jeweils 1,5 VZS an GS Kastanienallee und Gemeinschaftsschule Kastanienallee
- 30. Im FB Bildung 19_4-510_1 Schulen wird der Ansatz unter Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 150.000 Euro erhöht. Diese Mittel sind auf allen Schulen (außer

- BbSn und Förderschulen) zu verteilen. Der Schlüssel sind die Schülerkostensätze, welche wie folgt festgelegt werden: 33 Euro /Schüler und 47,50 Euro /Schüler-Migrant/in
- 31. Für das Projekt "biko Beratung, Information und Kostenübernahme von Verhütungsmitteln" des LV Pro Familia werden ab dem 01. Juli bis zum 31.12.2019 Mittel in Höhe von 70.000 Euro (Personalkosten und Sachkosten) bis zu einer Anschlussfinanzierung durch Bund/Land zur Verfügung gestellt.
- 32. Im Produkt 1.11171 Liegenschaften werden die ordentlichen Aufwendungen für das Jahr 2019 um 50.000 Euro und im Jahr 2020 um 180.000 Euro erhöht. Die Mittel stehen zur Sanierung des Objektes Hardenbergstraße 23 am Wasserturm Nord zur Verfügung, um dem Verein Würfelpech e.V. und anderen potentiellen Nutzern die vollumfängliche Nutzung zu ermöglichen.
- 33. Im Produkt 1.11109 Elektr. Kommunikation u. E-Government wird der Ansatz bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen um 82.500 Euro erhöht. Die Mittel werden für folgende Maßnahmen verausgabt:
 - Entwicklung eines datenbankgestützten Content-Management-Systems zur Online-Fördermittelbeantragung und -bearbeitung 40.000 Euro in 2019
 - Erweiterung des Ratsinformationssystems SessionNet um eine OParl-Schnittstelle - 2.500 Euro in 2019 (500 Euro ab 2020 für die Betreuung des Systems)
 - Weiterentwicklung des Open-Data-Portals mit dem Ziel der Herstellung von Schnittstellen zu anderen Portalen wie z.B. dem entsprechenden Landesportal sowie dem Bundesportal govdata.de - 40.000 Euro in 2019
- 34. Im Produkt 1.55301 Friedhofs- und Bestattungswesen wird die Leistung "Ehrengräber" um 12.000 Euro erhöht.
- 35. Im Produkt 1.36201.02 Jugendarbeit wird der Ansatz bei Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 3.000 Euro erhöht. Die Mittel werden für einen Schülerratspreis zur Verfügung gestellt.
- 36. Es wird neu 1 VZS Fuß- und Radwegebeauftragter in der Entgeltgruppe E 11 im Stellenplan eingestellt. Dafür wird im Produkt 1.11116 Fachbeauftragte der Ansatz für die Personalaufwendungen in 2019 um 52.500 Euro, in 2020 um 71.400 Euro, in 2021 um 72.830 Euro und 2022 um 74.290 Euro erhöht.
- 37. Im Produkt 1.57111 Wirtschaft, Wissenschaft, Digitalisierung wird der Ansatz unter Transferaufwendungen um 23.000 Euro erhöht. Diese Mittel sollen dem Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. für die Veranstaltungsreihe Kreativsalon zur Verfügung gestellt werden.
- 38. Im Produkt 1.55102 Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze wird der Ansatz unter Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 100.000 Euro erhöht.
- 39. Im Produkt 1.54502 Straßenreinigung werden für die Leistung 1.54502.03 Papierkorbentleerung Kosten für je 5 Mülleimer im Neustadtzentrum, Glaucha und am Seniorenweg in der Dölauer Heide in Höhe von 10.500 Euro (inklusive Betrieb) eingestellt.
- 40. Im Produkt 1.11115 DLZ Bürgerengagement wird unter sonstige ordentliche Aufwendungen der Ansatz um 200.000 Euro gekürzt.

- 41. Das Projekt "Städtische Kunsthalle Halle" erhält im Haushaltsjahr keine Förderung aus dem Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur.
- 42. Im Produkt 1.36101 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (Zuwendungen und allg. Umlagen) wird der Ansatz ab 2019 um 658.000 Euro erhöht und der Zuschuss entsprechend vermindert.
- 43. Im Produkt 1.26101 TOOH unter Transferaufwendungen wird der Ansatz um 500.000 gemindert.
- 44. Im Produkt 1.31210 Leistungen für KdU unter Zuwendungen und allgemeine Umlagen wird der Ansatz um 500.000 Euro erhöht.
- 45. Im Produkt 1.61101 Steuern unter allg. Zuweisungen und Umlagen wir der Ansatz um 3.000.000 Euro in 2019 erhöht.
- 46. Im Produkt 1.36501 Betrieb von Kindertageseinrichtungen (Zuwendungen u. allg. Umlagen) werden die Ansätze wie folgt erhöht : 2019 + 836.000 Euro; 2020 + 5.857.000 Euro; 2021 +7.177.000 Euro; 2022 + 8.275.000 Euro
- 47. Die globale Minderausgabe wird im Ansatz in 2019 um 1.000.000 Euro erhöht. Um diesen Betrag werden die Personalaufwendungen im Gesamtergebnisplan und die Personalauszahlungen im Gesamtfinanzplan gemindert.
- 48. Im Produkt 1.34101 Unterhaltsvorschussleistungen wird der Ansatz sonstige Erträge um 2.000.000 Euro erhöht.
- 49. Für den Neubau eines Gerätehauses der Ortsfeuerwehr Halle-Lettin sind durch die Verwaltung folgende Jahresscheiben in die mittelfristige Investitionsplanung aufzunehmen:
 - 2020 + 300.000 Euro; 2021 + 1.700.000 Euro; 2022 + 200.000 Euro.
 - Die Erhöhung der Mittel wird durch eine entsprechende Erhöhung der Kreditaufnahmen gedeckt (Kreditermächtigung).
 - Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Beschlüsse vorzubereiten, um eine Fertigstellung des Gerätehausneubaus bis 2022 zu gewährleisten.
- 50. Zur Errichtung eines Spielplatzes gemäß den Zielen der Beschlussvorlage VI/2016/02115 auf der teilentwidmeten Fläche des Friedhofes Seeben wird im Investitionsplan ein neues Projekt "Spielplatz Seeben" geschaffen. Für den Bau werden 80.000 Euro im Jahr 2019 zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt über eine Verschiebung von Mitteln i. H. v. 80.000 Euro aus dem Jahr 2019 ins Jahr 2020 im Projekt 836501014 Neubau Hort-/ Kitagebäude (Ausweich).
- 51. Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Ziegelwiese, sollen am Südufer der Fontäne weitere Bänke aufgestellt werden. Dafür werden im Investitionsplan 2019 zusätzliche Mittel in Höhe von 20.000 Euro eingestellt. Die Deckung erfolgt über eine entsprechende Erhöhung der Kreditaufnahme.
- 52. Die Differenz zwischen Ertrag/Einzahlung und Aufwand/ Auszahlung nach Punkt 1 48 wird zur Haushaltskonsolidierung bereitgestellt.

zu 7.5 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den

Beteiligungsbericht 2017 Vorlage: VI/2018/04385

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2019 mit dem Haushaltsplan 2019.
- 2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2017 zu Kenntnis.

zu 7.6 Vertrag über die Durchführung des Winterdienstes auf Radwegen zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

Vorlage: VI/2018/04619

Herr Lange übernahm den Vorsitz des Stadtrates.

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

Ich komme zum Punkt 7.6 – Vertrag Durchführung des Winterdienst mit der HWS. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wer zustimmen möchte – doch! Na, dann muss er ein bisschen...

Herr Nette

Also, Sie wollen ja jetzt Fahrradwege beräumen und beziehungsweise von Glätte befreien und dabei vergessen wir aber immer, dass Halle auf sieben Hügeln steht und dass es abschüssige Straßen gibt, die im Winter einfach nicht benutzbar sind. Im Giebichensteinviertel, in Lettin, an der Pfännerhöhe, in Beesen. Das wäre eigentlich wichtiger.

Herr Lange

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um das Kartenzeichen, wenn Sie zustimmen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Dann ist das bei vier Gegenstimmen und den Rest Ja-Stimmen so angenommen.

- Ende Wortprotokoll. -

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt den Vertrag über die Durchführung des Winterdienstes auf Radwegen zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.
- 2. Die Anlage zum Vertrag kann jährlich den aktuellen Erfordernissen angepasst werden.

zu 7.9 Besetzung des Engagement-Beirates Vorlage: VI/2018/04602

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beruft gemäß § 6 Absatz 1 der Richtlinie zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements i. V. m. § 79 Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt für die Dauer von 2 Jahren einen Engagement-Beirat, in den folgende Institutionen/Personen als Mitglied berufen werden:

- 1. Stadtverwaltung Halle (Saale) Der Oberbürgermeister
- 2. Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
- 3. BÜRGER.STIFTUNG.HALLE
- 4. Arbeitskreis Christlicher Kirchen
- 5. Technisches Hilfswerk Ortsverband Halle-Saalkreis
- 6. LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e.V.
- 7. Stadtsportbund Halle
- 8. Verband der Migrantenorganisationen Halle (Saale) e.V.
- 9. Kinder- und Jugendrat Halle (Saale)
- 10. Seniorenvertretung der Stadt Halle (Saale)
- 11. Allgemeiner Behindertenverband in Halle e.V.
- 12. Selbsthilfekontaktstelle Halle-Saalekreis
- 13. Stadtelternrat
- 14. City-Gemeinschaft Halle e.V.
- 15. Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- 16. Die im Stadtrat vertretenen Fraktionen werden bis zum 30.06.2019 berufen:

AfD Stadtratsfraktion Halle

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Ab 01. Juli 2019 sind die dann im Stadtrat vertretenen Fraktionen Mitglied im Engagement-Beirat.

zu 7.10 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 in den sonstigen Finanzvorgängen Vorlage: VI/2018/04558

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2018 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:
- 1.57308 Industriegebiet A 14 (HHPL Seite 1246) Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von 2.814.768,93 EUR.
- II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2018 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 17_9-901_2 sonstige Finanzvorgänge (HHPL Seite 1247) Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von 2.814.768,93 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.57308 Industriegebiet A 14 (HHPL Seite 1246) Sachkontengruppe 46* Finanzerträge in Höhe von 2.814.768,93 EUR

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

Finanzstelle 17_9-901_2 sonstige Finanzvorgänge (HHPL Seite 1247)
Finanzpositionsgruppe 66* Zinsen und ähnliche Einzahlungen in Höhe von 2.814.768,93
EUR

zu 7.11 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 im Fachbereich Planen Vorlage: VI/2018/04600

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2018 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108100.700 Kleine Steinstraße

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 677.000 EUR.

Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108047.700 Salinemuseum - Großsiedehalle (HHPL Seite 1269, 1295) Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 677.000 EUR.

zu 7.12 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2018 im Fachbereich Bauen Vorlage: VI/2018/04605

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2018 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 7.660076.705 Delitzscher Straße, Güterbahnhof Reideburg (HHPL Seite 621)

Finanzposition 789* Sonstige Investitionsauszahlungen Land in Höhe von 522.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus:

PSP-Element 7.660076.715.100 Delitzscher Straße, Güterbahnhof Reideburg (HHPL Seite 621)

Finanzposition 688* Einzahlungen Erschließungsbeiträge, Straßenausbaubeiträge in Höhe von 522.000 EUR.

zu 7.13 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen Vorlage: VI/2018/04680

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

1. Geldspende von Herrn Hans-Friedrich Evert, Nießenstraße 64, 47800 Krefeld, in Höhe

von 12.000 Euro (monatlich 1.000 Euro, beginnend ab Januar bis Dezember 2019) für den Abschluss von Werkverträgen durch das Stadtarchiv für die Bestandsverzeichnung von Archiv- und Sammlungsgut im Stadtarchiv Halle (PSP-Element 1.25102 – Stadtarchiv Halle)

- 2. Geldspende von Herrn Hans-Friedrich Evert, Nießenstraße 64, 47800 Krefeld, in Höhe von bis zu 20.000 Euro im 2. Halbjahr 2019 für die Herausgabe eines Bildbandes mit den Werken der Fotografin Annemarie Giegold-Schilling durch das Stadtarchiv
 - (PSP-Element 1.25102 Stadtarchiv Halle)
- 3. Annahme von zweckgebundenen Spendengeldern des Fördervereins Zukunft Stadtbad Halle (Saale) e. V., Kleine Ulrichstraße 27, 06108 Halle (Saale) in Höhe von 6.938,20 Euro durch die Stadt Halle (Saale) zur zweckgebundenen Weiterleitung an die Bäder Halle GmbH (BHG), Bornknechtstraße 5, 06108 Halle (Saale) für die Anfertigung und Anbringung eines Handlaufs an der Eingangstreppe zum Stadtbad Halle (Saale) mittels Vereinbarung der 3 Beteiligten: Förderverein, Stadt Halle (Saale) und BHG
- 4. Geldspende von Frau Helga Berglez, Friedrich-Hesekiel-Straße 6, 06132 Halle (Saale) in Höhe von 2.000 Euro für Tierarztkosten im Tierheim e. V. der Stadt Halle (Saale)

(PSP-Element 1.12213 – Tierheim Halle)

zu 7.14 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174.1 Riebeckplatz Ost -

Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04538

zu 7.14.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174.1 Riebeckplatz Ost -Aufstellungsbeschluss (VI/2018/04538)

Vorlage: VI/2018/04694

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

zu 7.14.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174.1 Riebeckplatz Ost -Aufstellungsbeschluss (VI/2018/04538)

Vorlage: VI/2018/04694

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß § 33 KVG LSA angezeigt: Manuela Hinniger

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Dem Beschlussvorschlag wird folgender Punkt 4 hinzugefügt:

"Die der Beschlussvorlage anhängige zusammenfassende Sachdarstellung und Begründung ist Gegenstand des Beschlusses zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 174.1 Riebeckplatz Ost."

2. Auf S. 7 der BV wird der Satz (nach dem 6. Anstrich)

"In Bezug auf das Maß der baulichen Nutzung sollen folgende Festsetzungen getroffen werden:"

ersetzt durch nachfolgenden Satz:

"In Bezug auf das Maß der baulichen Nutzung werden folgende Bedingungen festgelegt:"

3. Auf S. 7 der BV wird unter "3.2. Verkehrserschließung", Absatz 1, der letzte Halbsatz "Es wird daher das Ziel verfolgt, Planungsrecht für" ersetzt durch den nachfolgenden Halbsatz: "Es wird daher festgelegt"

- 4. Auf S. 7 BV unter "3.2. Verkehrserschließung", werden im 2. Anstrich die Worte "und/oder Lichtsignalanlagen" gestrichen.
- 5. Auf S. 7 der BV unter "3.3. Medientechnische Erschließung" Absatz 2 wird der 1. Halbsatz "Ziel der Planung soll daher sein," ersetzt durch nachfolgenden Halbsatz "Zur Planung wird daher festgelegt,"
- 6. Auf S. 8 der BV unter "3.4. Grünplanung" Absatz 2 wird der 1.Halbsatz

"Es wird daher das Ziel verfolgt,"

ersetzt durch nachfolgenden Halbsatz

"Es wird daher vereinbart,"

zu 7.14 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 174.1 Riebeckplatz Ost -Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VI/2018/04538

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß § 33 KVG LSA angezeigt: Manuela Hinniger

Der Stadtrat beschließt:

- 1. Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 174.1 "Riebeckplatz Ost " aufzustellen.
- 2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen und ist Teil des Geltungsbereichs des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 174. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 2,5 ha.
- 3. Das Planverfahren wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

4. "Die der Beschlussvorlage anhängige zusammenfassende Sachdarstellung und Begründung ist Gegenstand des Beschlusses zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 174.1 Riebeckplatz Ost."

Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis:

Die Ergebnisse der Arbeit des Begleitgremiums für den Bebauungsplan Nr. 174 sind zu berücksichtigen.

zu 7.15 Beschluss zur Berücksichtigung des Standortes Dieselstraße für ein SB-Warenhaus in der Fortschreibung des neuen Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04678

Herr Eigendorf sagte, dass sich die SPD-Fraktion am Standort Dieselstraße ein SB-Warenhaus vorstellen kann. Man sieht mit diesem Standort die Möglichkeit gegeben, die Situation für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Trotzdem gibt es immer noch Fragen, die zu klären sind. Dazu gehören Fragen wie die Auswirkung dieser Ansiedlung auf die anderen Standorte. Im Zuge des Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan können diese und weitere Fragen geklärt werden.

Herr Feigl empfahl dem Rat, der Vorlage nicht zuzustimmen. Es sollte eine geordnete Stadtentwicklung erfolgen.

Frau Winkler sagte, dass die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM der Vorlage zustimmen wird.

Herr Sänger sprach sich explizit für den Erhalt von Globus aus und warb um Zustimmung zur Vorlage.

Herr Schied sagte, dass man trotz der städtebaulichen Gegenargumente die Schaffung von 350 Arbeitsplätzen nicht außer Acht lassen sollte. Dieser Aspekt spricht für die Ansiedlung von Globus am Standort Dieselstraße.

Herr Raue sagte, dass sich seine Fraktion für die Vorlage aussprechen wird. Er merkte aber auch an, dass die vielen kleinen Unternehmen in Bruckdorf von Globus abhängig sind. Sollte sich kein neuer großer attraktiver Ankermieter in Bruckdorf finden, so wird dies auch Auswirkungen auf die kleineren Unternehmen haben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den für das SB-Warenhaus vorgesehenen Standort Dieselstraße als Sonderstandort SB-Warenhaus in der Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes gemäß den Beschlusslagen im Flächennutzungsplanänderungsverfahren Ifd. Nr. 30 "Sonderbaufläche Großflächiger Einzelhandel, Dieselstraße" und im Bebauungsplanverfahren Nr. 177 "Sondergebiet SB-Warenhaus Dieselstraße" zu berücksichtigen.

zu 7.16 Bebauungsplan Nr. 195 Neustadt, Wohnbebauung Muldestraße -

Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04258

zu 7.16.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 195 Neustadt, Wohnbebauung Muldestraße – Aufstellungsbeschluss" (Vorlagen-Nummer: VI/2018/04258)

Vorlage: VI/2018/04712

Herr Feigl brachte seinen Änderungsantrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Rebenstorf sagte, dass es sich um einen Aufstellungsbeschluss für ein Bebauungsplanverfahren handelt. Im Zuge der Planungen werden die Auswirkungen dieses Wohngebietes auf den sozialen Bereich geprüft. Das Anliegen des Änderungsantrages ist bereits in der Vorlage der Verwaltung berücksichtigt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

zu 7.16.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage "Bebauungsplan Nr. 195 Neustadt, Wohnbebauung Muldestraße – Aufstellungsbeschluss" (Vorlagen-Nummer: VI/2018/04258)

Vorlage: VI/2018/04712

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

20 Ja Stimmen 24 Nein Stimmen 2 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 3 wird ergänzt und erhält folgende Fassung:

3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele. Punkt 3.2 der Begründung "Städtebauliche Ziele" wird um einen Anstrich ergänzt: "- Schaffung von sozialer Infrastruktur (Schulen, Kitas etc.)".

zu 7.16 Bebauungsplan Nr. 195 Neustadt, Wohnbebauung Muldestraße -

Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04258

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 195 "Neustadt, Wohnbebauung Muldestraße" aufzustellen.
- 2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 3,89 ha.
- 3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
- 4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.
- zu 7.17 Änderung des Baubeschlusses Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße vom 28.09.2016, Vorlagen-Nr. VI/2016/02107 in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Vorlagen-Nr. VI/2016/02379 zum Baubeschluss Hochwasserschadensbeseitigung 2013 (HW 127) Talstraße, geändert durch den Beschluss VI/2018/03876 zur Änderung der Verkehrsführung des Rad-Fußgängerverkehrs Vorlage: VI/2018/04420

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses zur Fluthilfemaßnahme Nr.127 Talstraße hinsichtlich der Erhöhung der Investitionskosten auf 5.358.900 Euro.

zu 7.18 Änderung des Baubeschlusses VI/2016/02047 Ruderhaus am Ruderkanal -

Hochwasserfolgemaßnahme Nr. 286

Vorlage: VI/2018/04439

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses VI/2016/02047 zum Ersatzneubau des Vereinshauses und zur Sanierung der Nebengebäude und Außenanlagen am Objekt Ruderhaus am Ruderkanal in Halle (Saale) - Hochwasserfolgemaßnahme Nr. 286 mit einem erhöhten Kostenrahmen.

zu 7.19 Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring

Vorlage: VI/2018/03972

zu 7.19.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur

Beschlussvorlage "Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring"

(VI/2018/03972)

Vorlage: VI/2018/04535

Frau Dr. Brock führte in den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und bat um Zustimmung.

Im Weiteren bat Herr Lange um Abstimmung.

zu 7.19.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur

Beschlussvorlage "Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring"

(VI/2018/03972)

Vorlage: VI/2018/04535

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

- 1. Der Stadtrat beschließt die Umgestaltung der Freiflächen am Universitätsring unter folgenden Prämissen:
 - a) Die Planungen sind so zu gestalten, dass die Zahl der zu fällenden Bäume auf ein Minimum begrenzt wird. Fällungen sind jeweils einzeln zu begründen.
 - b) Die vorhandenen Gestaltungselemente aus Porphyr sind zu bergen und bei der Umgestaltung vor Ort wiederzuverwenden.
 - c) Im mittleren Bereich <u>und</u> im Umfeld der Betsäule ist die bisherige terrassierte Gliederung beizubehalten. <u>Die mittlere Treppenanlage ist zu erhalten und lediglich am oberen Ende mit einer behindertengerechten Rampe zu versehen. Somit wird der parallel zur oberen Straße geplante Weg behindertengerecht ausgeführt und endet oberhalb der Betsäule an der Ecke Unterberg.</u>
 - d) <u>Die westliche Rampe wird, wie in der Verwaltungsvorlage geplant, als radund kinderwagenfreundliche Wegeverbindung hergestellt.</u>
 - d) e) Das Robert-Franz-Denkmal verbleibt am Standort.
 - e) f) Bei der Gestaltung der Parkanlagen ist auf einen differenzierten Bewuchs in unterschiedlichen Wuchshöhen zu achten. Dieser sollte neben Bäumen auch Büsche beinhalten. Eine Wiese mit einzelnen Bäumen ist zu vermeiden.

2. Die überarbeitete Planung ist dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 7.19 Baubeschluss Freiflächengestaltung Universitätsring

Vorlage: VI/2018/03972

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Umgestaltung der Freiflächen am Universitätsring.

zu 7.20 Bebauungsplan Nr. 144 Wohngebiet an der Bugenhagenstraße -

Abwägungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04310

Herr Gernhardt sagte, dass die Fraktion DIE LINKE bereits zur Feststellung der Tagesordnung ihren Änderungsantrag zurückgezogen hat. Hintergrund ist, dass eine Umsetzung eine umfassende Neuplanung nach sich gezogen hätte. Er fragte, wie man zukünftig bei solchen Neubauten früher in den Planungsprozess Einblicke erhalten könnte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 144 "Wohngebiet an der Bugenhagenstraße" wird zugestimmt.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne der Öffentlichkeit, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die in ihren Stellungnahmen abwägungsrelevante Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

zu 7.21 Bebauungsplan Nr. 144 Wohngebiet an der Bugenhagenstraße -

Satzungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04311

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 144 "Wohngebiet an der Bugenhagenstraße", gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 06.08.2018 als Satzung.
- Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 09.10.2018 wird gebilligt.

zu 7.22 Bebauungsplan Nr. 88.3 Urbanes Gebiet am Thüringer Bahnhof - Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VI/2018/04402

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 88.3 "Urbanes Gebiet am Thüringer Bahnhof" aufzustellen.
- 2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 8,9 ha.
- 3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
- 4. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 88.3 "Urbanes Gebiet am Thüringer Bahnhof" werden die Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 88 "Altindustriestandorte Halle-Süd" (Aufstellungsbeschluss, Beschluss-Nr. 95/I-14/246) sowie zum Teilbebauungsplan 88.3 A "Spiritusfabrik / Thüringer Bahnhof, östlicher Teil" (Offenlagebeschluss, Beschluss-Nr. III/2004/03953) eingestellt. Diese Beschlüsse werden aufgehoben.
- zu 7.23 Verwendung der Mittel gemäß § 8 und §9 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt (ÖPVNG LSA) für das Jahr 2019 und die Höhe der Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen Vorlage: VI/2018/04527

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Verwendung der Mittel gemäß § 8 und § 9 ÖPNVG LSA und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen werden beschlossen.

zu 7.25 Änderung der Gebührensatzung der Stadtbibliothek der Stadt Halle (Saale) vom 27.09.2017 und Änderung der Gebührensatzung des Stadtmuseums Halle (Saale) mit den Standorten Oberburg Giebichenstein, Hausmannstürme und Roter Turm vom 26.02.2014 in Bezug auf die kostenfreie Nutzung der Einrichtungen von Inhaberinnen/Inhabern des Halle-Passes A

Vorlage: VI/2018/04427

Herr Borggrefe sprach sich im Namen der SPD-Fraktion für die Vorlage aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung der Stadtbibliothek der Stadt Halle (Saale)".
- 2. Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung des Stadtmuseums Halle (Saale) mit den Standorten Oberburg Giebichenstein, Hausmannstürme und Roter Turm".
- zu 7.26 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24

Vorlage: VI/2018/03930

zu 7.26.1 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zur Beschlussvorlage - Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 - Vorlagen-Nr.: VI/2018/03930

Vorlage: VI/2018/04657

Herr Schachtschneider brachte seinen Änderungsantrag ein und bat um Zustimmung.

Frau Ranft sagte, dass der Änderungsantrag im Bildungsausschuss und im Jugendhilfeausschuss umfangreich diskutiert und im Ergebnis abgelehnt wurde. Sie erläuterte, dass der Prozess zum Schulentwicklungsplan gut erfolgt ist, man muss nicht mehr Schulen schließen, sondern ist auf der Suche nach Ausweichstandorten und weiteren Gebäuden. Die Rückmeldungen der Schulen ergaben, dass diese im Prozess gut mit beteiligt wurden.

Im Zuge der Diskussion stellte man fest, dass die Sekundarschule Johann Christian Reil sehr gut saniert wurde, allerdings mehr als überfüllt ist. Die Verwaltung hatte dargelegt, dass der Schule erst Ende 2019 geholfen werden kann. **Frau Ranft** bat im Namen der Fraktion zu prüfen, ob der Prozess hier nicht beschleunigt werden könnte. Sie sprach sich gegen den Änderungsantrag aus.

Herr Schiedung sagte, dass die Sekundarschule Johann Christian Reil und die Grundschule Südstadt mittels eines Konzeptes entlastet werden müssen. Er bedankte sich bei der Verwaltung für die gute Zuarbeit und Vorlage der er erwarteten Schülerzahlen.

Im Weiteren bat Herr Lange um Abstimmung.

zu 7.26.1 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zur Beschlussvorlage - Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 - Vorlagen-Nr.: VI/2018/03930

Vorlage: VI/2018/04657

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Punkt 2.9 wird wie folgt ergänzt:

Der Stadtrat entscheidet über die endgültige Schulform bis 2022.

zu 7.26 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die

Schuljahre 2019/20 bis 2023/24

Vorlage: VI/2018/03930

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat stellt mit Beschluss den Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 (Anlage 1) fest.
- 2. Stadtrat beschließt Der auf der Grundlage des festgestellten Schulentwicklungsplanes und des darin ausgewiesenen Bedarfes Beschulungskapazitäten in den einzelnen Schulformen für den Planungszeitraum folgende Maßnahmen:
 - 2.1 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung der Grundschule Schimmelstraße am Standort Schimmelstraße 13-15, 06108 Halle (Saale) zum Schuljahr 2023/24 und die damit verbundenen Schulbezirksveränderungen der Grundschulen "Albrecht Dürer", "August Hermann Francke", Glaucha, "Gotthold Ephraim Lessing", "Karl Friedrich Friesen" und Neumarkt
 - 2.2 die Prüfung von befristeten Schulbezirksveränderungen für die Grundschulen "August Hermann Francke", Dölau, "Karl Friedrich Friesen" und "Ulrich von Hutten" ab dem Schuljahr 2020/21
 - 2.3 die Prüfung von Möglichkeiten zur räumlichen Entlastung der Grundschulen Johannesschule und "Ulrich von Hutten" sowie des Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasiums, des Georg-Cantor-Gymnasiums und der Sprachheilschule Halle

- bis zum 31.12.2019 und die Aufnahme der Prüfergebnisse in die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes
- 2.4 Schulbezirksveränderungen für die Grundschulen Friedenschule, Kanena/Reideburg, Nietleben, Radewell, "Wolfgang Borchert" ab dem Schuljahr 2019/20 und deren Beschluss im Rahmen einer Änderungssatzung der Schulbezirkssatzung
- 2.5 die Nutzung des Vorderhauses am Standort Regensburger Straße 35, 06132 Halle (Saale) durch die Sekundarschule Halle-Süd nach Beendigung der Nutzung als Ausweichstandort zur Beschulung der Schülerinnen und Schüler des Produktiven Lernens
- 2.6 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung der Sekundarschule Ottostraße am Standort Ottostraße 25, 06130 Halle (Saale) zum Schuljahr 2023/24 bzw. spätestens nach Beendigung der Nutzung als Ausweichstandort und den damit verbundenen Schulbezirksveränderungen
- 2.7 die Prüfung von Möglichkeiten zur räumlichen Entlastung der Sekundarschule "Johann Christian Reil"
- 2.8 die Schaffung von Bedingungen zur räumlichen Entlastung des Christian-Wolff-Gymnasiums durch den Bau eines Multifunktionsgebäudes am Campus Kastanienallee
- 2.9 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung der Integrierten Gesamtschule am Holzplatz zum Schuljahr 2023/24 bzw. spätestens nach Beendigung der Nutzung als Ausweichstandort
- 2.10 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung einer vierten Förderschule für Geistigbehinderte am Standort Ludwig-Bethke-Straße 11/12, 06132 Halle (Saale)

zu 7.27 Schülerbeförderungsvertrag Vorlage: VI/2018/04416

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister den Vertrag zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler der Stadt Halle (Saale) (Anlage) mit einem Gesamtwertumfang von 12.376.680,00 € zu unterzeichnen.

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Überdachung am Hauptbahnhof Vorlage: VI/2018/04551

Frau Ernst wies auf die Beratung im gestrigen Wirtschaftsausschuss hin. Die Verwaltung hat das Ansinnen der Antragsteller der Deutschen Bahn mitgeteilt. Der Oberbürgermeister hat sich mit Nachdruck in einem persönlichen Gespräch mit dem Konzernbevollmächtigen der Deutschen Bahn für das Ansinnen der Antragsteller eingesetzt. Eine Zuständigkeit des Stadtrates ist nicht gegeben. Die Verwaltung wertet den vorliegenden Antrag daher als Appell.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

- Der Stadtrat stellt fest, dass eine Überdachung der Bahnsteige 12/13 des Hauptbahnhofes dringend gebraucht wird. Denkmalrechtliche Gründe verbieten eine Überdachung nicht.
- 2. Die Bahn wird aufgefordert, im Zuge der laufenden Sanierungsmaßnahmen eine Überdachung für die Bahnsteige 12/13 zu errichten.
- 3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich mit Nachdruck bei der Bahn dafür einzusetzen, dass die Überdachung der Bahnsteige 12/13 erfolgt. Zudem soll der Oberbürgermeister für die Stadt bei der Bahn anregen, nicht überdachte S-Bahnhöfe im Stadtgebiet überdachen zu lassen.
- zu 8.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM für eine Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden Vorlage: VI/2018/04465
- zu 8.2.1 Änderungsantrag der AfD Stadtratsfraktion Halle zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM für eine Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden Vorlage: VI/2018/04726

Herr Lange

So, 8.2 – Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden. Gibt es Wortmeldungen? Herr Gernhardt, bitte.

⁻ Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Gernhardt

Ja, wir haben den Antrag vor zwei Monaten ja schon einmal hier im Rat gehabt. Da ist er auch sehr umfassend eingebracht worden. Wir haben ihn in zwei Ausschüssen diskutiert. Vieles ist nicht mehr zu sagen. Vielleicht eine Ergänzung, was vor zwei Monaten noch niedriger war, inzwischen sind es 2119 Menschen, die im Mittelmeer dieses Jahr ertrunken sind, von denen wir namentlich wissen. Die Dunkelziffer ist wesentlich höher. Die Notwendigkeit dieses Antrages und dieses Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit ist nach wie vor gegeben und umso dringlicher in der aktuellen Situation. Vielen Dank.

Herr Lange

Gut. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Raue bitte.

Herr Raue

Ja, es steht dem auch gar nichts entgegen. Also, wenn Sie möchten, dass aus Seenot gerettete Flüchtlinge, wenn Sie sie so bezeichnen, die ja eigentlich geschleust werden und die quasi vor Ort in Seenot geraten, noch quasi vor der Lybischen Küste, im Wissen darum, dass sie durch dort kreuzende europäische Rettungsflotten aufgenommen werden und in das europäische Sozialsystem integriert werden. Also, wenn Sie diese Menschen unterstützen wollen, dann machen Sie das doch einfach mit einer eigenen Spende. Dann nehmen Sie die Leute bei sich selbst auf, versorgen sie, geben eine Bürgschaft, dass die eventuell über die Jahre sich ansammeln aus Versorgung, Krankenversicherung, aus Bildung, aus Unterkunft, dass die nicht durch die Mehrheit der Gesellschaft getragen werden. Das kann ja jeder Stadtrat für sich selbst entscheiden. Gründen Sie einen Verein, sammeln Sie Spenden. Und wir wissen ja, so um die 13.000 Euro pro Person und Jahr kommen da mindestens zusammen. Ich denke sogar, dass es viel mehr sein wird. Dann sammeln Sie Spenden und stellen die Stadt und die Steuerzahler von einer Haftung frei. Dann kann auch jeder von Ihnen eine Person aufnehmen. Aber nehmen Sie doch nicht bitte immer die Hallenser und all diejenigen, die quasi das, was Sie jetzt gerade verteilen, mit Ihrer Arbeitskraft hart erarbeiten, nehmen Sie die doch bitte nicht immer in Haftung, in Fremdhaftung und stehlen sich aus der Verantwortung, die wieder nur Sie erkennen. Die aber in diesem Land sonst niemand hat. Stehlen Sie sich aus der Verantwortung und lassen andere für Ihre Ideologie bezahlen. Ehrlich gesagt, ich finde das verwerflich. Und das muss hier auch in diesem Stadtrat deutlich gesagt sein. Und aus dem Grund, bin ich auch hier in diesem Stadtrat, um so was einfach mal zu blockieren. Die Bundesregierung nimmt genug, wir haben genug Flüchtlinge aufgenommen. Und jeder, der dort noch in Seenot gerät, das ist keine wirkliche Seenot. Und die Kapitäne, die gelten auch zur Rechenschaft gezogen. Und das machen die Regierungen in Italien so. Früher hat das Spanien im Übrigen auch mal gemacht. Jetzt hat Spanien eine neue Regierung, haben die natürlich eine Flüchtlingsroute aufgemacht. Also, das passt eigentlich, ich hatte das auch vorhin schon drauf angestimmt, dass passt überhaupt gar nicht in unser städtisches Budget. Aus dem Grund bitte ich den Stadtrat ganz klar dem eine Absage zu erteilen. Wir stimmen in iedem Fall nicht dafür. Und dann muss ich fragen: Was ist eigentlich mit unserem Änderungsantrag? Wir hatten doch so einen wunderschönen Änderungsantrag dazu geschrieben, zur Resolution Seenotrettung. Der ist ja jetzt quasi gar nicht aufgerufen. Der ist mit aufgerufen wurden?

Herr Lange

Selbstverständlich.

Herr Raue

Okay, das heißt, über den Änderungsantrag stimmen wir sozusagen zuerst ab?

Herr Lange

Wie immer Herr Raue.

Herr Raue

Wunderbar Herr Lange. Vielen Dank nochmal für den Hinweis. Dann bitte ich natürlich das Haus, unserem Änderungsantrag zu folgen. Im Übrigen ist das quasi ja auch die Sicht der CDU auf ihrem Landesparteitag. Ich würde mir wünschen, dass insbesondere jetzt CDU/FDP diesem Antrag der AfD einfach mal zustimmen, um auch zu symbolisieren, wer hier neue Verantwortung ins Land holen will, der soll gefälligst als erster mal mit positivem Vorbild und aus eigener Kasse vornweg gehen und dann können wir alle mal überlegen, ob die Steuerzahler vielleicht doch bereit sind, Ihrem positiven Vorbild zu folgen. Aber ich glaube nicht, dass Sie so ein Vorbild abgeben wollen. Für mich sind Sie nicht vorbildhaft. Insofern, ich werbe ausdrücklich noch mal für unseren Änderungsantrag und bedanke mich.

Herr Lange

So, ich, Frau Müller hat sich, glaube ich, gemeldet dazu.

Frau Müller

Ich möchte hier einfach noch mal zwei Sachen feststellen. Wir reden ja in aller erster Linie über Menschen. Wir reden hier über oder wir müssen uns hier wirklich inhumanes Zeugs anhören, wo ich auch nicht mehr dazu bereit bin. Und ich möchte eins feststellen: Es gehen hier alle arbeiten, es bezahlen hier alle Steuern und es sollte nicht immer so getan werden, als ob hier immer nur andere für geflüchtete Menschen aufkommen müssen. Wir tun das hier genauso. Und wir tun das in dem Falle, zumindest, wenn ich für unsere Fraktion spreche, gerne. Danke.

Herr Lange

Gut. So. Herr Bernstiel.

Was denn jetzt? Na dann los, Herr Krause hat einen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Krause

Wir hören keine tiefgreifenden Argumente mehr. Wir hören die üblichen Parolen. Ich stelle Antrag auf Abbruch der Debatte.

Herr Nette

Gegenrede.

Herr Lange

Moment.

Herr Nette

Gegenrede.

Herr Lange

Erst, so, klein Moment. Bitte ...

Herr Nette

Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag.

Herr Lange

Herr Nette. Herr Nette ...

Herr Nette

Herr Nette. Die Debatte ...

Herr Lange

Herr Nette.

Herr Nette

Danke. Die Debatte ...

Herr Lange

Ich erteile Ihnen das Wort und nicht, Sie gehen ans Mikrofon und schreien: Gegenrede.

Herr Nette

Okay.

Herr Lange

Wenn Sie jetzt, jetzt frage ich erstmal: Gibt es Fürreden? Gibt es Gegenreden? Ich sehe, Herr Nette möchte eine Gegenrede halten. Dann bitte, Herr Nette. Und es geht nur um den Abbruch der Debatte.

Herr Nette

Vollkommen richtig. Die Debatte wurde nicht in den Ausschüssen ausreichend geführt. Auch in den Ausschüssen wurden die Debatten dazu abgebrochen. Und es wurde bisher im Finanzausschuss kein Wort darüber verloren, was uns dieser neue Antrag, diese Resolution kosten wird. Dazu hat die LINKE und die einbringenden Fraktionen keinerlei Aussage getroffen. Da redet man mal von 20, mal von 50, jetzt redet man von 2000, für die Beerdigungskosten bezahlt werden sollen. Ich weiß es nicht. Es gibt keine klare finanzielle Position der einbringenden Positionen, quatsch, Fraktionen, zu diesem Thema.

Herr Lange

So, jetzt haben wir erstmal eine Gegenrede gehört. So, jetzt lasse ich den Antrag auf Abbruch der Debatte abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Dann ist das bei einer Mehrheit von Jastimmen, vielen Nein-Stimmen und wenigen Stimmenenthaltungen so angenommen.

So, jetzt muss ich erstmal noch mal gucken. Jetzt ist die Debatte erstmal abgebrochen. Also, es ist wie es ist. Die Debatte ist jetzt abgebrochen mit einer Mehrheit von Stimmen und damit muss ich jetzt abstimmen lassen. Das will ich jetzt auch so tun. Herr Bernstiel, auch dafür gibt es eine Regelung in unserer Geschäftsordnung, dass Geschäftsordnungsanträge, wenn sie angezeigt werden, sozusagen, zuerst abzustimmen sind. Was? Nochmal! Gut. So, jetzt stimmen wir das ab. Wir haben den Änderungsantrag der AfD Fraktion. Wer dem Änderungsantrag der AfD Fraktion zustimmen will, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Damit ist das bei wenigen Ja-Stimmen, einigen Stimmenenthaltungen, wenigen Nein-Stimmen abgelehnt. Und wir kommen jetzt zum Antrag an sich. Wer dem zustimmt, bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Stimmenenthaltungen nochmal. Keine. Dann ist das ohne Stimmenenthaltungen, bei vielen Gegenstimmen aber mit einer Mehrheit von Ja-Stimmen so angenommen. Ja?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also, aus meiner Sicht möchte ich nur noch mal ergänzen: Im Prinzip kann so etwas nicht sein, wenn frühzeitig die Debatte abgebrochen wird. Da muss jeder eigentlich ausreichend Zeit haben. Möglicherweise müssen wir darüber nachdenken, ob wir unsere Geschäftsordnung diesbezüglich nochmal ändern, damit jeder auch ausreichend und jeder Fraktion ausreichend die Möglichkeit erhält zur Positionierung. Ansonsten muss man sagen, wäre das unmittelbar nach Beginn eines Tagesordnungspunktes möglich und man würde dadurch das Wort abschneiden. Also, wir sollten noch einmal darüber nachdenken.

Herr Lange

Ja, ich gebe zu, es hat mich auch irritiert. Aber das ist, wie es ist, jetzt.

- Ende Wortprotokoll -

zu 8.2.1 Änderungsantrag der AfD Stadtratsfraktion Halle zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM für eine Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden

Vorlage: VI/2018/04726

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat von Halle (Saale) erklärt seine Bereitschaft – zusätzlich zum üblichen Aufnahmeverfahren – speziell im Mittelmeer aus Seenot gerettete Menschen in Halle (Saale) aufzunehmen und sich gegenüber der Bundesregierung und im speziellen dem Bundesminister des Inneren, für Bau- und Heimat unter folgenden zwei Bedingungen dafür einzusetzen dies zu ermöglichen.

- Die zustimmenden Stadträte der antragsstellenden Fraktionen werden diesen Prozess durch eine zweckbestimmte Einzahlung von 2,6 Millionen Euro als Sicherheitsleistung auf ein dafür geschaffenes städtisches Konto initiieren. Diese dienen der Finanzierung von 10 Jahren Unterbringung, Versorgung, Krankenversicherung, Haftpflichtversicherung und Bildung der ersten zwanzig aus Seenot geretteten Menschen.
- 2. Um die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel, für den Fall entstehender Mehrkosten oder eines über 10 Jahre hinausgehenden Verbleibes dieser geretteten Menschen auszuschließen, werden die zustimmenden Mitglieder der antragstellenden Fraktionen vorab für jeden Geretteten eine rechtsverbindliche selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen.
- zu 8.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM für eine Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden Vorlage: VI/2018/04465

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat von Halle (Saale) erklärt seine Bereitschaft – zusätzlich zum üblichen Aufnahmeverfahren – speziell im Mittelmeer aus Seenot gerettete Menschen in Halle (Saale) aufzunehmen und sich gegenüber der Bundesregierung und im speziellen dem Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat dafür einzusetzen, dies zu ermöglichen.

zu 8.6 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Einrichtung

von Reisebusparkplätzen am Salzgrafenplatz Vorlage: VI/2018/04473

Vollage: VI/2010/044/3

Herr Wolter erläuterte kurz das Ansinnen des Antrags und warb um Zustimmung.

Frau Hinniger sagte, dass es schade ist, dass der Salzgrafenplatz an dieser Stelle keine Ausweichmöglichkeit vorzeigen kann. Reisebusse am Hallmarkt sind für den Verkehr störend und auch optisch stellen sie einen Mangel in der ganzen Aufwertung dieses Platzes dar. Man würde sich freuen, wenn sich die Verwaltung mit der Thematik noch einmal auseinandersetzt. Der Platz ist groß genug und nicht immer mit Ständen bestellt. Vielleicht ist eine attraktive Lösung möglich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Träger der Straßenbaulast und dem Eigentümer der Fläche am Salzgrafenplatz die Möglichkeit zu schaffen, am Standort Parkplätze für Kraftomnibusse/Reisebusse einzurichten. Die neu geschaffenen Parkflächen ersetzen die Stellplätze in der Salzgrafenstraße am Hallmarkt.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE, der CDU/FDP und des Oberbürgermeisters zur Einführung eines kostenlosen ÖPNV Schülertickets Vorlage: VI/2018/04662

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bis März 2019 eine Beschlussvorlage vorzulegen, die die Einführung eines für die Nutzer*innen kostenlosen Schülertickets für alle Schüler*innen mit Wohnsitz in Halle (Saale) zum Inhalt hat. Dabei ist eine schrittweise Preisabsenkung bis zur Kostenfreiheit in einem Zeitraum von 3 Jahren vorzusehen.

Die finanziellen Aufwendungen sind darzustellen und in den Haushaltsplanentwürfen 2020 ff. einzuplanen. Weiterhin sind Landes-, Bundes- und EU-Fördervarianten zu prüfen und einzubeziehen.

Die Notwendigkeit zur Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen oder Zusatzfahrten für den Schülerverkehr sind in Zusammenarbeit mit der HAVAG zu prüfen und ausführlich darzulegen.

zu 9.2 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Resolution gegen den Verkauf der Neuen Residenz durch das Land Sachsen-Anhalt

Vorlage: VI/2018/04661

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

9.1 – Antrag MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Resolution gegen den Verkauf der Neuen Residenz durch das Land Sachsen-Anhalt. Hier kann gesprochen werden. Herr Wend bitte.

Herr Dr. Wend

geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Sehr Stadtratskolleginnen und Kollegen, wir haben das Thema Neue Residenz in diesem Rat oft genug gewälzt und ich glaube, der Stadtrat hat oft genug durch Anfragen, durch Anträge, durch Nachhaken klar gemacht, wie wichtig dieser Gebäudekomplex für diese Stadt ist, für ihr historisches Gedächtnis. Das ist ein einmaliges Gebäudeensemble, das sucht man nördlich der Alpen, auch in anderen bedeutenden Städten. Und wir haben bisher eigentlich immer nur, sage ich mal, abwartende distanzierende "man weiß noch nicht Antworten" gehört. Ich bin ja immer der festen Überzeugung, dass es deutlich mehr Wissen gibt, als wir in unseren kurzen Vorlagen oder sonst immer drin stecken haben. Es kann nicht sein, dass dieses Gebäude in private Nutzung fällt. Dieses Gebäude muss mit aller Kraft für die Stadt erhalten sein. Erhalten bleiben. Man kann über Co-Nutzung wie auch immer nachdenken. Auch uns ist bewusst, dass man viel Geld in die Hand nehmen muss, um dieses Gebäude zu erhalten. Aber, wenn man seinen Geist und die Ideen einmal fliegen lässt, dann kann man auch auf gute Ideen kommen. Deswegen ist es so wichtig, die neue Residenz muss für diese Stadt erhalten werden, die darf nicht verkauft werden. Und wir bitten den Oberbürgermeister, der hoffentlich in diesem Moment auch zuhört, dass verstärkt dem Land gegenüber klar zu machen. Und ich bitte auch an alle Beteiligten, und da nehme ich mich nicht aus, die ihre Parteifreunde in den entsprechenden Landtagsfraktionen haben, dort bei der Hand zu nehmen und klar zu sagen, was wir hier für Halle möchten. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu dieser Resolution. Danke.

Herr Lange

Gut. Herr Scholtyssek bitte.

Herr Scholtyssek

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wir stellen den Antrag auf Erledigung in der Sache. Es bedarf diesen Antrages nicht. Wir teilen natürlich Ihre Einschätzung, dass es ein sehr wichtiges Gebäude in der Stadt Halle ist, für die Geschichte der Stadt, auch darüber hinausgehend. Es gibt im Moment aber gar keine Verkaufsabsichten seitens des Landes. Wir haben nachgefragt. Diese Meldung ist über zwei Jahre alt. Insofern stellt sich schon die Frage, warum Sie jetzt hier diesen Antrag bringen. Das ist reiner Wahlkampfpopulismus, um die Leute zu verunsichern. Sie wollen was Gutes tun, was eigentlich überhaupt real nicht zur Debatte steht. Insofern ist das erledigt. Es gibt im Moment keine Verkaufsabsichten. Das Land ist im Gespräch mit verschiedenen möglichen Nutzern. Konkretes kann man dazu noch nicht sagen. Aber dieses Antrages bedarf es einfach nicht. Deswegen der Antrag auf Erledigung.

Herr Lange

Herr Feigl.

Herr Feigl

Ich möchte noch mal für deutliche Unterstützung für diesen Antrag werben.

Herr Lange

Herr Feigl, kurze Unterbrechung. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass das Fotografieren aus dem Zuschauerraum heraus nicht erlaubt ist. Ich glaube, der Herr in der ersten Reihe hat fotografiert. Ich würde Sie bitten, die Fotos zu löschen und das dem Ordnungsamt auch zu zeigen, dass das erfolgt ist.

So, dann Herr Feigl haben Sie das Wort.

Herr Feigl

Ja, zweiter Versuch. Ich möchte nochmal für diesen Antrag werben. Gleichwohl wir, was die aktuellen Stände, bisschen im Dunkeln tappen, was aktuell jetzt gerade an Verhandlungen läuft und mit welchen Ausgang oder auch mit welcher Zielrichtung, die hier verfolgt werden. Aber dieses klare Signal der Stadt, das klare Signal, dass uns dieses Baudenkmal sehr am Herzen liegt, das sollten wir auf jeden Fall hinaussenden. Und wir sollten uns Gedanken darüber machen, vielleicht parallel dazu, im Anschluss daran, ob wir vielleicht selbst Ideen in der Lage sind zu entwickeln, was an dieser Stelle – können Sie mir bitte die Gelegenheit geben, dass ich ausreden kann?

Herr Lange

Herr Bönisch, machen Sie keine Zwiegespräche.

Herr Feigl, sprechen Sie mal weiter.

Herr Feigl

Danke. Also, dieses klare Signal würde ich ganz gerne nach draußen senden und am Ende muss uns auch klar sein, haben wir die Gelegenheit, wenn ein Verkauf dann wirklich anstehen sollten, den wir hier nicht wollen, dass wir als Stadt dann auch ein Vorkaufsrecht haben. Auch darauf sollten wir uns vorbereiten und ein klares Signal auch rausgeben. Wir haben Ideen an dieser Stelle, wir haben eine Vision an dieser Stelle. Ich krieg die Krise hier! Also, ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag, auch wenn die CDU hier es nicht unterlässt, hier ständig dazwischen zu quatschen. Ich denke, wir sind mit diesem Antrag auf einem guten Weg und wir sollten den so abstimmen. Dankeschön.

Herr Lange

Gut, so. Sie helfen uns alle bei der Länge der Tagesordnung, wenn wir das konzentriert abarbeiten. Und jetzt ist Herr Gernhardt dran. Bitte? Hat sich gerade erledigt. So, dann Herr Wolter, bitte. Wie bitte? Wer ist dran?

Herr Scholtyssek

Ich hatte den Antrag gestellt auf Erledigung.

Herr Lange

Sie haben Antrag gesagt?

Herr Scholtyssek

Ja!

Herr Lange

Entschuldigung, das habe ich wirklich nicht gehört. Es tut mir leid, ich habe es nicht gehört. Für gewöhnlich machen wir mit Geschäftsordnungsanträgen so. Ist ja gut. Das nächste Mal klappt das. Und Herr Wolter, dann machen wir jetzt doch erstmal den Geschäftsordnungsantrag, ja. Genau. Es sei denn, Sie möchten gegen die Erledigung noch sprechen. Das hat Herr Feigl gerade gemacht aber in einem längeren Vortrag. Und dann

können wir das jetzt abstimmen. Wer der Erledigung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Damit ist das nicht erledigt. Jetzt Herr Wolter.

Herr Wolter

Dankeschön Herr Vorsitzender. Ich wollte nur noch mal klar stellen, dass die Ausführungen von Herrn Feigl natürlich weit über den von uns vereinbarten gemeinsamen Antrag hinausgehen, weil sie sozusagen eine Idee, sage ich mal, werfen, die in irgendeiner Form auch, sage ich mal, die Stadt in eine planerische oder sogar Eigentümerpflicht nimmt. Das ist nicht Gegenstand des Antrages, sondern es geht hier ganz klar, dass wir hier gemeinsam mit dem Oberbürgermeister dafür Sorge tragen, dass das Land sich verpflichtet fühlt, alle Planungen, die bezogen auf die Residenz stattfinden, gemeinsam mit der Stadt zu diskutieren, zu besprechen und vor allen Dingen nicht dort in irgendeiner Form etwas zu aktivieren, was zu Verkaufsabsichten, in egal welchen Formen geht. Und es ist schon überraschend, dass genau das, wir sind ja, wie Sie wissen, eine Parteilos, weil Sie gesagt haben, die Parteifreunde wurden da jetzt, sage ich mal, die Genossinnen und Genossen sollten angesprochen werden, die da im Landtag vertreten sind. Das ist natürlich so, dass die CDU genau das Ministerium ja führt, was im Landtag mit dem Staatsminister Herrn Robra, der genau nach, sage ich mal, unseren kleinen Fraktion vorliegenden Information, genau diese Gespräche im Moment versucht zu aktivieren, weil er dort sozusagen kein Interesse hat, dort in irgendeiner Form ein Nutzungskonzept von Landesseite her zu unterstützen. Alle Überlegungen, Herr Bernstiel, waren sozusagen die genau zum Beispiel vom Kunstmuseum Moritzburg aus dort in Richtung des Ministeriums gelegt wurden. Wir können uns vorstellen, eine Nutzung auch wieder zu aktivieren, wurden eben blockiert von Seiten des Landes. Und ich sage Ihnen, ich wundere mich, dass wir hier nicht gemeinsam anstehen, wenn Herr Scholtyssek hier ausführt, das ist uns ja auch bekannt, dass es anscheinend aus dem Landesbetrieb, genauso wie auch aus dem Finanzministerium, dort Gespräche laufen, um, sage ich mal, das Feld in irgendeiner Form zu überprüfen, wer könnte eventuell als potenzieller zukünftiger Investor und so weiter dort aktiv werden. Und Sie wissen genau, dass die Gespräche an dem Punkt klar politisch mit einem Signal versehen werden müssen. bevor es dazu kommt. Wir werden doch sozusagen dann genau wieder das erleben ansonsten, was wir zu anderen Denkmälern hier in der Stadt erlebt haben, wo dann ein Investor mit einem Plan da ist oder wo ein Ausschreibungsverfahren schon läuft. Da sind wir doch zu spät. Das wissen wir doch auch. Das heißt sozusagen, wir müssen vorher signalisieren, wir wollen einen anderen Weg eingehen, wir wollen ein Interesse definieren und um mehr geht es nicht. Und ich würde die CDU bitten, sich einfach sozusagen an der Resolution zu beteiligen und dem zuzustimmen, weil ich glaube, das ist ein wichtiges Zeichen, das wir hier mehrheitlich oder zumindest mit einer großen Mehrheit, im Idealfall mit einer Einstimmigkeit, sagen, das interessiert uns. Und das haben Sie ja auch selbst definiert, Herr Scholtyssek, dass die CDU grundsätzliches, sage ich mal, Interesse hat, dass wir hier über die Zukunft der Neuen Residenz sprechen.

Herr Lange

So, Herr Bönisch noch mal, bitte.

Herr Bönisch

Ich möchte nur auf einen Umstand hinweisen, der mich dabei beunruhigt. Und zwar, ich weiß nicht, ob es fahrlässig oder absichtlich so formuliert wurden ist, mit dem bestimmten Artikel: Resolution gegen den Verkauf. Man kann in der deutschen Sprache auch unbestimmte: einen Verkauf. Dann wäre das so eine prinzipielle Erklärung, wir wollen nicht, dass das verkauft wird. Wenn hier steht: Gegen den Verkauf, dann klingt das ganz genauso für den der deutschen Sprache mächtigen Leser, aha, da steht ein Verkauf an und dagegen richten wir uns. Dann sein Sie jedenfalls so fair, dass mit einem unbestimmten Artikel zu versehen. Dann kommt es noch wenigstens sozusagen, ja dieser prophylaktischen Intention entgegen und nicht diesem: Ja, da steht jetzt gerade ein Verkauf an durch die Leute da vom Land und

das wollen wir verhindern. Also ein unbestimmter Artikel, das wäre meine Bitte, dass Sie das so verändern. Ich werde mich da nicht einbringen.

Herr Lange

Okay. Herr Bernstiel noch mal und dann Herr Nette und dann Herr Wolter.

Herr Bernstiel

Ich gucke erstmal, ob hier irgendiemand einen Geschäftsordnungsantrag stellt, nicht, dass ich hier wieder in letzter Sekunde abgewürgt werde. Ja, es ist schon traurig, Demokratie versteht nicht jeder aber es sei drum. Auf jeden Fall, zum Thema Neue Residenz, es ist wieder mal so ein Antrag, wo man sich wirklich fragen muss, was ist damit eigentlich bezweckt. Und ich gucke jetzt mal leider auch mal zum Koalitionspartner, zumindest im Land, zur SPD und auch zu den Grünen. Offensichtlich ist die Kommunikation zu Ihren Landespolitikern nicht so gut, weil, wenn sie so wäre, dann wüssten Sie, dass es null und keinerlei Bestrebungen gibt, aktuell dieses Objekt zu verkaufen und Sie wüssten auch, dass das Land schon mit der Stadt auch in, natürlich nicht in so großen Gesprächen, in Verhandlungen ist, und auch schaut, wie man die Neue Residenz nachnutzen kann. Wie es meine Vorredner schon gesagt haben, mit Ihrem Antrag erwecken Sie den Eindruck, dass hier eine Gefahr in Verzug wäre, auf die wir reagieren müssten und Sie machen damit eine Debatte auf, die völlig unsinnig ist. Und das, was Sie uns hier unterstellen wollen, dass wir kein Interesse haben an der Neuen Residenz und die zu erhalten und auch für die Bürgerinnen und Bürger offen zu halten, das ist einfach schlichtweg falsch. Und dann merkt man hier in diesem Stadtrat, auch bei dem Abstimmungsverhältnis zuvor, dass sich hier offensichtlich der Wahlkampfblock schon geformt hat und dass das hier nichts mehr mit Sachpolitik zu tun hat. Eine andere Erklärung gibt es nicht. Und wir lehnen diesen Antrag deshalb ab, weil wir sagen, wir müssen das mal wieder auf eine Sachebene runter führen und wir fangen nicht an über Dinge zu reden, die noch überhaupt gar nicht Spruchreif sind. Und irgendwelche Signale auszusenden über Themen, die kein Mensch aufgemacht hat. Und deshalb werden wir diesem Antrag nicht zustimmen und nicht, weil Sie uns hier irgendetwas unterstellen wollen. Bitte, nehmen Sie noch einmal Kontakt mit Ihren Landespolitikern auf. Nehmen die Themen, die auch reell sind, beschäftigen wir uns damit. Ich glaube, damit haben wir genug zu tun. Dankeschön.

Herr Lange

Herr Nette.

Herr Nette

Die Neue Residenz hat seit 20 Jahren kein vernünftiges Nutzungskonzept. Ja, es ist ein Landeseigentum aber wir machen nichts damit. So, also können wir es doch eigentlich auch in das Konzept der Freiraum, ja, in das Konzept der Freiräume mit integrieren.

Herr Lange

So, gibt es jetzt? Herr Wolter noch.

Herr Wolter

Ich danke Herrn Bönisch für den Hinweis. Das ist vielleicht, sozusagen ein Eindruck der entsteht. Über die Verwendung von bestimmten und unbestimmten Artikeln können wir uns gerne noch einmal unterhalten, aber wir würden den Vorschlag als antragsstellende Fraktion übernehmen und aus dem "den" ein "einen" machen, damit es sozusagen eine allgemeine und offene Formulierung ist. Wir haben uns da sozusagen über den Blickkontakt kurz verständigt. Das nehmen wir gerne, solche Hinweise nehmen wir gerne auf. Wir unterstellen der CDU gar nichts, glaube ich, als antragsstellende Fraktion. Also wir haben da überhaupt kein Interesse dran. Es ging ja jetzt sozusagen von Ihrer Seite aus, dass Sie sagen, wir wollen gerne erklären, dass es abgeschlossen ist. Und erlauben Sie mir auch den kleinen Hinweis, es gibt Mitarbeiter im Landesbetrieb, die Sie auch kennen, sozusagen, die Mitglied

in der CDU sind, die genau mit anderen Informationen zu uns kommen und sagen, es gibt da im Moment konkrete Gespräche mit Investoren. Das ist natürlich nicht ein Verkaufsvorgang und insofern würde ich mich freuen, wenn Sie auch den Kontakt zu Ihren Parteimitgliedern führen, die sozusagen im Gespräch sind mit anderen Leuten auch außerhalb er Partei. Insofern bitte ich um Zustimmung des jetzt geänderten Antrages.

Herr Lange

So, jetzt Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Wend

Also, ich fand jetzt den eigentlich wesentlichen Beitrag aus der CDU-Fraktion war der von Herrn Bönisch. Den finde ich auch sehr sinnvoll und sprachlich korrekt. Es ist kein Wahlkampf. Kann ich jetzt sagen. Kann man mir glauben oder auch nicht. Wenn Sie genau hingucken, es gibt hier ein paar Leute, denen das Ding sehr am Herzen liegt, wir haben das immer gesagt. Und Sie wissen auch, dass die Signale aus der Landesregierung auch nicht immer eins zu eins durchgegeben werden. Und deswegen ist es schon sinnvoll, wachsam zu sein. Und es fällt Ihnen von der CDU-Fraktion jetzt auch kein Zacken aus der Krone, für dieses Ding mitzustimmen. Das liegt Ihnen doch auch am Herzen oder ist es Ihnen Wurst, was aus dem Teil passiert? Und es kann ja einen Verkauf geben, der eine super sinnvolle Nutzung mit einem Investor passiert, wo man das öffentlich nutzen kann das Ding und es sehr super funktioniert. Das ist alles möglich. Uns geht es darum, dass das für die Stadtgemeinschaft nicht verloren geht. Und wenn Sie da jetzt nicht mit zustimmen können, dann tut es mir um Sie ganz ehrlich gesagt sehr Leid. Also, geben Sie sich einen Ruck, stimmen Sie dem Ding zu. Dankeschön.

Herr Lange

Frau Müller.

Frau Müller

Ja, es ist jetzt alles gesagt. Ich wollte auch nur noch mal zu Herrn Bernstiel sagen: Herr Bernstiel, es geht doch nicht immer nur darum letzten Endes eine Entscheidung zu treffen, wenn es spruchreif ist. Ich finde, bei so einer Sache, kann man doch einfach mal eine Grundsatzhaltung haben und die kann man jederzeit beschließen und das kann man auch jetzt machen.

Herr Lange

Gut. So. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann, ja? Was ist jetzt, ich habe es nicht verstanden. Das ist jetzt geklärt, dass in der Überschrift Resolution. Ja? Bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also, ich wollte nochmal deutlich machen, dass wir jetzt über eine halbe Stunde über einen Tagesordnungspunkt diskutieren, für den wir gar nicht zuständig sind. Und von daher ist das eine sehr spannende Diskussion, die wir momentan führen. Das ist so, als ob wir über den Landeshaushalt diskutieren des Landes. Von daher können wir gerne diese Diskussion weiterführen.

Herr Lange

Okay. So. Es steht ja deutlich drüber, dass es eine Resolution ist. Also ein Appell an einen bestimmten Partner. Wir ... Herr Wolter, Sie ändern jetzt oben in der Überschrift das Wort "den" durch "einen". Machen Sie das im Beschlusstext im ersten Satz auch? Ja! Na, ich will es nur wissen, damit wir es ordentlich im Protokoll haben. Also an diesen beiden Stellen ist das dann entsprechend geändert. Hinter "grundsätzlich gegen den einen". Habe ich doch gerade gesagt "einen". Ja, mein Gott, dass kriegen die noch hin. Ja. Also, ich habe es jetzt jedenfalls hier. Sie wissen jetzt alle, was Sie abstimmen. Gibt es, dann frage ich Sie, wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Die

Stimmenenthaltungen? Dann ist das bei einigen Stimmenenthaltungen, wenigen Gegenstimmen, mehrheitlich so angenommen.

- Ende Wortprotokoll -

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich ausdrücklich und grundsätzlich gegen einen Verkauf der Neuen Residenz durch das Land Sachsen-Anhalt aus. Der Oberbürgermeister wird als Vertreter der Stadt Halle (Saale) beauftragt, diesen Standpunkten in Gesprächen mit dem Land zu vertreten und sich dafür einzusetzen, dass die Neue Residenz als bedeutendes kulturhistorisches Bauwerk nachhaltig durch das Land Sachsen-Anhalt saniert und einer angemessenen Nutzung zugeführt wird.

zu 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Kulturelle Freiräume entwickeln"

Vorlage: VI/2018/04664

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Lange

9.3 - Antrag Fraktion DIE LINKE "Kulturelle Freiräume". Hierzu kann gesprochen werden. Ich sehe Frau Müller dazu. Bitte.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, seit vergangenem Freitag ist die Situation in der Hafenstraße 7 eine andere. Ging dann doch schneller als wir dachten. Aber eine Intention unseres Ursprungsantrages ist damit schon quasi erfüllt, nämlich die Situation dort vor Ort ohne Eskalation, ohne weiteren Polizeieinsatz zu verhindern. Das ganze ging einher mit einem neuen legalen Raum für die HaSi-Bewohner. Insofern sind wir damit zufrieden und sagen mal: Das ist gut so! Unser Antrag ist damit nicht hinfällig. Wir haben ihn entsprechend modifiziert und der aktuellen Weltlage, oder Stadtlage besser gesagt, angepasst. Wir wollen trotzdem das soziokulturelle, die Hafenstraße Nr. 7, das Objekt Hafenstraße Nr. 7 als soziokulturelles Projekt oder Objekt in dem Sinne erhalten. Also sprich als ein Objekt, was weiterhin von Vereinen und Initiativen genutzt werden kann. Wir glauben, dass die Debatte um die HaSi eine notwendige Debatte war für Halle, wenn auch eine vielleicht auch hier und da unbequeme. Wir sind der Meinung. dass die Finger in die richtigen Wunden gelegt wurden. Nämlich die Frage nach fehlendem kulturellem Freiraum in Halle, nach fehlenden Möglichkeiten, nach fehlenden Objekten. Und auch der Finger in die Wunde, was ich jetzt mal unter dem ganzen Begriff Gentrifizierung zusammenfasse.

Ich glaube, dort ist eine wichtige Debatte angestoßen wurden und ich möchte es hier auch noch einmal ganz deutlich sagen. Auch wir haben das Verhalten und ich sage mal die B-Note und die Performance der HaSi-Leute nicht unkritisch gesehen. Sehen die auch nach wie vor nicht unkritisch aber es geht hier auch um eine Sache, das muss man dann auch mal trennen können voneinander. Deshalb wollen wir, dass die Planung, dort ein Wohnen für mittelständische Familien, Eigentumswohnungen einzurichten, zunächst auf Eis gelegt werden. Wir glauben, dass wir uns jetzt hier an der Stelle auch erstmal nichts verbauen.

Wir möchten, das sozusagen diese Planungen auf Eis gelegt werden, solange ein kultureller, ein "Runder Tische Kulturelle Freiräume" in Halle tagt. Diesen wollen wir hier genauso initiieren. Und dort kann sich dann auch zeigen, ob und wie dieses Objekt auch künftig genutzt werden kann. Und ich glaube, an dieser Stelle sollte man auch diese Zeit einräumen und hier auch nicht weiter planen zunächst. Zum Runden Tisch: Es soll sozusagen ein Gesamtkonzept für eine Freiraumkultur in Halle geben. Das wollen wir deshalb, weil eben auch das Beispiel HaSi gezeigt hat, dass es eben nicht nur die HaSi Leute betrifft, sondern auch ganz viele andere Vereine in Halle. Solche Vereine, die entweder schon aus ihren Objekten verdrängt wurden oder die nie einen Platz bis jetzt in Halle gefunden hatten, um dort ihre Ideen zu verwirklichen. Wir sind der Soziokultur, das ist ein weit gefächerter Begriff, es geht da um ganz viel. Es geht um Kultur, es geht auch um solche Sachen wie Stadt Gardening, es geht vielleicht auch um Bands, die Proberäume suchen. Ich glaube, so was kann an diesem Runden Tisch ganz vielfältig diskutiert werden.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrer Stellungnahme gesagt, Sie lehnen das alles ab, weil diesen Runden Tisch gibt es schon. Also nicht das Sie das inhaltlich ablehnen, sondern unseren Antrag, weil es diesen Runden Tisch schon gibt. Da sagen wir: Soviel hat man da jetzt von Ihnen auch noch nicht gehört. Und Ihre Reaktion ist: § 66 KVG - Der Stadtrat hat nichts vorzuschreiben. Da kann ich mal sagen, dass kann man so machen. Ich darf trotzdem an der Stelle fragen: Was soll das? Letzten Endes wollen wir hier offensichtlich das Gleiche und ich glaube, es ist, also wir haben jetzt auch schon Rücksicht genommen auf ihren Tanzbereich, indem wir Letzten Endes das auch noch mal umformuliert haben. In dem wir jetzt auch nicht sagen: Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister einen Runden Tisch zu initiieren. Sondern in dem wir sagen: Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister. So. Vielleicht trägt das ein bisschen dazu bei, dass wir hier an der Stelle auch gemeinsam vorwärts kommen.

Wir sind einfach auch der Meinung ein Runder Tisch, den Sie hier im stillen Kämmerlein initiieren, womöglich auch wieder mit einem erlauchten Kreis, da kommen wir an der Stelle auch nicht vorwärts. Wir möchten gerne, dass auch die Stadtratsfraktionen mit eingebunden werden. Weil wir glauben auch, dass das Ganze auch durch die Stadtratsfraktionen, zumindest die, die sich auch daran beteiligen wollen, bereichert wird. Jeder kennt irgendwie Initiativen in dieser Stadt, die sich auch mit beteiligen können und sollten. Und ich glaube, da kann eine Zusammenarbeit auch einfach nur mehr Expertise bringen, als wenn Sie sich, wie gesagt, mit ihrem auserwählten Kreis in ein stilles Hinterzimmer verziehen. Deswegen die ausdrückliche Bitte. Ich kann letzten Endes nur noch mal insgesamt appellieren, unserem Antrag zuzustimmen. Wir wollen wirklich das ganze hier nach dieser Debatte um die HaSi hier in Halle aufgreifen. Es ist ein Thema in Halle, ich glaube, da kommt auch Stadtpolitik nicht mehr drum herum.

Herr Lange

Frau Müller, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Frau Müller

Das war es auch schon. Ich bitte einfach nur um Zustimmung zu unserem Antrag. Herzlichen Dank.

Herr Lange

Frau Ernst zuerst, ja. Bitte, Frau Ernst.

Frau Ernst

Frau Müller, wie vorhin in der Einwohnerfragestunde schon dargestellt, gibt es diesen Teilnehmerkreis, der sich mit den Fragen von möglichen Freiräumen beschäftigt. Insofern lade ich auch Sie sowie den Studierendenrat, der sich vorhin für das Thema interessiert hat,

ein, in dieser Runde mit zu tun. Da tagt niemand im Hinterzimmer. Also es ist ein offener Kreis und insofern, wenn Sie dort gern mit tun würden, die herzliche Einladung, sich zu beteiligen. Das Gremium tagt bereits, es beschäftigt sich bereits mit dem Thema und insofern sind die Punkte, die Sie hier aufführen, streng genommen auch erledigt. Bis auf den ersten Punkt.

Herr Lange

Frau Dr. Wünscher.

Frau Dr. Wünscher

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, wir machen da nahtlos weiter, wo wir beim vorherigen Punkt aufgehört haben, wir mischen uns hier in das operative Geschäft, zwar einer städtischen Gesellschaft ein, aber immerhin einer städtischen Gesellschaft. Und wir haben eine Menge erlebt zur HaSi und Sie wollen das ja Flächendeckend über die ganze Stadt gestalten, solche soziokulturellen Freiräume zu installieren. Ich denke, wir haben heute gerade den Haushalt beschlossen. Es braucht Räume, es braucht Geld dafür, um das zu bewerkstelligen, wenn dann überhaupt. Und deshalb verweise ich diesen Antrag in den Kulturausschuss, in den Sozialausschuss und in den Finanzausschuss.

Herr Lange

So, der Antrag ist jetzt erstmal in drei Ausschüsse verwiesen. Ja, sofort Herr Oberbürgermeister. Das bedeutet, dass aus jeder Fraktion jetzt noch eine Person reden darf. Der Oberbürgermeister ist aber zuerst dran.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Unabhängig der Verweisung wird die Arbeit am Runden Tisch, die wir bereits eingeleitet haben, so wie Sie es eben gehört haben, fortgesetzt.

Herr Lange

So, jetzt müssen wir erstmal auf die Rednerliste gucken. Jetzt ist erstmal Herr Krause dran, dann müssen sich Herr Raue und Herr Nette einigen, wer reden möchte, und dann ist Herr Wolter dran. Bitte.

Herr Krause

Ich finde es schade, das Sie den verwiesen haben, weil der Antrag ist ziemlich eindeutig. Es bedarf aus unserer Sicht für diese grundsätzliche Intension, die im Antrag drin steht, keiner weiteren Diskussion, sondern nachher bei der Ausführung, wenn ein Konzept vorliegt, wenn Vorstellungen vorliegen, dann muss man über finanzielle Konzeptionen oder Konsequenzen reden. Das ist an der Stelle wahrscheinlich noch etwas zu früh. Wir als Fraktion haben uns bewusst, unsere Argumente sind bekannt, gegen den Standort in der Hafenstraße 7 ausgesprochen. Haben viel Kritik dafür bekommen aber auch viel Zustimmung, weil wir auch kritisiert haben, wie das passiert ist, die Verfahrensweise und die Bedingungen vor Ort. Wir haben daraufhin einen Änderungsantrag gestellt, der beinhaltet hat, einen alternativen Standort. Dem ist damals nicht zugestimmt wurden. Und im Nachhinein haben wir Recht behalten. Es ist tatsächlich so gekommen, wie wir das eigentlich von vornherein gesagt haben. Es ist nur so, bei einigen Leuten stimmt offensichtlich, wenn sie das Wort "soziokulturelles Zentrum" hören, gleich das Feindbild. So muss ich das mal so drastisch ausdrücken. Und hier gilt es aber zu differenzieren. Wir brauchen Freiräume in unserer Stadt für soziales Engagement und soziokulturelles Engagement. Das ist gar keine Frage. Und da muss man, wenn es sozusagen, so verhärtet ist, darüber reden, was versteht man eigentlich darunter. Wir verstehen möglicherweise anderes als andere Teile des Stadtrates oder als andere Fraktionen darunter aber wir sagen nicht generell, wir brauchen diese Freiräume nicht. Wenn wir wollen, dass die Stadtgesellschaft sich weiter entwickelt, im positivem Sinne, und die jungen Leute und das geht eigentlich nicht nur um junge Leute, eine Betätigung haben, eine Entwicklungschance haben auch in dem Bereich, dann müssen wir da was tun.

Nur nicht auf der Basis, wie es bisher gelaufen ist.

Deswegen wird die SPD-Fraktion den Punkten 1 und 3 in diesem Antrag auch nicht zustimmen, weil wir glauben, dass dieser Standort, an dem, der jetzt eine Geschichte hat, eine solche Nutzung in der Form, egal wie soft oder wie stärker sie wäre, nicht verträgt. Das funktioniert nicht aus unserer Sicht. Und wir werden auch in diesem Zusammenhang sehr genau hingucken nach der Ankündigung der HWG, was für eine Nachnutzung dort geplant ist. Also, eine Eigentumsbildung für Vermögen, das lehnen wir ab. Und wir werden genau hingucken, was dann, jedenfalls an dieser Stelle möchte ich sagen, werden genau hingucken, was dort passiert. Aber das ist auch eine Sache, die zunächst erstmal in die zuständigen Gremien gehört, beispielsweise in den Aufsichtsrat der HWG. Der Oberbürgermeister hat ja schon angekündigt, vor zwei Monaten war das glaube ich schon, zu diesem Thema Freiräume auch initiativ zu werden. Inzwischen, wenn ich das jetzt richtig gehört habe, läuft da schon einiges. Der Antrag kommt eigentlich doch ihrer Intension entgegen. Nehmen Sie ihn doch einfach auf und fügen Sie das zusammen, was da zusammen passt und zusammen gehört. Dann hat man doch sozusagen eine gemeinsame, vernünftige Linie. Wir plädieren dafür den Punkten 2, 4 und 5 zuzustimmen. Punkt 1 und 3 werden wir aus genannten Gründen nicht zustimmen können.

Herr Lange

So. Ich will noch mal ganz kurz darauf hinweisen. Sie tun uns allen einen Gefallen, wenn wir hier die Tagesordnung in einer gewissen Konzentration und Ruhe abarbeiten. Erstmal, wir verstehen uns hier alle besser und zweitens, wir schaffen es vielleicht auch schneller durch die Tagesordnung durch zukommen. Jetzt hat der Oberbürgermeister das Wort.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, das Angebot ist doch, dass jede Fraktion die Möglichkeit hat, an diesem Runden Tisch teilzunehmen. Und von daher plädiere ich eben auch nochmals, wenn wir noch mal darüber diskutieren in den Ausschüssen, um Erledigung.

Herr Lange

Herr Nette.

Herr Nette

Ich will mal daran erinnern, dass es vor 20 Jahren in Halle eine lebendige Jugendclubkultur gab. Die wurde kaputt gespart. Ja. Parallel dazu haben sich diese soziokulturellen Zentren entwickelt, die immer nach der gleichen Masche abliefen. Am Anfang wurde ein Objekt besetzt. Der Stadtrat wurde in irgendeiner Form erpresst. Und am Ende hat der Stadtrat diesen jungen Menschen ein Objekt zugeschanzt. Das ist in der Ludwigstraße so gewesen, das ist beim GiG so gewesen, das ist bei der Reil 78 so gewesen. Also, warum wir zu wenig soziokulturelle Zentren haben ist mir absolut ein Rätsel, weil das sind alles drei Objekte, wo sich heute illegale Geschäfte gebildet haben und die in größtem Umfang gar nicht mehr genutzt werden. Aber da gehen Sie nicht ran. Da haben Sie ja Angst. Jetzt kommt ein neuer Verein, aus den Reihen der Antifa, besetzt wieder ein Haus und schon schieben Sie den wieder eine Immobilien über den Tisch. Sie müssen einfach auch mal sagen: So geht es nicht. Andere Leute zahlen ihre Mieten.

Herr Lange

Dann Herr Wolter. Herr Wolter. bitte.

Herr Wolter

Es zahlen so viele Leute Miete. Ja, es ist, glaube ich, die Frage, die mich beschäftigt hat zum Antragsteller hin war jetzt durch die Verweisung hoffentlich in den Ausschüssen noch mal zu thematisieren. Einerseits Herr Oberbürgermeister die Ankündigung des "Runden Tisch Kulturelle Freiräume" in Halle. Wenn Sie den jetzt sozusagen als Titel übernehmen, habe ich

das erste Mal gehört bei den Antworten bei der Bürgerfragestunde. Haben Sie irgendwo schon einmal darüber berichtet, was die Ergebnisse oder wo der und wie und wann der stattgefunden hat? Ich würde mich freuen, dass wir vielleicht im Zuge des Antrages, ich könnte mir vorstellen, dass es vielleicht im Finanzausschuss ein Thema sein könnte aber es könnte natürlich genau so im Stadtentwicklungs- und Kulturausschuss, aber vielleicht könnten Sie uns die Möglichkeit geben, daran teilzuhaben. Weil ich die Einladung, die Sie zwar jetzt nicht explizit an die Fraktion MitBÜRGER ausgesprochen haben, aber natürlich für mich vereinnahme, und sage, wir wären bestimmt auch gemeint und würden daran gern teilnehmen, wenn es denn zu so einen Treffen eine Einladung gibt. Also, das wäre meine erste Frage.

Und die zweite Sache betrifft den Finanzausschuss. Ich sehe den Antrag fast wie eine Gesellschafterweisung, die wir ja im Finanzausschuss immer zu behandeln haben, weil man letztendlich auch, ohne dass man den Aufsichtsrat damit behandelt, wenn man wirklich das Grundstück, was im Besitz der HWG ist, wie das auch Frau Wünscher ausgeführt hat, natürlich mit einbeziehen will, braucht man einen klaren Auftrag. Entweder gibt es einen Beschluss im Aufsichtsrat, den man dann irgendwie provoziert. Den kann man nicht provozieren hier im Stadtrat, sondern kann man nur durch einen Antrag oder Beschluss des Stadtrates sondern nur durch eine Gesellschafterweisung. Deswegen würde ich mich freuen, wenn der Oberbürgermeister in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter, Vertreter der HWG, zur Befassung im Finanzausschuss mit einlädt, um das auch zu thematisieren. Diese beiden Wünsche hätte ich zur, sage ich mal, praktischen Behandlung des Antrages im Januar und Februar dann. Ich hoffe, dass wir dann dazu kommen.

Herr Lange

Okay. Ja.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Der erste Wunsch zum Runden Tisch, hatte ich eben deutlich gemacht. Frau Dr. Marquardt leitet die Arbeitsgruppe und wird einen Vertreter aus jeder Fraktion beim nächsten Mal mit einladen, sodass wir da in ein geordnetes Verfahren kommen. Und der zweite Punkt, da bin ich bei Herrn Krause. Das muss zunächst mal auch beraten werden in den Gremien der HWG und das wäre dann der Aufsichtsrat, dort müssten wir darüber sprechen und dann kann ich die Frage beantworten.

Herr Lange

Und als letzter Redner, Herr Feigl.

Herr Feigl

Ein Stück weit ist es ja fast wie Weihnachten, was hier passiert. Also, nicht nur, dass die positive Entwicklung des Vereins Capuze jetzt mit einem neuen Domizil gelöst ist. Was ich an der Stelle nochmal ausdrücklich sagen möchte, dass ich das gut finde, dass sich das gelöst hat an dieser Stelle und dass vor allen Dingen der Druck raus genommen wird, wurde, will jetzt nicht sagen aus dem Pulverfass Hafenstraße 7 sagen, aber aus dieser Straße. Von daher begrüße ich diese Entwicklung ausdrücklich und freue mich darüber. Das eröffnet uns auch die Chance, das Grundstück Hafenstraße 7 der Bewertung nochmal auf null zu setzen. All die negativen Belegungen, die wir mit der Besetzung dieses Grundstücks hatten, die sind jetzt ein Stückchen weit weg und es eröffnet uns die Chance, an dieser Stelle nochmal , ein Stück unvoreingenommen, darüber nachzudenken, wie wollen wir an dieser Stelle weiter ein Stückchen Stadt entwickeln. Von daher finde ich es gut, dass wir jetzt demnächst diesen Antrag in den Ausschüssen behandeln.

Und zweitens, ich freue mich auch, dass es in Richtung Freiraum in dieser Stadt eine Arbeitsgruppe gibt, von der ich bisher auch noch nichts gehört hatte. Ich freue mich dann auch in Zukunft da, dass wir uns da auch mit einbringen können und Sie haben ja schon

gesagt, dass Sie an die Fraktionen dann die Einladung versenden oder Sie, Frau Marquardt. Ich freue mich darauf und ich denke, wir sind da auf einem guten Weg, ein Stück mehr Lebensqualität in diese Stadt reinzubringen. Danke.

Herr Lange

Bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Feigl, die Diskussion hatten wir im Bericht des Oberbürgermeisters schon vor zwei Monaten auch nochmal deutlich gemacht, mit dem Freiraumkonzept. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie jetzt die drei Personen, die insgesamt dazu beigetragen haben, gelobt. Dafür danke ich Ihnen.

Herr Lange

Okay. So, sehr gut. Dann ist der Antrag verwiesen.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, Kulturausschuss und

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

"Kulturelle Freiräume entwickeln"

- 1. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, dass das Objekt in der Hafenstraße7 auch künftig- rechtlich sicher und nachhaltig- als soziokulturelles Zentrum genutzt wird. Deshalb wird der Oberbürgermeister in seiner Eigenschaft als Vertreter der Alleingesellschafterin Stadt Halle (Saale) beauftragt, den Geschäftsführer der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH im Wege einer Gesellschafteranweisung anzuweisen, die bekannt gewordene Entwicklung des Objektes als Wohnfläche zunächst auszusetzen bzw. nicht weiter voranzutreiben sowie zur Deeskalation der Lage bis auf Weiteres die Zwangsvollstreckung(en) nicht weiter zu betreiben und die Verwirklichung der folgenden Beschlüsse des Stadtrates abzuwarten.
- 2. Der Oberbürgermeister Stadtrat wird beauftragt bittet den Oberbürgermeister, einen Runden Tisch "Kulturelle Freiräume in Halle" einzuberufen. Innerhalb dieses Gremiums erarbeitet sollte die Stadtverwaltung mit Vertreterinnen und Vertretern der soziokulturellen, nicht kommerziellen Vereine/ Initiativen / Kultureinrichtungen Halles und der städtischen Wohnungsunternehmen ein Konzept, wie kulturelle und selbstverwaltete Freiräume in Halle entwickelt und unterstützt werden können erarbeiten. Das Konzept befasst sollte sich dabei explizit auch mit solchen und vergleichbaren Freiräumen & Einrichtungen wie dem ehemaligen "La Bim", der ehemaligen "Rockstation", der "Hasi" und "Postkult" befassen und umfasst sollte die konkrete Benennung von Maßnahmen zu seiner Umsetzung umfassen. In den Runden Tisch "Kulturelle Freiräume in Halle" sind als Moderatorinnen oder

Moderatoren ein oder zwei etablierte Persönlichkeiten der Kulturszene Halles zu berufen.

- 3. Im Rahmen des Diskussionsprozesses—ist sollte durch den Runden Tisch "Kulturelle Freiräume in Halle" unter anderem zu prüfen geprüft und zu erörtern, erörtert werden wie das Objekt in Hafenstraße 7 auch künftig als soziokulturelles Zentrum betrieben werden und von Vereinen wie Capuze e.V.- aber auch von anderen soziokulturellen Vereinen und Initiativen genutzt werden kann. Dieses zukünftige, neue Nutzungskonzept für ein soziokulturelles Zentrum in der Hafenstraße 7 wird sollte als Teil des durch den Runden Tisch zu erarbeitenden Konzeptes für kulturelle und selbstverwaltete Freiräume in Halle vorgelegt werden.
- 4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf entsprechende Vereine und Initiativen sowie auf mögliche Moderatoren aus der Kulturszene in Halle zuzugehen. Die konkrete Zusammensetzung und der konkrete Arbeitsauftrag des Runden Tisches "Kulturelle Freiräume in Halle" im Rahmen und zur Umsetzung dieses Stadtratsbeschlusses werden sollten gemeinsam mit den Stadtratsfraktionen erarbeitet und vom Stadtrat im Januar 2019 beschlossen werden.
- 5. Das durch den Runden Tisch "Kulturelle Freiräume in Halle" erarbeitete Konzept hat Bindungskraft und wird dem Stadtrat im Mai 2019 zum Beschluss vorgelegt.
- 6. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Capuze e.V. mit der Übergabe der Schlüssel das Objekt herausgegeben hat. Gleichzeitig fordert der Stadtrat alle Unterstützerinnen und Unterstützer des soziokulturellen Zentrums Hasi auf, einen Neustart zu ermöglichen und das Gelände voll- und eigenständig zu räumen um den Weg freizumachen, damit der Runde Tisch "Kulturelle Freiräume in Halle" sein Konzept auch bezüglich der zukünftigen Nutzung der Hafenstraße 7 als soziokulturelles Zentrum- erarbeiten kann. Dafür wird den Aktivistinnen und Aktivisten eine angemessene Frist bis zum 30. Januar 2019 eingeräumt. Ziel ist, einen weiteren Polizeieinsatz wie den vom 21.11.2018 zu verhindern.
- zu 9.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale)
 Vorlage: VI/2018/04656

Herr Dr. Meerheim führte in den Antrag ein und begründete diesen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Finanzausschuss und in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters in den

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Garagengemeinschaften in der Stadt Halle

(Saale) ein weiteres Angebot- neben anderen Angeboten- zur Garagengrundstücksnutzung nach dem 31.12.2019 zu unterbreiten.

Das Angebot soll ein Erbbau-Pachtvertrag über die städtischen Grundstücke, die für den Betrieb als Garagenstandort- wie im bisherigen Gebrauch – notwendig sind,

- 1.) mit einer Laufzeit von mindestens 25 Jahren und gültig ab dem 01.01.2020 sein
- Der Pachtzins wird in der aktuell gültigen Höhe festgelegt.
 Der Erbbau Pachtzins wird darüber hinaus auf der Grundlage der Lebenshaltungskosten

vereinbart und wertgesichert. Ändert sich künftig der vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelte Verbraucherpreisindex gegenüber dem für den

Beurkundungsmonat

geltenden Index, so erhöht oder vermindert sich im gleichen Verhältnis die Höhe des monatlich zu zahlenden Erbbauzinses. Eine Änderung soll jedoch außer Betracht bleiben.

wenn sich der Verbraucherpreisindex um weniger als 10 Prozent ändert.

- 3.) Eine vorfristige Kündigung soll ausgeschlossen werden. Regelungen des Heimfalls wie Verstoß gegen Vertragsverpflichtungen, Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung, Insolvenzverfahren oder ausstehende Pachtzahlungen (2 Jahre) sollen vereinbart werden.
- 4.) Die Stadt Halle (Saale) soll im Rahmen des Pachtvertrages auch den Verzicht auf die Geltendmachung von Abriss- und Beräumungskosten gegenüber den Garageninteressengemeinschaften / Garagenbesitzern erklären.
- zu 9.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Sportplatzes in der Silberhöhe Vorlage: VI/2018/04659

Herr Eigendorf brachte den Antrag der SPD-Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Finanzausschuss und in den Sportausschuss.

Herr Helmich sagte, dass es keine Gesamtübersicht über die Situation der Sportstätten in Halle gibt. Er sagte, dass über die Sportsituation der gesamten Stadt beraten werden sollte.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und
Sportausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in der Silberhöhe zwischen Hermann-Heidel- und Albert-Dehne-Straße, östlich der Sporthalle des Gesundheitssportvereins Halle e.V. (GSV)

einen Sportplatz (Fußballplatz und Leichtathletikanlagen) zu planen, in der mittelfristigen Finanzplanung einzuplanen und bis spätestens zum 31.12.2020 zu bauen.

zu 9.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung einer

Zweigbibliothek im halleschen Osten

Vorlage: VI/2018/04671

Herr Borggrefe brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Finanzausschuss und in den Kulturschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters in den

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Zweigbibliothek im halleschen Osten einzurichten.
- 2. Die Einrichtung einer Zweigbibliothek im halleschen Osten erfolgt unter der Maßgabe, dass keine personelle, finanzielle und qualitative Schwächung der bestehenden Bibliotheksstrukturen stattfindet.
- 3. Die Vorprüfung soll folgende Punkte beinhalten:
 - a. Untersuchung der möglichen Standorte in den Stadtteilen des halleschen Ostens
 - b. Skizzierung einer zeitlichen Perspektive von den Planungen bis zur Eröffnung
 - c. Untersuchung der personellen sowie (einmaligen und langfristigen) finanziellen Auswirkungen.
- 4. Das Prüfergebnis sowie die darauf aufbauenden Planungen für die Einrichtung der Zweigbibliothek im halleschen Osten ist dem Stadtrat spätestens drei Monate nach Beschluss des Antrages zur Entscheidung vorzulegen.

zu 9.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ausweitung des

Quartiersmanagements Vorlage: VI/2018/04672

Herr Dr. Wend brachte den Antrag ein und verwies diesen anschließend in den Hauptausschuss sowie Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

in den

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und

Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die bestehende Struktur des Quartiersmanagements im gesamten Stadtgebiet ausgeweitet und angepasst werden kann und sollte.
- Bei der Prüfung ist insbesondere zu analysieren, inwieweit die Struktur für die Stadtteile Halle-Neustadt und Halle-Süd/Halle-Silberhöhe ausgeweitet werden kann und sollte.
- 3. Das Prüfergebnis samt inhaltlicher Sachdarstellung ist dem Stadtrat spätestens zwei Monate nach Beschluss des Antrages vorzulegen. Die Prüfung soll insbesondere den finanziellen und personellen Mehraufwand skizzieren.

zu 9.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Sportstättenkapazitäten in Halle-Neustadt

Vorlage: VI/2018/04658

Herr Eigendorf bracht den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Finanzausschuss und in den Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und

Sportausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unter Einbindung des Stadtsportbundes Halle (Saale) und des Landessportbundes Sachsen-Anhalt e.V. die Grundsanierung des ehemaligen Kindergartengebäudes nördlich der Sportanlagen des Halleschen Inline Skate Clubs e.V. (HISC) und des FSV 67 Halle e.V. in Halle-Neustadt zu planen, in der mittelfristigen Finanzplanung einzuarbeiten und ab dem Jahr 2020 umzusetzen, um nach der Sanierung bis zu vier Sportvereinen eine Heimat und Trainingsstätte zu bieten.

zu 9.9 Antrag der AfD Stadtratsfraktion zum Beschluss einer Resolution zum UN-

Migrationspakt

Vorlage: VI/2018/04673

Herr Raue brachte den Antrag in Namen der AfD Stadtratsfraktion ein.

Nach einem kurzen Austausch zwischen Herrn Bernstiel und Herrn Raue über die Sinnhaftigkeit und Richtigkeit des Antrages bat **Herr Lange** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat von Halle (Saale) erklärt sein Befremden über die **Zustimmung** von der Bundesregierung beabsichtigte Zustimmung zum globalen Migrationspakt am 11.12.2018 in Marrakesch.

In Kenntnis der Tatsache, dass bei fortgesetzter ungesteuerter Zuwanderung die Integrationserfolge sinken aber die Belastungen und Aufwendungen für die Aufnahmegesellschaft steigen, fordert sieht der Stadtrat von Halle (Saale) die Bundesregierung auf eine Zementierung der bestehenden Migrationsanreize, aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einzuwandern. von einer Zustimmung zum Global Compact for Migration abzusehen und stattdessen vor den Vereinten Nationen protokollarisch zu erklären, dass die Vereinbarungen in Deutschland nicht bindend sind.

Er fordert deshalb die Bundesregierung auf, von der Umsetzung der Beschlüsse abzusehen.

zu 9.10 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Vorlage: VI/2018/04707

Es gab keine Wortmeldungen. Herr Lange bat um Abstimmung.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Herr Marcel Dörrer scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten aus.

Herr Helge Dreher wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten berufen.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Gewerbeflächen in Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04650

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Freiflächen Künstlerhaus

Vorlage: VI/2018/04670

Herr Borggrefe sagte, dass die Antwort der Verwaltung nicht zufriedenstellend ist.

zu 10.3 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und

Ersatzmaßnahmen für den Star Park

Vorlage: VI/2018/04666

Die Antwort erfolgt zum Stadtrat Januar 2019.

zu 10.4 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu städtischen

Fassadenbegrünungsprojekten

Vorlage: VI/2018/04667

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.5 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Anlegen von

Blühstreifen bzw. -flächen Vorlage: VI/2018/04668

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.6 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Schulanfangszeiten an

Grundschulen

Vorlage: VI/2018/04669

Frau Dr. Brock sagte, dass die Antwort der Verwaltung nicht zufriedenstellend ist.

Frau Brederlow sagte, dass es aus personellen Gründen nicht möglich ist, anders zu agieren.

zu 10.7 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu sozialen,

umweltbezogenen und innovativen Kriterien in den Vergabeverfahren 2017

und 2018

Vorlage: VI/2018/04556

Die Antwort erfolgt zum Stadtrat Januar 2019.

zu 10.8 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Rondell

am Riebeckplatz

Vorlage: VI/2018/04663

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.9 Anfrage des Hr. Alexander Raue (Afd Stadtratsfraktion Halle) zum Pflegezustand der Denk- und Ehrenmale auf dem Gertraudenfriedhof

Vorlage: VI/2018/04665

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.10 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zum Ausländeranteil in den Stadtvierteln und Kosten der Versorgung Vorlage: VI/2018/04479

Herr Raue sagte, dass seine Fragen eine Diskussion in der Bevölkerung anstoßen sollen. Die Antwort der Verwaltung ist in Teilen sehr kurz gehalten, aber auch in anderen Teilen nicht zufriedenstellend.

zu 10.11 Anfrage des Hr. Alexander Raue (AfD Stadtratsfraktion Halle) zur Vertitelung von Aufwendungen für Leistungen der freiwilligen Selbstverwaltung im Haushalt 2018 Vorlage: VI/2018/04675

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.12 Anfrage des Hr. Alexander Raue (AfD Stadtratsfraktion Halle) zur Vertitelung von Aufwendungen für Leistungen der freiwilligen Selbstverwaltung im Haushaltsplanentwurf 2019 Vorlage: VI/2018/04674

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.13 Anfrage des Hr. Gernot Nette (AfD Stadtratsfraktion Halle) zum Sicherheitskonzept der Stadt Halle auf dem halleschen Weihnachtsmarkt Vorlage: VI/2018/04676

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Nette

Ich möchte meine Frage noch einmal präzisieren. Im Jahr 2017 haben wir Polizisten mit Maschinenpistolen auf dem Weihnachtsmarkt gesehen. Hat sich denn an der Sicherheitslage seit 2017, also seit Dezember 2017, hat die sich denn verschärft oder hat sie sich gebessert?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Stadt passt ihr Sicherheitskonzept für den Weihnachtsmarkt fortlaufend entsprechend der aktuellen Sicherheitslage an, in Abstimmung mit der Polizei.

Herr Nette

Danke.

zu 11 Mitteilungen

zu 11.1 Information zu den Projektanträgen intelligente Verkehrssysteme der Stadt

Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04386

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.2 Information zum Masterplan Luftreinhaltung Green City Plan

der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04384

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11.3 Stellungnahme der Verwaltung zu den Deckungsvorschlägen zur Vorlage VI/2018/04692: Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN, DIE LINKE und SPD, MitBÜRGER für Halle / NEUES FORUM und CDU/FDP zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2019 sowie den Beteiligungsbericht 2017" (VI/2018/04385) Vorlage: VI/2018/04724

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Frau Dr. Bergner zur BI Wildentenweg

Frau Dr. Bergner sagte, dass die Bürgerinitiative Wildentenweg dem Oberbürgermeister Anfang November ein Schreiben zugesandt hat. Sie fragte, warum eine entsprechende Antwort noch aussteht. Weiterhin fragte sie nach dem Stand zur Studie Verkehrskonzept Kröllwitz.

Frau Ernst antwortete, dass es sich beim dem Schreiben der Bürgerinitiative Wildentenweg um einen Offenen Brief handelte. Die Beantwortung ist im Rahmen der Zukunftswerkstatt erfolgt. Dort wurde der Stand und die Zeitschiene zum Verkehrskonzept vorgestellt. Mit ersten Ergebnissen rechnet die Verwaltung im zweiten Quartal 2019.

zu 12.2 Herr Peinhardt zum Schulentwicklungskonzept

Herr Peinhardt bezog sich auf das Schulentwicklungskonzept. Er sagte, dass der Neubau in der Schimmelstraße für 2023/24 geplant ist. Die Friesenschule ist laut Bericht ab 2020/21 nicht mehr beschulbar. Man könnte dies mitunter mit einer Ausnahmeregelung noch ein Jahr lang überbrücken. Er fragte, warum der Neubau in der Schimmelstraße erst so spät gebaut wird.

Frau Brederlow sagte, dass die Kapazitäten nicht ausreichen, um dieses Objekt früher zu bauen. Es wird noch eine schriftliche Antwort zu den konkreten Schritten und der Zeitschiene geben.

Herr Peinhardt fragte, ob es nicht besser wäre mit zwei oder drei Klassenstufen zu starten, anstatt der geplanten einen Klassenstufe.

Frau Bredelow antwortete, dass man wie bei der Grundschule Glaucha mit der ersten und zweiten Klasse beginnen werde.

zu 12.3 Herr Sprung zu Schiffswracks an der Saale

Herr Sprung bezog sich auf das Saaleufer unterhalb der Burg Giebichenstein und den beiden schändlich erscheinenden Schiffwracks. Er fragte, was die Verwaltung hier gegen unternehmen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass der Abschluss des Insolvenzverfahrens abzuwarten ist.

zu 12.4 Frau Krischok zu öffentlichen Toiletten

Frau Krischok fragte nach dem Stand der Verhandlungen zur Übernahme der öffentlichen Toiletten durch die Stadt ab dem 01.01.2019.

Frau Ernst sagte dazu eine Antwort im nicht öffentlichen Teil der Ratssitzung zu.

zu 12.5 Herr Gernhardt zum Parkraumkonzept

Herr Gernhardt fragte nach dem Stand der Umsetzung des Parkraumkonzeptes für das Paulus- und Medizinerviertel.

Herr Rebenstorf sagte, dass das Parkraumkonzept zur Sitzung des Planungsausschusses Februar vorgelegt wird.

zu 12.6 Herr Gernhardt zum Wasserrohrbruch in der Großen Ulrichstraße

Herr Gernhardt bezog sich auf den Wasserrohrbruch in der Großen Ulrichstraße, der vor kurzer Zeit geschehen war. Er fragte nach den Gründen und den entstandenen Kosten sowie wer diese zu tragen hat. Er vermute, dass eine Ursache sei, dass sehr oft viel zu schwere Fahrzeuge auf diesen Bereich parken, obwohl die Wege nicht für solch eine Last ausgelegt sind.

Herr Rebenstorf sagte, dass er am morgigen Tag einen Termin vor Ort hat und sich diesbezüglich erkundigen wird. Er sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.7 Herr Gernhardt zur Großen Steinstraße

Herr Gernhardt bezog sich auf den fertig und freigegebenen Abschnitt der Großen Steinstraße zwischen Hansering und Kleiner Steinstraße und fragte, wie die Verwaltung gegen die Fahrzeugführer vorgehen möchte, welche dort auf den Gehwegen parken, auch anschließend nach Öffnung des gesamten Bereiches.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.8 Frau Nagel zu TOP 10.1

Frau Nagel bezog sich auf Antwort der Verwaltung zum Tagesordnungspunkt

zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zu Gewerbeflächen in Halle (Saale) Vorlage: VI/2018/04650

Speziell zur Antwort der Verwaltung auf die Frage 5. Sie fragte, ob die Informationsvorlage noch einmal zur Verfügung gestellt werden könnte.

Frau Ernst sicherte dies zu.

zu 12.9 Herr Dr. Meerheim zum Riebeckplatz

Herr Dr. Meerheim sagte, dass im Zuge der Beschlussfassung zum Riebeckplatz eine Information für Dezember zum Kultur- und Kongresszentrum vorgesehen war. Er bat um nähere Informationen, ob der Investor schon eine Studie beauftragt hat und mit welchem Ergebnis.

Frau Ernst sagte, dass die Verwaltung zum aktuellen Stand bereits im Hauptausschuss am 12.12.2018 informiert hat. Für den Süd-Ost-Quadranten gibt es einen Investor, welcher allerdings andere Pläne verfolgt.

zu 12.10 Herr Dr. Meerheim zum TOP 11.1

Herr Dr. Meerheim bezog sich auf den Tagesordnungspunkt

zu 11.1 Information zu den Projektanträgen intelligente Verkehrssysteme der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04386

und zitierte aus der Anlage, Seite 2, den vorletzten Absatz.

Er sagte, dass dies sehr unverständlich ist.

Frau Ernst bedankte sich für den Hinweis.

zu 12.11 Herr Dr. Wend zur Hardenbergstraße 23

Herr Dr. Wend bezog sich auf die Hardenbergstraße 23 und fragte, ob es hier Verkaufsabsichten gibt. Er fragte weiter, ob es Auflagen gab, da dieses Gebäude der Stadt geschenkt wurde.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.12 Herr Dr. Wend zur ehemaligen Druckerei

Herr Dr. Wend bezog sich auf die Fläche der ehemaligen Druckerei. Laut Presseartikel soll dort ein Einkaufszentrum entstehen. Er fragte, welche Vorstellung die Verwaltung verfolgt.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Bereich Reileck im Einzelhandels- und Zentrenkonzept als Nahversorgungszentrum ausgewiesen wird. Aktuell liegt der Verwaltung aber nichts vor.

zu 12.13 Herr Dr. Fikentscher zur "Schorre"

Herr Dr. Fikentscher fragte, ob die Verwaltung nähere Erläuterungen zum Abriss der Schorre tätigen könnte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass bei der Verwaltung ein Bauantrag eingegangen ist, dieser aber unvollständig ist. Erst nach Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen kann dieser Antrag bearbeitet werden. In der Regel dauert die Bearbeitung zwei bis drei Monate. Solange hat der Rat die Chance, über das Gebäude zu beraten und Ideen zu diskutieren.

zu 12.14 Frau Winkler zu Glücksspielen

Frau Winkler fragte, ob Untersagungsverfügungen bei Glücksspielen ausgesprochen wurden und wie die Verwaltung die aktuelle Rechtslage zur Einführung einer kommunalen Wettbüroteuer einschätzt, um auf die zunehmende Ausweitung des Wettbürogeschäftes in Halle zu reagieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.15 Frau Winkler zur Informationsvorlage "Umsetzung von Beschlüssen"

Frau Winkler erkundigte sich, wann die Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen dem Rat vorgelegt wird. Diese sollte dem Rat eigentlich zwei Mal jährlich vorgelegt werden (März, September). Zuletzt erfolgte das im Januar 2018.

Herr Paulsen antwortete, dass die Vorlage noch einmal in die Geschäftsbereiche gegeben wurde. Im Januar soll diese dem Rat zur Verfügung gestellt werden.

zu 12.16 Frau Dr. Schöps zu Hol- und Bringezonen an Schulen

Frau Dr. Schöps erfragte den Stand der Umsetzung der Errichtung der Hol- und Bringezonen.

Frau Ernst informierte, dass Gespräche mit den entsprechenden Schulleitern geführt wurden. Sie verwies auf den übertragenen Wirkungskreis und sagte, dass die Prüfungen und die Umsetzung noch Zeit in Anspruch nehme. Sie sagte zu, im Februar 2019 im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten zum aktuellen Stand zu informieren.

zu 12.17 Frau Dr. Schöps zum Jugendparlament

Frau Dr. Schöps bezog sich auf ein Gespräch mit Jugendvertretern bei Radio Corax und sagte, dass von Herrn Paulsen zugesagt wurde, dass diese umgehend eine Einladung zu einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister erhalten. Sie fragte, ob das Gespräch mittlerweile stattfand.

Herr Paulsen sagte, dass bisher noch kein Gespräch stattgefunden hat.

Frau Dr. Schöps bat um eine schriftliche Mitteilung, wenn ein Termin feststeht.

zu 12.18 Frau Dr. Brock zu Platanen in der Heideallee

Frau Dr. Brock sagte, dass geprüft werden sollte, ob alte gesunde Bäume in der Heideallee erhalten werden können. Sie fragte, ob die Prüfung stattgefunden hat und warum sich an der radikalen Fällung nichts verändert hat.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es sich um ein lange geplantes Bauvorhaben handelt. Er sagte, dass die HAVAG einen Antrag auf Eingriffsgenehmigung nach Bundesnaturschutzgesetz gestellt hat und in Folge dessen eine ausführliche Anhörung und Genehmigung stattfand.

Frau Dr. Brock fragte, wann die Prüfung stattfand.

Herr Rebenstorf sagte, dass der letzte Erörterungstermin am 28.08.18 stattfand und danach die Genehmigung erteilt wurde. Er sagte, dass es insgesamt 16 Einwendungen zum Antrag gab.

zu 12.19 Herr Nette zum Bericht OB

- Auf Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Herr Nette

Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrem Bericht erklärt, dass die Probleme der Hafenstraße 7 sich jetzt an den Galgenberg verlagern. Meine Frage ist, ob sich damit die Probleme der Bewohner in Kanena verflüchtigt haben, die sich aufbauen mit der alten Schmiede in Kanena.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Nette. Das habe ich nicht erklärt.

zu 12.20 Herr Raue zur Geburtenrate

Herr Raue bezog sich auf die Beantwortung seiner Anfrage hinsichtlich der Geburtenrate in der südlichen Neustadt.

Er fragte, ob der Oberbürgermeister die Gefahr sieht, dass in der südlichen Neustadt ähnliche Zustände eintreten können, wie in Duisburg-Marxloh und wenn nicht, aus welchen Gründen. Weiter fragte er, ob er die Bezeichnung der Frage als absurd durch die Beigeordnete gerechtfertigt findet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Beigeordnete die Anfragen selbstständig beantwortet und die volle Unterstützung des Oberbürgermeisters hat.

Herr Raue fragte, ob der Oberbürgermeister die Frage auch als absurd beantworten würde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er Suggestivfragen nicht beantworten muss. Er sagte, dass keine Gefahr anzunehmen ist.

zu 13	Anregungen Herr Feigl zu Mitarbeitern der unteren Denkmalbehörde	
zu 13.1		
•	y l regte die Teilnahme eines chüssen an.	s Mitarbeiters der unteren Denkmalbehörde in der
zu 14	Anträge auf Akteneinsicht	
zu 14.1	Antrag der CDU/FDP-Fraktion auf Akteneinsicht zur Nutzung des kommunalen Areals auf dem Galgenberg	
	ge informierte, dass ein Ar les kommunalen Areals auf de	ntrag der CDU/FDP-Fraktion auf Akteneinsicht zu em Galgenberg vorliegt.
Weitere A	nträge auf Akteneinsicht lager	n nicht vor.
Herr Lang Nichtöffen		Teil der Stadtratssitzung und bat um Herstellung de
<u>Für die Ri</u>	<u>chtigkeit:</u>	
Hendrik La	ange der des Stadtrates	Maik Stehle Protokollführer